

# AUSDRUCK

## Das IMI-Magazin

### Ausgabe Oktober 2007

ISSN 1612-7366

#### Inhaltsverzeichnis

##### Schwerpunkt EU-Militarisierung:

*Martin Hantke und Tobias Pflüger*  
Aufrüstung und Militarisierung: Tücken im Entwurf für den neuen EU-Reformvertrag 3

*Christoph Marischka*  
EU-Battlegroups mit UN-Mandat: Wie die Vereinten Nationen die europäische Rekolonialisierung Afrikas unterstützen 5

##### Irak

*Joachim Guilliard*  
Die verschwiegenen Besatzungsopfer und Wege aus der Eskalation 11

*Jürgen Wagner*  
Akkumulation durch Enteignung: Militärischer Neoliberalismus und das geplante irakische Ölgesetz 16

##### Afghanistan

*Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner*  
Afghanistan - die deutsche Rolle 19

##### Armut und Aufrüstung

*Christoph Marischka*  
Rüsten für den globalen Bürgerkrieg 23

antimilitaristische Rundschau 32

# Editorial:

Die Auseinandersetzung der IMI mit dem Tübinger Finanzamt nahm glücklicherweise mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit inzwischen ein positives Ende (nähere Informationen finden sich in einem Kasten auf Seite 31). So sehr uns diese Entscheidung auch freut, darf nicht über die negative Kehrseite hinweggesehen werden.

Skandalös ist es, dass der Verfassungsschutz von Baden-Württemberg mit unbegründeten Verdächtigungen in der Lage ist, weit über ein Jahr das Finanzamt Tübingen anzuhalten, die Gemeinnützigkeit unseres Vereins infrage zu stellen, wegen den damit verbundenen Steuernachforderungen mit dem finanziellen Ruin der IMI zu drohen und letztendlich mit diesem Mittel unsere Friedensarbeit selbst angreifen zu können.

Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass dieses Vorgehen einen gewissen Erfolg zeitigte. Die Vorbereitung der Treffen mit den Verantwortlichen im Finanzamt in den vergangenen Monaten kostete die Aktiven in der IMI viel Zeit, Mühe und Nerven, wodurch die eigentliche Arbeit nur schwer aufrechterhalten werden konnte.

Im Bewusstsein, dass der Kampf ein stetiger ist, freuen wir uns umso mehr, den AUSDRUCK für Oktober 2007 präsentieren zu können. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt bei der EU-Militarisierung. Dazu enthält dieses Heft einen Beitrag über die Militarisierungs- und Aufrüstungsinhalte des Entwurfs zum neuen EU-Reformvertrag sowie einen Artikel über die europäische Rekolonialisierung Afrikas durch UN-mandatierte EU-Batt-

legroups.

Die Kriegsregion Irak wird mit einem Beitrag behandelt, der die systematische Zerstörung der dortigen Gesellschaft, die Besatzungsoffer, aber auch mögliche Lösungsansätze aufzeigt. Ein weiterer Artikel thematisiert das Wüten des militärisch abgesicherten Neoliberalismus anhand des geplanten irakischen Ölgesetzes.

Die letzten beiden Beiträge analysieren die Rolle Deutschlands bei der Eskalation des Krieges in Afghanistan sowie den Zusammenhang von Armut im „Planet der Slums“ und Aufrüstung für den globalen Bürgerkrieg. Beides wird unter anderem auch Gegenstand des im November 2007 stattfindenden IMI-Kongresses sein.

Die Redaktion

## Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Pflüger/Hantke, Tücken im Entwurf, in Friedensforum, 4/2007; Δ Pflüger, Brüssler Spitzen, in Neues Deutschland, 10.8.2007.

Bildnachweise: S. 6, Vereinte Nationen; S. 7, 24, 26, 29 DPKO; S. 17, US-Verteidigungsministerium; S. 21, NATO.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner und Christoph Marischka sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Martin Hantke ist IMI-Beirat.

JoachimGulliard ist IMI-Mitglied und u.a. im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg aktiv.

## Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:  
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen  
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:  
Informationsstelle Militarisierung e.V.  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# EU: Aufrüstung und Militarisierung

## Tücken im Entwurf für den neuen EU-Reformvertrag – vormals EU-Verfassungsvertrag

von Martin Hantke und Tobias Pflüger

Seit 1. August 2004 arbeitet die EU-Rüstungsagentur. Mit einem Jahresbudget von 60 Millionen Euro ist sie verantwortlich für die Koordination von Rüstungsprojekten, für die Stärkung des EU-Rüstungssektors und die Etablierung eines gemeinsamen EU-Rüstungsmarkts. Mit Unterstützung von EU-Industriekommissar Günter Verheugen ist es ihr gelungen, 2007 erstmals einen Posten für Sicherheits- und Rüstungsforschung im EU-Haushalt zu etablieren und eine koordinierte Öffnung der einzelstaatlichen Rüstungsmärkte in Angriff zu nehmen.

Aber die großen EU-Rüstungsunternehmen, wie BAE Systems, EADS und Thales wollen mehr. Ihnen geht es um die EU-vertragliche Absicherung der Arbeit der Rüstungsagentur, nicht zuletzt um mehr finanzielle Mittel und Planungssicherheit für mehr Aufrüstungsprojekte zu erlangen. Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags, der von den EU-Rüstungsunternehmen mit ganzseitigen Anzeigen in großen deutschen Tageszeitungen vor der Abstimmung im Bundestag unterstützt wurde, setzen diese jetzt auf den EU-Reformvertrag, der die Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags aufgreift.

### Die Regierungskonferenz

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurden in Geheimverhandlungen während der parlamentarischen Sommerpause im August Nägel mit Köpfen zur Erarbeitung des neuen EU-Vertrags gemacht. Der erste Entwurf der Regierungskonferenz liegt jedenfalls jetzt vor. Das Dokument trägt den schönen und einprägsamen Titel „Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (CIG 1/07) und wird als von der Regierungskonferenz „lediglich zur prüfende Arbeitsgrundlage“ bezeichnet.

### Vom Verfassungs- zum Reformvertrag

Bis zum nächsten EU-Gipfel am 17. Oktober in Lissabon soll bereits der fertige Text verabschiedet werden. Der Text muss dann nochmals von den Regierungschefs beschlossen und durch die nationalstaat-

lichen Parlamente ratifiziert werden. In nahezu allen EU-Mitgliedstaaten soll die Bevölkerung nicht mehr über den neuen EU-Vertrag abstimmen können. Das wurde möglich, indem auf die Benennung als EU-Verfassung verzichtet wurde. Aus der Sicht der Staats- und Regierungschefs war die Textrevision notwendig geworden, da der EU-Verfassungsvertrag nach den Ablehnungen bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr durchsetzbar war. Bei einem Blick auf die Bestimmungen der „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wird jedoch schnell klar, dass die Staats- und Regierungschefs in erster Linie lediglich auf kosmetische Änderungen Wert gelegt haben und den EU-Verfassungsvertrag in Reformvertrag umbenannten. In punkto EU-Militarisierung soll jedenfalls alles beim Alten bleiben. Im Textentwurf der Regierungskonferenz finden sich ganz detailliert alle Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags wieder.

### Ohne gerichtliche und parlamentarische Kontrolle

Im neuen EU-Reformvertrag soll sich die Zuständigkeit der EU „auf sämtliche Fragen in Zusammenhang mit der Sicherheit der Union“ beziehen. Der Europäische Gerichtshof ist in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU schlicht „nicht zuständig“ (Art. 11). Zudem soll darauf geachtet werden, „dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden“ (Art. 21, 1). Ein eigener EU-Haushalt für Militäroperationen – geradezu liebevoll Anschubfonds genannt – soll etabliert werden (Art. 26). Explizit wurde festgehalten, dass dieser Anschubfonds in Anspruch genommen werden kann, wenn eine geplante Operation aus rechtlichen Gründen nicht aus dem Haushalt der Union finanziert werden kann. Eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalstaatlichen Parlamente findet nicht statt.

### Aufrüstungsverpflichtung

Auch die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden. Es ist wohl als einmalig in der

Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 27, 3), so der Entwurfstext. Die EU-Rüstungsagentur – im Orwellschen Sprachgebrauch der EU-Rechtsexperten Verteidigungsagentur genannt – soll dazu eine Grundlage im neuen EU-Vertrag erhalten. Sie soll u.a. „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung“ an Rüstungsgütern fördern, zur „Stärkung der industriellen und technologischen Basis“ des Rüstungssektors beitragen und sich „an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung“ (Art. 27, 3) beteiligen. Auch Rüstungsforschung soll auf ihrer Agenda stehen (Art. 30, 1d). Zudem sollen zweckdienliche Maßnahmen „für einen wirkungsvolleren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermitelt werden.“ Rüstungsprojekte sollen auch dadurch befördert werden, dass innerhalb der Rüstungsagentur „spezielle Gruppen“ gebildet werden sollen, „in denen Mitgliedstaaten zusammenkommen, die gemeinsame Projekte durchführen.“ (Art. 30, 2)

### Militärische Interventionen weltweit

Generell soll eine offensive militärische Interventionspolitik der EU vertraglich verankert werden. Ganz abgesehen von einzelstaatlichen Verfassungsbestimmungen, die den Einsatz von Streitkräften jenseits der Territorialverteidigung nicht vorsehen, wird festgelegt, dass die Mitgliedstaaten der EU „für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Art. 27, 3) u.a. „militärische Fähigkeiten“ zur Verfügung stellen. Mit diesen militärischen Mitteln sollen „außerhalb der Union“ sogar „Abrüstungsmaßnahmen“, „Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung“ und „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“ durchgeführt werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich die EU das gesamte Einsatzspektrum der neuen Kriege vertraglich sichern will. Besonders pikant ist dabei auch noch der Punkt, dass all diese Missionen „zur Bekämpfung des Terrorismus“ beitragen sollen, „unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Art. 28, 1) Das darf mit Fug und Recht als vertragliche Blaupause für den weltweiten Antiterrorkrieg der EU bezeichnet werden.

### Kerneuropa, EU und NATO

Auch kerneuropäische militärische Avantgardekonzepte sollen mit dem neuen EU-Reformvertrag machbar sein. Im Rahmen einer „Ständigen Strukturierten Zusam-

menarbeit“ können sich auch einige wenige EU-Mitgliedstaaten nach EU-Ratsentscheidung zusammenschließen, um Militärinterventionen durchzuführen. Die gesamte EU-Militärpolitik soll EU-reformvertraglich an die NATO gebunden werden (Art. 27, 7). Damit würde eine bereits bestehende Praxis legalisiert werden. Denn bei EU-Militäroperationen wird diese Art der institutionalisierten Kooperation bereits angewandt. Für die paramilitärische EU-Polizeiausbildungsmission in Afghanistan seit 1. Juli ist explizit die NATO- und US-Unterstützung festgehalten. Im Bericht des EU-Rates zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik des EU-Rates vom 18. Juni 2007 heißt es dazu: „Das Generalsekretariat des Rates arbeitet auch eng mit dem internationalen Personal der NATO und mit den USA zusammen: mit

der NATO hinsichtlich der Bereitstellung technischer Unterstützung im Einsatzgebiet durch die ISAF und mit den USA, weil diese ein entscheidender Partner bei der Koordinierung der Vorgehensweise bei den Reformbemühungen sein werden.“

#### Militäreinsatz im Inneren

Zuletzt findet sich auch die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 188) im Entwurf des Reformvertrags wieder. Hier wurde festgeschrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Dies bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Militär im Inneren der EU zur Abwendung von so genannten Terrorgefahren. Damit soll auch noch EU-vertraglich eine wei-

tere Militarisierung der EU-Innenpolitik ermöglicht werden.

#### Fazit

Der Textentwurf der Regierungskonferenz ist das Dokument einer offensiven und aggressiven Sicherheits- und Militärpolitik der EU und kann nur als massiv friedensgefährdend angesehen werden. Es steht nicht zu erwarten, dass sich im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik im Bezug auf den Entwurfstext des EU-Reformvertrags noch Wesentliches ändern wird. Die Mitgliedstaaten der EU werden auf Aufrüstung, Militarisierung und weltweite militärische Interventionen festgelegt. Die EU-Rüstungsagentur wird detailliert mit ihren Aufgaben und Kompetenzen im EU-Vertrag verankert. Der neue EU-Reformvertrag soll dafür die rechtliche Grundlage sein

## Raider heißt jetzt Twix:

### Stationen auf dem Weg vom EU-Verfassungs- zum Reformvertrag

- ab 1992: Zunehmendes Legitimationsdefizit durch das dänische Nein zum Maastricht-Vertrag (1992) und einen starken Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen von 57 auf 49 Prozent (1994).
- 1996: Gipfel in Turin (Beginn der Regierungskonferenz zur Reform der europäischen Verträge)
- 1997: Abschluss des Vertrags von Amsterdam. Der Vertrag sieht eine Begrenzung der Zahl der Europaabgeordneten auf 700 nach der Erweiterung vor.
- Dezember 1997: Gipfel von Luxemburg, offizieller Beginn der Beitrittsverhandlungen.
- November 2000: Vorlage der Grundrechte-Charta.
- Dezember 2000: Vertrag von Nizza. Festlegung der Sitzverteilung im Europäischen Parlament, unzureichende Regelung der Neufestsetzung der Stimmengewichtung im Rat, keine Einigung über Reform der Kommission, unzureichende Einigung über den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen.
- Mai 2001: Ablehnung des Nizza-Vertrages bei einem Referendum in Irland (Annahme im Oktober 2002).
- Dezember 2001: Gipfel von Laeken. Beschluss über die Einsetzung eines Verfassungskonvents.
- 28. Februar 2002: Beginn der Arbeit des Konvents.
- März bis Juni 2002: „Phase der Anhö-

- rung“
- Juni 2002: Anhörung durch Vertreter der Zivilgesellschaft
- Juni 2002: Einrichtung von 11 Arbeitsgruppen
- 6. Februar 2003: Vorlage der ersten 16 Artikel zur institutionellen Architektur
- 10. Juli 2003: Annahme des gesamten Entwurfs
- 4. Oktober 2003: Beginn der „Regierungskonferenz 2004“
- 11.-13. Dezember 2003: Europäischer Rat in Brüssel unter dem Vorsitz von Italien. Die Annahme des Entwurfs eines Vertrages über eine Verfassung für Europa scheitert an dem Widerstand Spaniens und Polens. Beide Länder akzeptieren nicht ihre Herabstufung bei der Stimmengewichtung im Europäischen Rat und im Rat.
- 01. Januar 2004: Übernahme des Ratsvorsitzes durch Irland.
- 14. März 2004: Abwahl der konservativen Regierung in Spanien. Die gewählte sozialistische Regierung akzeptiert die neue Stimmengewichtung im Rat.
- 18. Juni 2004: Auf seinem Treffen in Dublin stimmt der Europäische Rat dem Vertrag über eine Verfassung für Europa zu.
- 29. Oktober 2004: Feierliche Unterzeichnung des Vertragsentwurfes in Rom.
- 29. Mai 2005: Frankreichs Wähler sprechen sich in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 54,8 Prozent gegen den EU-Verfassungsvertrag aus.

- 1. Juni 2005: Die niederländischen Wähler sprechen sich in einer Volksabstimmung mit 61,6 Prozent gegen den EU-Verfassungsvertrag aus.
- Mitte 2005 bis Ende 2006: Nach den ablehnden Referenden findet eine „Reflexionsphase“ statt. Der ursprüngliche Termin zur Ratifizierung wird aufgegeben. Polen gesellt sich ebenfalls zu den Gegnern des Vertragsentwurfes.
- 15. Dezember 2006: Bei einem EU-Gipfel skizzierte die Bundeskanzlerin und Ratspräsidentin Angela Merkel ihre Vorstellungen zur Zukunft des Vertrags.
- 25. März 2007: Verabschiedung der Berliner Erklärung zur Ausgestaltung der Verfassung und zum weiteren Verfahren im Verfassungsprozess.
- 21. und 22. Juni 2007: Ausarbeitung eines Reformvertrags durch den Europäischen Rat in Brüssel.
- 23. Juli 2007: Start der Regierungskonferenz in Lissabon. Beginn der Arbeit am Text des Reformvertrags auf Rechtsexperten-Ebene.
- 7.-8. September 2007: Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten.
- 18.-19. Oktober 2007: Geplantes Treffen des Europäischen Rats in Lissabon und endgültige Einigung über den Vertragstext.
- bis Mitte 2009: Geplante Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten.

# EU-Battlegroups mit UN-Mandat

## Wie die Vereinten Nationen die europäische Rekolonialisierung Afrikas unterstützen

von Christoph Marischka

Militärmissionen unter mittlerweile fast ausschließlich robustem Mandat der UN haben seit Beginn der 90er Jahre massiv zugenommen. Insbesondere seit 2003 bemüht sich die EU als Regionalorganisation um eine enge Zusammenarbeit mit der UN, was häufig als „Bekenntnis zum Multilateralismus“ interpretiert wird. Betrachtet man diese Zusammenarbeit jedoch näher, so wird deutlich, dass es der EU um einen größtmöglichen Einfluss auf die UN geht und sie diesen nutzen will, um sich ihre Weltordnungspolitik legitimieren zu lassen. Dies wird auch im Verteidigungsweißbuch der deutschen Bundesregierung, welche die Kooperation mit der UN wesentlich vorangetrieben hat, deutlich. Der zentrale Satz im knappen Unterkapitel „2.5. Vereinte Nationen“ lautet: „Denn gerade, wenn es zum Einsatz militärischer Gewalt kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend“.<sup>1</sup> Im Entwurf kam dieser Gedanke noch deutlicher zum Vorschein. Dort hieß es: „Die einzigartige Bedeutung der Vereinten Nationen besteht darin, einen notwendig werdenden Einsatz militärischer Gewalt mit der völkerrechtlichen Legitimität zu versehen.“<sup>2</sup> Im Rahmen der EU-Einsätze in der Demokratischen Republik Congo (DRC) hat sich eine enge Kooperation zwischen EU und UN herausgebildet, auf die auch bei den anstehenden Militärmissionen auf dem afrikanischen Kontinent zurückgegriffen wird.

### Europäische Weltordnungspolitik

Im September 2003 wurde von der EU-Kommission eine Mitteilung zum Stand und zu den Perspektiven der EU-UN-Beziehungen an den Rat und das Parlament übermittelt. Darin heißt es: „Es ist an der Zeit, die Rolle der EU im UN-System generell zu überdenken.“ Die EU solle mehr Einfluss erreichen und die Mitgliedsstaaten ihr Handeln gegenüber den UN abstimmen, denn: „Zwar spricht die EU in den UN-Debatten allmählich immer mehr mit einer Stimme, doch ihr echter Einfluss und ihre Fähigkeit zur Vermittlung europäischer Werte auf der Weltbühne bleiben hinter ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht und auch hinter ihrem finanziellen Beitrag zu den UN-Einrichtungen zurück.“<sup>3</sup>

Wurde noch 2002 vom Europäischen Parlament (EP) abgelehnt, mittels eines Berichts die Beziehungen zur UN zu definieren, erfolgte dies im Anschluss an die erfolgreiche Probemission Artemis in der DRC im Januar 2004 mit der Annahme des „Berichts über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen“<sup>4</sup>. Wie zuvor die Kommission weist auch das EP „darauf hin, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten mehr als 50 Prozent der Beitragsmittel der Vereinten Nationen sowie der friedenserhaltenden Truppen und mehr als 60 Prozent der internationalen Entwicklungshilfe bereitstellen und somit eine Schlüsselrolle in der Frage der künftigen Gestaltung der Vereinten Nationen einnehmen sollten“. Das Dokument ist beseelt von dem Gedanken einer Weltordnungspolitik der EU. So wird in der Begründung der vertieften Zusammenarbeit Jean Monnet mit den Worten zitiert: „Europa ist ein Beitrag zur besseren Welt“. Gleichzeitig wird mit einem Zitat von Kofi Annan an die Abhängigkeit der UN von den Mitgliedsstaaten erinnert: „Die Vereinten Nationen sind kein Selbstzweck. Vielmehr sind sie ein Mittel, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Ihre Stärke hängt von der Unterstützung der Mitgliedsstaaten ab.“ Der Verfasser des Berichts, der deutsche CDU-Politiker Armin Laschet, wiederholte diese Abhängigkeit in der „Zeitschrift für die Vereinten Nationen“ und machte damit zugleich deutlich, dass eine Steigerung des Einflusses der EU ohne zusätzliches Engagement der EU nicht denkbar ist: „Weltordnungspolitik wird unwirksam bleiben, wenn die multilateralen Institutionen nicht in der Lage sind, eine effiziente Umsetzung ihrer Entscheidungen und Normen zu gewährleisten. Aber die UN können nur das leisten, was ihre Mitgliedsstaaten zu leisten bereit sind. Bei der Um- und Durchsetzung der Entscheidungen der Vereinten Nationen trägt die EU eine besondere Verantwortung.“<sup>5</sup>

Mehrfach beschwert sich der Laschet-Bericht jedoch darüber, dass dem EP in außenpolitischen Fragen keine Entscheidungsgewalt zugebilligt wird. Das Parlament nimmt „mit Bedauern zur Kenntnis,

dass die Kommission davon Abstand genommen hat, Empfehlungen hinsichtlich der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UNO und dem Europäischen Parlament (einem der politischen Entscheidungsträger der Union und Haushaltsbehörde in diesem Bereich) zu unterbreiten, obwohl sie dies in Bereichen der Zuständigkeit des Rates der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten getan hat“.<sup>6</sup> Dieser Vorwurf ist durchaus gerechtfertigt, denn die Fakten wurden bereits außerhalb des Parlaments geschaffen.

### Artemis als Katalysator

Der erste autonome Militäreinsatz der EU<sup>7</sup> im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) fand 2003 in der Demokratischen Republik Congo (DRC) statt. Vorausgegangen waren ihm eine Anfrage und ein Mandat der UN, konkreter Inhalt war die vorübergehende Sicherung der Stadt Bunia, um Austausch und Aufstockung der in der DRC ebenfalls - aber langfristig - stationierten Soldaten der UN-Truppe MONUC zu ermöglichen. Dieser Einsatz „Artemis“ wurde als Geburtsstunde der ESVP gefeiert denn er hat erstmals die vollständige militärische Handlungsfähigkeit der EU demonstriert und zudem als praktische Übung für multilaterale Einsätze unter der neuen politischen Kommandostruktur gedient. Doch auch für die Zusammenarbeit zwischen EU und UN war er wegweisend: Im September 2003, noch ehe die letzten Soldaten abgezogen wurden, unterzeichneten beide Organisationen („aufbauend auf dem Erfolg von Artemis“)<sup>8</sup> eine „gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit von EU und UN beim Krisenmanagement“.<sup>9</sup> Die EU wurde dabei vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) vertreten. Dieses war 2001 durch Beschluss des Rates gegründet worden, hat die politische Führung bei der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der EU und erarbeitet die Leitlinien des EU-Militärausschusses. Das PSC prüft in Frage kommende ESVP-Missionen, erarbeitet für diese Konzepte, die es dem Rat vorlegt und übernimmt im Falle eines tatsächlichen Einsatzes die politische und strategische Leitung.

Die knapp gehaltene gemeinsame Erklärung verweist auf die Fortschritte beim gemeinsamen Krisenmanagement in Bosnien, wo die EU zu Beginn 2003 das Mandat für eine internationale Polizeitruppe von der UN übernommen hatte, sowie in der DRC, wo nach der „schnellen Entsendung [von Artemis] auf Anfrage“ gerade eine weitere Polizeimission mit UN-Mandat geprüft wurde.<sup>10</sup> Konkret

sprachen sich beide Seiten dafür aus, einen Abstimmungsmechanismus zwischen der EU und den UN auf der Arbeitsebene einzurichten. Im so genannten EU-UN Lenkungsausschuss (Steering Committee) treffen sich seit 2004 mindestens halbjährlich Vertreter des EU-Ratssekretariats und des 1992 gegründeten und mit der Planung von UN-Einsätzen beauftragten UN Department for Peacekeeping Operations (DPKO), um Verbindungsbeamte auszutauschen, vergangene Einsätze auszuwerten und die logistischen Anforderungen anstehender Missionen zu besprechen. Hier wurden auch die konkreten Vorschläge für die Umsetzung der Kooperation im Bereich militärischer Kriseneinsätze ausgearbeitet, die bereits im Juni 2004 als Implementierungsprogramm vom Rat angenommen wurden.<sup>11</sup>

### Katalog der Kooperationen

Die EU betont in diesem Implementierungsprogramm die Autonomie der Mitgliedsstaaten, selbst darüber zu entscheiden, wie viele Soldaten sie für Einsätze unter dem Kommando der UN zur Verfügung stellen. Hierfür bietet die EU lediglich einen Abstimmungsmechanismus („clearing house process“) an, bei dem sich die EU-Staaten auf freiwilliger Basis und Anfrage eines Mitglieds oder auch des UN-Generalsekretärs gegenseitig über ihre Bereitschaft informieren, Truppen und Kapazitäten

beizusteuern (wie es bei der europäischen Unterstützung der neuen UNIFIL-Mission im Libanon der Fall war).<sup>12</sup> Eine deutliche Präferenz vonseiten der EU deutet sich allerdings für die andere Option an, UN-Einsätze durch ESVP-Missionen unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der EU selbst zu unterstützen. In diesem Fall kann die EU entweder das gesamte Mandat einer UN-Resolution ausfüllen („stand-alone“, Beispiel: Bosnien) oder die Verantwortung für eine bestimmte Komponente, etwa die Reform des Sicherheitssektors, im Rahmen einer UN-Mission übernehmen („modular approach“).

Mit Verweis auf das Europäische Rüstungsziel (Headline Goal) zum Jahr 2010 und die damals noch nicht einmal beschlossenen Battle-Groups werden insbesondere die europäischen Kapazitäten bei der schnellen Krisenreaktion angepriesen. Tatsächlich ist das Konzept der Battle-Groups, das auch auf Erfahrungen aus der Mission Artemis aufbaut, exakt hierauf ausgerichtet.<sup>13</sup> Sie sind „vorrangig (aber nicht exklusiv) ... bestimmt für, aber nicht begrenzt auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden)“.<sup>14</sup> Bei den meisten der mittlerweile bereitstehenden Battle-Groups handelt es sich um multinationale Verbände mit etwa 1.500 Soldaten, die innerhalb von fünf bis zehn Tagen verlegbar und dann 30 Tage autonom einsatzfähig sind. Wird in dieser Zeit Nachschub organisiert, lässt sich ihr Einsatz auf 120 Tage ausdehnen, innerhalb derer eine weitere EU- oder UN-Mission vorbereitet werden kann. Dies entspricht dem in der gemeinsamen Konzeption von EU und UN dargestellten „Bridging-Model“.

Der EU-Einsatz endet dabei mit der Übergabe der Verantwortung an die UN, verpflichtet die EU zuvor aber auch zu politischen Anstrengungen, damit auch dem folgenden Einsatz ein ausreichendes Mandat und ausreichende Kapazitäten

zur Verfügung stehen. Als Beispiel für solches „Bridging“ wird wiederum die Mission Artemis benannt,<sup>15</sup> obwohl es hier nur um die temporäre und räumlich auf die Stadt Bunia begrenzte Übernahme der Verantwortung durch die EU ging.

Als letzte Variante wird das „Stand-by-model“ vorgeschlagen, das besonders für UN-Einsätze in Afrika relevant sei. Hierbei würde die EU außerhalb des eigentlichen Einsatzgebietes Truppen bereithalten, die im Falle einer Lageverschärfung kurzfristig eingreifen und die UN-Einheiten unterstützen oder beispielsweise evakuieren könnten. Inwieweit solche Einsätze realisierbar seien, müsse jedoch noch geklärt werden und hinge von einer engen Kooperation zwischen EU und UN bereits bei der Planung der UN-Mission ab.<sup>16</sup>

„Übergeordnetes Ziel der konzeptionellen Überlegungen der EU ist die Identifizierung geeigneter Maßnahmen der EU zur angestrebten Unterstützung für die UN im militärischen Krisenmanagement“, resümiert Sybille Lang, wissenschaftliche Referentin im Führungsstab der Bundeswehr. Deutlich macht sie aber auch, dass die EU der UN keine Truppen generell zur Verfügung stellen will oder kann, sondern die Entscheidung bei den Mitgliedsstaaten verbleibt: Die „roten Linien“ der EU bei der Zusammenarbeit mit der UN „bestehen insbesondere in der Ablehnung der EU, einen möglichen UN-Rückgriff auf ESVP-Kräftebeiträge als Automatismus zu gestalten und gegebenenfalls durch die EU im Rahmen der ESVP freiwillig bereitgestellte Kräfte einem UN-Kommando zu unterstellen.“<sup>17</sup> Eine Verpflichtung hierzu wäre aber ein echtes Bekenntnis zum Multilateralismus. Das Angebot verschiedener Unterstützungsleistungen unter eigenem Kommando hingegen zielt in erster Linie auf mehr Einfluss auf die Entscheidungen des DPKO (quasi der UN-Militärstab) und auf mehr Einfluss auf die konkreten Einsätze, die unter UN-Mandat stattfinden.

### African Peace Facility

Ebenfalls 2003 richtete die Europäische Union eine „African Peace Facility“ mit einem Budget von 250 Mio. Euro für die Afrikanische Union (AU), insbesondere deren Militäreinsätze und die Evaluierung dieser ein.<sup>18</sup> Die Hälfte des Betrages wird direkt aus dem Europäischen Entwicklungsfond bereitgestellt, die andere Hälfte müssen die afrikanischen Staaten anteilig von ihren Geldern, die sie im Rahmen des Cotonou-Abkommens aus demselben Topf erhalten, beisteuern. Will die AU jedoch eine Mission durchführen und diese Mittel abrufen, muss sie eine entsprechende



UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und der deutsche Außenminister Steinmeier am 21.2.2007 in Berlin.

Anfrage an die Europäische Kommission stellen, die daraufhin die EU-Mitgliedsstaaten einlädt, Einfluss auf die operationelle Planung zu nehmen. Wenn die EU die Pläne unterstützt, bemüht sie sich, im UN-Sicherheitsrat ein Mandat für den Einsatz zu erreichen. Bislang muss ein solches Mandat außerdem den Einsatz von Kräften aus Drittstaaten umfassen, da die AU selbst über keine ausreichende Logistik verfügt. So besteht die AU-Mission AMIS in Darfur zwar aus über 6000 Soldaten aus Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal und Südafrika, diese werden jedoch mit Flugzeugen der deutschen, niederländischen, britischen und US-amerikanischen Streitkräfte versorgt und transportiert.

Die AU ist eine Regionalorganisation, der alle Staaten Afrikas außer Marokko angehören. Ihre Gründung 2002 löste gleichzeitig die Organisation Afrikanische Einheit (OAU) auf, die noch auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten beruhte. Ursprüngliches Ziel war es, durch Kooperation ein größeres Gewicht Afrikas in internationalen Organisationen und bei der Gestaltung der Globalisierung, die oft zulasten afrikanischer Gesellschaften geht, zu erlangen. Mittlerweile wird die AU aber immer häufiger für riskantere UN-mandatierte Missionen in afrikanischen Staaten eingesetzt. Dies entspricht der Strategie der UN, für Peacekeeping verstärkt auf Regionalorganisationen zurückzugreifen. Indem die EU die Finanzierung und Logistik dieser Einsätze stellt, nimmt sie massiven Einfluss auf die Militärpolitik in Afrika, ohne unmittelbar sichtbar zu sein und größere Risiken einzugehen.<sup>19</sup>

### **EUFOR DRC**

Zur intensiven militärischen und strategischen Zusammenarbeit kam es jedoch erst wieder 2006, nachdem der „Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU, Javier Solana, gegenüber der UN Bereitschaft für ein erneutes Engagement in der DRC signalisierte und von der UN eine offizielle Anfrage an die EU erging. Die EU sollte und wollte während der Wahlen im Sommer eine eigene Mission nach Kinshasa entsenden, um erneut die dort bereits stationierte UN-Truppe MONUC bei der Absicherung der Wahlen zu unterstützen. Insbesondere der EU-Entwicklungskommissar Louis Michel, zuvor Außen- und Außenhandelsminister der ehemaligen Kolonialmacht am Kongo (Belgien), sowie Frankreich drängten auf diesen Einsatz. Deutschland erklärte sich bereit, die Führung der EUFOR DRC zu übernehmen, da es in dieser Region weni-



*Polizeiausbildung im Rahmen des UNMIS-Einsatzes im Sudan*

ger mit kolonialen Erblasten assoziiert wird. „Kern“ der Mission war die im ersten Halbjahr 2006 von Deutschland gestellte Battle-Group, welche damals jedoch noch nicht für „voll einsatzfähig“ erklärt worden war.<sup>20</sup> Die erste Battle-Group erreichte jedoch im Anschluss an den Einsatz in der DRC und die Übung European Endeavour im 1. Halbjahr 2007 die „Full Operational Capability“.<sup>21</sup> Deutschland konnte auch die an den Einsatz anschließende deutsche Ratspräsidentschaft für die Aufarbeitung der erneuten engen Kooperation mit der UN nutzen. Bereits im Februar empfing das deutsche Auswärtige Amt in Berlin den neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und eine Woche später die damalige Präsidentin der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Sheika Haya Rashed Al Khalifa. Am 2. März diskutierten die EU-Verteidigungsminister auf ihrem informellen Treffen in Wiesbaden unter deutschem Vorsitz die Kooperation mit der UN. Das Verteidigungsministerium initiierte vom 19. bis 21. März 2007 in Berlin ein Seminar unter dem Titel „Militärische Aspekte der Zusammenarbeit EU-UN in Krisenmanagementoperationen im Lichte der EUFOR DR CONGO“, bei dem ein besserer und regelmäßiger Austausch zwischen beiden Organisationen in Militärfragen angemahnt und ein gemeinsames Vorgehen bei „Fact-Finding-Missions“ besprochen wurde.<sup>22</sup> Generalmajor Manfred Lange, Stabsabteilungsleiter für Militärpolitik und Rüstungskontrolle im Verteidigungsministerium, erklärte zu diesem Anlass: „EU und Vereinte Nationen teilen die gleiche Vision von einer sicheren Welt“.<sup>23</sup> Im Mai veranstaltete das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem „Center on International Cooperation“ der New York University und

dem Berliner „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“ (ZIF) eine öffentliche Diskussionsrunde zum Thema „Europa, die Vereinten Nationen und die Zukunft internationaler Friedensmissionen.“ Im folgenden Juni unterzeichneten am Rande des G8-Gipfels in Heiligendamm der deutsche Außenminister Steinmeier als Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft und der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erneut eine gemeinsame Kooperationserklärung. Ban Ki-moon hatte erst im Februar zwei Vorschläge zur Stationierung internationaler Truppen in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik geäußert. Das neue Abkommen mit der EU lobt zunächst die vorangegangene Zusammenarbeit beider Organisationen in der DRC, Bosnien, Afghanistan und die Unterstützung der AU durch die EU (wobei die ausbleibende militärische Unterstützung für die hoffnungslose Mission der AU in Somalia keine Erwähnung findet) und stellt fest, dass die Battle-Groups mittlerweile voll einsatzfähig sind. Sodann werden eine engere Kommunikation und die Schaffung neuer Koordinationsmechanismen angemahnt. Der UN-EU Lenkungsausschuss soll weiterhin regelmäßig und bei Bedarf auch ad hoc zusammentreten. Insbesondere aber soll es zu einem regelmäßigen Austausch zwischen dem Generalsekretariat der UN und dem PSC der EU kommen.<sup>24</sup>

### **Die kommenden Kriege**

Ein solcher Austausch fand bereits am 17. Juli statt. Der stellvertretende UN-Sekretär für Friedensmissionen, Jean-Marie Guehenno, war zu Gast beim PSC und bat dort die Vertreter der Mitgliedsstaaten um eine hochmobile Truppe, welche im Tschad, wo sich angeblich 230.000 Flüchtlinge aus dem

Sudan aufhielten, stationiert werden soll. Die UN plane gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU) eine Polizeimission, die zeitgleich im vierten Quartal 2007 beginnen solle. Die Regierung des Tschad sei in diese Pläne eingeweiht und einverstanden. Diese Mission sei Teil der Bemühungen, das angrenzende Darfur zu stabilisieren. Bis Ende des Jahres sollen dort 26.000 Soldaten, ebenfalls in einer „hybriden“ UN-AU-Mission stationiert werden.<sup>25</sup>

Am selben Tag informierte der portugiesische Vertreter des PSC Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Europäischen Parlaments darüber, dass gegenwärtig eine ESVP-Mission in Guinea-Bissau erwogen werde. Eine Sondierungsmission hätte bereits unter deutscher Ratspräsidentschaft stattgefunden.<sup>26</sup> Ziel des Militäreinsatzes „könnte unter anderem“ der zunehmende Drogenhandel in Westafrika sein, außerdem hätten sich einige Mitgliedsstaaten besorgt über die dortige Sicherheitslage gezeigt. Ein konkreter Anlass für den Einsatz von Soldaten wird jedoch nicht genannt. In dem kleinen Land an der westafrikanischen Küste mit knapp 1,5 Mio. Einwohnern gibt es unerschlossene Erdölvorkommen.

Als Vorbild der Mission könnte sicher-

lich die Übung „European Endeavour 06“ dienen, mit der die erste Battle-Group ihre volle Einsatzbereitschaft unter Beweis stellte. Das Szenario war damals folgendes: „Die fiktive Republik Fontinalis wurde von einem Bürgerkrieg erschüttert. Jetzt gibt es ein sogenanntes ‚solides Mandat der Vereinten Nationen‘. 1.500 Soldaten aus Deutschland, den Niederlanden und Finnland [eben die Battle-Group I/2007] werden ab sofort für die Sicherheit in dem cirka 6.000 Kilometer entfernten Land sorgen.“<sup>27</sup> Auch die Befehlshaber der europäischen Marinen haben mit ihrem „Generic European Maritime Concept of Operations“ von 2004 sicherlich Vorarbeit geleistet, als sie neben der Abbildung eines fiktiven Küstenabschnitts, den Beobachter unisono als Westafrika nachempfunden identifizierten,<sup>28</sup> folgende Situation durchspielten: „Seit einiger Zeit sind Kampfhandlungen zwischen den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen Klins und Therc in Poruee im Gange. Alle Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind gescheitert. Die Nachbarstaaten Troid und Chague, die über beträchtliche militärische Fähigkeiten verfügen, unterstützen jeweils die angrenzende ethnische

Bevölkerungsgruppe Klins bzw. Therc. In den vergangenen beiden Wochen sind die Kampfhandlungen abgeflaut. Es bestehen gute Aussichten auf erfolgreiche Friedensverhandlungen. Voraussetzung ist aber, dass die Nachbarstaaten Troid und Chague sich zukünftig neutral verhalten. Ein Einsatz von Streitkräften unter EU-Führung wird nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert; andererseits hat keine Partei einem Einsatz ausdrücklich widersprochen. Die Therc unterstützen offen eine EU-Operation und sind auch bereit, EU-Streitkräfte aufzunehmen. Erste Verhandlungen haben ergeben, dass die EU-Streitkräfte möglicherweise ohne Widerstand in das Einsatzgebiet gelangen können. Gefahr droht durch kriminelle Elemente in Poruee, die robusten Widerstand gegen die eigene Regierung leisten und den Einsatz der EU-Streitkräfte ablehnen. Aber auch mit terroristischen Anschlägen muss gerechnet werden.“<sup>29</sup>

### Weiter Unruhe am Congo

Die Bilanz der bisherigen gemeinsamen Peacekeeping-Einsätze von EU und UN fällt allerdings mager aus. Dies kann wiederum anhand der aktuellen Situation in der DRC deutlich gemacht werden. Die MONUC

## Maßstab ist das Völkerrecht: Brüsseler Spitzen

Im August trat die neu eingerichtete Kosovo-Kontaktgruppe (USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) erstmals in London zusammen. Sie soll aus der Sackgasse der derzeitigen Situation führen. Der von der UNO beauftragte Finne Martti Ahtisaari hatte einen Plan vorgelegt, der die de-facto-Herauslösung Kosovos aus Serbien vorsah. Deshalb wurde er von serbischer Seite mit Unterstützung Russlands scharf abgelehnt.

Die Voraussetzung für die jetzige Situation war der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Danach wurde Kosovo einer »Übergangsverwaltungsmission« der UN (UNMIK) unterstellt.

Auch auf albanischer Seite finden Ahtisaaris Vorschläge keineswegs ungeteilte Zustimmung. Der geplante EU-Sonderbeauftragte erhielt faktisch die uneingeschränkten Befugnisse eines Prokonsuls: Er könnte z.B. alle Gesetze des kosovarischen Parlaments und der Regierung annullieren und alle gewählten Vertreter und Beamte entlassen. Darüber hinaus ginge die Kontrolle über die Geld- und Wirtschaftspolitik des Landes, die in der Kosovo-Verfassung des Jahres 2001 der

UNMIK übertragen wurde und die die Einführung einer »freien Marktwirtschaft« vorsieht, nun auf die EU über. Somit wäre Kosovo kein souveräner Staat, sondern ein Protektorat der Europäischen Union.

Alle wissen, der Ahtisaari-Plan ist nun gescheitert, manche sagen es offen, andere nicht. Immer wieder gibt es Äußerungen von Seiten der USA, von der EU oder aus Deutschland, die eine völkerrechtswidrige Lösung ohne den UN-Sicherheitsrat wollen. »Sollte Russland weiterhin hartnäckig auf seinem Nein beharren, wird die Europäische Union die Verantwortung übernehmen und einen Entschluss über Kosovo fassen – allerdings auch in diesem Fall die Unterstützung des UNO-Sicherheitsrates dafür beantragen«, wird Cristina Gallach vom Büro Javier Solanas in der Belgrader Tageszeitung »Vecernje novosti« zitiert. Das wäre fatal.

Auch die Begleitmusik aus der EU ist interessant: Kommissionspräsident Barroso sagt, die EU sei so etwas wie ein »Empire«. Das bestätigt so manches, aber es ist in dieser Situation nicht sehr hilfreich. Die »Wiener Zeitung« titelte am 1. August: »Kosovo ist ein Prüfstein für die EU.« Das ist zutreffend, allerdings etwas anders, als die Zeitung aus Österreich es meint.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft will die Parlamentarier des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung (SEDE) über die schon konkret ausformulierten Pläne für die ESVP-Mission in Kosovo nicht offiziell informieren, so jedenfalls der Vertreter des »Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees« in der letzten Sitzung im Europäischen Parlament vor der Sommerpause am 17. Juli.

Der geplante Kosovo-Einsatz ist somit aus mehreren Gründen ein Lackmuster für die Europäische Union: Die EU will Protektoratsmacht in Kosovo werden, das wäre eine neue – fatale – Rolle für die EU. Zugleich will die EU – ohne parlamentarische Kontrolle – die größte ESVP-Mission aller Zeiten (Steinmeier) im Kosovo durchführen.

Äußerungen, dass es auch eine völkerrechtswidrige Lösung ohne die Zustimmung Serbiens oder des UN-Sicherheitsrates geben könne, sind Kriegszünde. Alles keine guten Aussichten. Wir müssen gegen eine solche »imperiale« Politik der EU sein. Maßstab ist und bleibt das Völkerrecht.

Tobias Pflüger

wird dort immer mehr zur Feuerwehr landesweit aufflammender Konflikte, büßt dabei aber zunehmend Autorität ein. So kam es am 2. August in der Geburtsstadt des Präsidenten Joseph Kabila, Moba im Nordosten der ansonsten gegenwärtig eher ruhigen Provinz Katanga, zu Ausschreitungen gegen die Truppen und Mitarbeiter des Flüchtlingskommissariats der UN. Anlass war die Ankündigung, dass mehrere so genannte Banyamulenge-Flüchtlinge vom UNHCR in der Region wieder angesiedelt werden sollten. Ein Konvoi des UNHCR nach Moba mit 582 Flüchtlingen aus Sambia und Tansania musste daraufhin zunächst im 200km südlich gelegenen Pweto einen Zwischenhalt einlegen und erreichte erst am 13.8.2007 sein Ziel. Die MONUC evakuierte zunächst die zivilen UN-Mitarbeiter vor Ort und verstärkte dann ihre militärische Präsenz in Moba, verlegte dorthin auch ein mobiles Hauptquartier und führte eine Aufklärungsmission zur Sicherheitslage durch, bei der die Zivilgesellschaft aufgefordert wurde, nicht weiter zu Protesten aufzurufen.<sup>30</sup>

Zu Ausschreitungen kam es auch in den nördlicher gelegenen Kivus-Provinzen, die an Uganda, Ruanda und Burundi grenzen. So wurde den MONUC-Soldaten am 20. August die Einfahrt in die Grenzstadt Bunagana verwehrt, wo kurz zuvor zwei Mitarbeiter des congoleischen Geheimdienstes verprügelt wurden. Jugendliche - einige von ihnen sollen bewaffnet gewesen sein - errichteten Straßensperren und bewarfen die Soldaten mit Steinen, was den MONUC-Soldaten auch in anderen Städten der Region immer häufiger widerfährt. Am nächsten Tag verschafften diese sich mithilfe der congoleischen Nationalpolizei Zutritt zur Stadt, schossen dabei in die Luft. Drei Soldaten und ein Polizist wurden dennoch verletzt, die Bevölkerung der Stadt floh überwiegend über die Grenze nach Uganda.

Nach Vermutungen der UN hat es sich bei den Jugendlichen um Soldaten des Warlords Nkunda in zivil gehandelt - allerdings wurde drei Tage zuvor ein Munitionslager der offiziellen congoleischen Armee FARDC in der Nähe geplündert. Tatsächlich ist auch bei der Zivilbevölkerung das Ansehen der MONUC stark beschädigt. Ihr wird teilweise Unterstützung der marodierenden Hutu-Miliz FDLR vorgeworfen. In deren Gebiet wiederum operieren die so genannten „Rastas“, die vermeintlich im Auftrag der FDLR, zumindest aber unter deren Schutz, gewalttätige Plünderungen vornehmen.<sup>31</sup> Nkunda ist ein klassischer Warlord und hat schon in wechselnden Konstellationen Milizen in der Region der

großen Seen befehligt. Er inszeniert sich gegenwärtig nicht erfolglos als Schutzmacht der Tutsi und hat ein kleines Königreich im Grenzgebiet zwischen der DRC, Uganda und Ruanda aufgebaut. Nachdem die MONUC ihn gemeinsam mit der congoleischen Armee im Vorjahr erfolglos bekämpft hatte, bildete ein Teil seiner Soldaten mit der FARDC gemischte Brigaden, die bis August unter dem Schutz der MONUC gegen die FDLR vorgingen. Doch innerhalb der gemischten Brigaden kam es zu immer größeren Spannungen, teilweise gar Gefechten und zuletzt Angriffen auf den Kommandierenden. Seit die FARDC sich aus dem Gebiet der FDLR zurückzieht, kehren immer mehr Soldaten - tw. mit neuen Waffen - zu Nkunda zurück, dem sie ohnehin stets treu geblieben waren. Die FARDC begründet ihren Rückzug mit entsprechenden Empfehlungen durch die UN, kurz zuvor waren außerdem Rohstoffgeschäfte zwischen MONUC-Soldaten und der FDLR öffentlich geworden. All das diskreditierte die MONUC in den Kivus. Ihr Ansehen wird außerdem durch die schlechte Behandlung ihrer congoleischen Mitarbeiter getrübt, von denen viele bereits seit Jahren als Tagelöhner und ohne Vertrag arbeiten, weshalb diese am 23. August in den Streik traten und sich vor dem Hauptquartier der MONUC in Kinshasa versammelten, vor dem daraufhin UN-Soldaten aufmarschierten.

### Deutschland entsendet Militärattachés

Kabila war vor allem im Osten der DRC gewählt worden, weil hier angenommen wurde, er könne - auch durch seine guten internationalen Kontakte - die Region befrieden. Tatsächlich kündigen er und sein Verteidigungsminister Crispus Kiyonga regelmäßig ein hartes Vorgehen gegen alle irregulären Kräfte an. Hierfür sind sie offensichtlich auch bereit, mit den Armeen der Nachbarstaaten zu kooperieren. Ende August trafen sich die Befehlshaber der Armeen der DRC, Ruandas, Ugandas und Burundis, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Rebellen in der Region der großen Seen zu besprechen. Ein solches könnte fatale Folgen haben: Auch die Nachbarstaaten der DRC haben ihre Armeen kaum im Griff. In der rohstoffreichen Grenzregion, in der bald auch Öl gefördert werden soll, käme es sicherlich zu einer weiteren Fragmentierung der Armeen und verstärkten Konflikten um die Ausbeutung der Rohstoffquellen. Doch auch die letzte Militäroffensive Anfang September der FARDC gegen Nkunda - unterstützt von der MONUC - hat weniger Erfolge als erneute Vertriebene gebracht. Die Stadt Sake wurde

von den Regierungstruppen eingenommen, von den Rebellen wiedererobert, daraufhin von der MONUC wieder der FARDC übergeben und seit dem von ihr als Aufmarschgebiet genutzt.<sup>32</sup>

Das militarisierte Durcheinander und das vorangegangene EU-Engagement in der DRC werden von der deutschen Regierung genutzt, um ihren Einfluss in der Region auszubauen: Verteidigungsminister Jung stellt in seinem Schreiben vom 20.8.2007 an den Verteidigungsausschuss des Bundestags fest, dass Deutschland den „Wiederaufbau“ nach der Führung des EUFOR-Einsatzes zur Absicherung der Wahl Kabilas vor allem durch die Reform des Sicherheitssektors unterstütze. Dies bedeutet neben der Ausbildung von Gendarmerie-ähnlichen Spezialeinheiten der Polizei durch die Mission EUPOL DRC (zuvor: EUPOL KINSHASA) auch einen tiefen Eingriff in die Umstrukturierung der congoleischen Armee durch die ESVP-Mission EUSEC DRC. Acht hochrangige Militärs aus EU-Staaten überwachen dabei die Besoldung der FARDC-Soldaten und hiermit auch ansatzweise deren Truppenbewegungen. Der Brief des Verteidigungsministeriums an den Ausschuss lässt darüber hinaus ein weiteres Engagement Deutschlands erahnen: In der deutschen Botschaft Kinshasa soll ein Militärattachéstab eingerichtet werden, der diese „in die Lage versetzt, neben einer zu erwartenden Intensivierung der Lageinformation - auch über den Kongo hinaus - insbesondere aus militärpolitischer Sicht der deutschen Zielsetzung einer fortdauernden und nachhaltigen Unterstützung im Bereich der Sicherheitssektorreform und der militärpolitischen Beziehungen in gebotener Weise Ausdruck zu verleihen. Darüber hinaus kann mit Hilfe eines Militärattachéstabes der mit wachsendem EU-Engagement der DRC zu erwartenden Zunahme des Steuerungsbedarfs vor Ort zwischen bilateral zu verfolgenden Handlungsfeldern und multilateralen Projekten zielgerichtet entsprochen werden. Die Aufnahme militärpolitischer Beziehungen ... ist die erste Akkreditierung eines deutschen Militärattachés in der afrikanischen Zentralregion. Auf weitere Sicht kann diese Region von Kinshasa aus durch Nebenakkreditierungen weiter erschlossen werden.“

Dass das militärische Engagement in der DRC auch dazu genutzt werden soll, einen Zugriff auf die Rohstoffe der Region zu erhalten, wird durch die Afrika-Strategie des Auswärtigen Amtes deutlich. In deren Abschnitt zu Zentralafrika hieß es bereits 2004: „Schon jetzt sind einige Staaten in Zentralafrika wichtige Erdölproduzenten (Republik Kongo, Gabun, Äquatorialgü-

nea); mittelfristig, insbesondere nach Ende des gegenwärtigen länderübergreifenden Konfliktes, dürfte vor allem die DR Kongo aufgrund ihrer Größe, des Rohstoffreichtums und der zentralen Lage an politischem und wirtschaftlichem Gewicht erheblich gewinnen. Nach der Einsetzung der Übergangsregierung unter Joseph Kabila hat das internationale Interesse deutlich zugenommen.“

### Frankreich im Tschad

Derweil nutzt Frankreich das jüngste UN-Mandat, um seinen Einfluss in den ehemaligen Kolonien Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) auszuweiten. In beiden Ländern gibt es ebenfalls Rebellenbewegungen, welche die von Frankreich gestützten Präsidenten Idriss Déby und Francois Bozize stürzen wollen. Seit 2003 wird im Tschad von US-Firmen Öl gefördert. Präsident Déby selbst hat sich 1991 von Darfur aus an die Macht geputscht, wurde danach allerdings drei Mal wiedergewählt. Damit das überhaupt möglich war, musste er jedoch zunächst die Verfassung ändern. Den Rebellen, die Anfang 2006 bis in die Hauptstadt N'Djamena vordrangen, geht es natürlich unter anderem um die Erdöleinnahmen aber auch viele ehemalige Anhänger des Präsidenten haben sich ihnen aus Enttäuschung über seinen autoritären Führungsstil angeschlossen. 2006 kündigte er ein Abkommen mit der Weltbank, welches dafür sorgen sollte, dass die Öleinnahmen der Bevölkerung zugute kommen, die seither überwiegend in den Sicherheitssektor fließen. Kurz nachdem er UN und EU erlaubt hat, Truppen in seinem Land zu stationieren, verschob er in Einvernehmen mit den Oppositionsparteien die an sich bereits seit 2006 anstehenden Wahlen zum Parlament, in dem er gegenwärtig über eine überwältigende Mehrheit verfügt, auf 2009. Dies schaffe Zeit, um mit den Rebellen fertig zu werden, heißt es aus Regierungskreisen.

Ob die Bekenntnisse von UN und EU, sich in diesem Konflikt neutral zu verhalten, vor diesem Hintergrund realistisch sind, steht zu bezweifeln. Unter UN-Mandat soll eine UN-Mission Polizeieinheiten der Regierung ausbilden, während eine EU-Mission in einem Gürtel von etwa 300km mal 900km Flüchtlinge aus Darfur schützen soll. Die EU-Mission wird vor allem von Frankreich geplant und im PSC wie im Rat der Außen- und Verteidigungsminister vorangetrieben. Dieser bestätigte bereits am 12.9.2007, ohne dass es zuvor eine nennenswerte öffentliche Debatte gegeben hätte, einen „Plan zum Krisenmanagement“ in Tschad und der ZAR. Demnach

sollen bis zu 4.000 Soldaten der EU entsandt werden, die überwiegend von Frankreich gestellt werden. Auch das militärische Oberkommando wird nicht wie im Falle der EUFOR-Mission in der DRC in Potsdam, sondern in Paris stationiert sein. Im Gegensatz zu den bereits in Zentralafrika stationierten französischen Soldaten, die gelegentlich sowohl die Regierungstruppen des Tschad als auch der ZAR gegen Rebellengruppen unterstützt haben, sollen sich diejenigen mit UN-Mandat jedoch strikt neutral verhalten. Daran zweifelt zumindest Albissaty Saleh Allazan, Führer des im Osten des Tschad aktiven Conseil d'Action Revolutionnaire: „Wenn sie [die EU-Truppen] einfach nur kommen, um die Darfur-Flüchtlinge zu schützen, haben wir kein Problem damit“, drohte er gegenüber der UN-Nachrichtenagentur IRIN, „...sollten sie sich allerdings zwischen uns und N'Djamena stellen, werden wir sie bekämpfen“. Das militärische Potenzial hierfür sei jedenfalls vorhanden. UN und EU würden ihren Einsatz zwar mit der Regierung des Tschad gemeinsam vorbereiten, ein Dialog mit den Rebellen hätte jedoch nicht stattgefunden.<sup>33</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, 25.10.2006

<sup>2</sup> Vgl. Kutscha, Martin: Abschied von der Friedensstaatlichkeit? - Stellungnahme zum Entwurf eines „Weißbuchs zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ vom 28. April 2006

<sup>3</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Die Europäische Union und die Vereinten Nationen: ein Plädoyer für den Multilateralismus, KOM/2003/0526.

<sup>4</sup> EP-Dokument A5-0480/2003 endg.

<sup>5</sup> Armin Laschet: Für einen effizienten Multilateralismus - Gemeinsame Werte von Europäischer Union und Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen 2/2004

<sup>6</sup> EP-Dokument A5-0480/2003 endgültig

<sup>7</sup> Bei früheren EU-Missionen musste auf die Kommandostrukturen und v.a. die logistischen Fähigkeiten der NATO zurückgegriffen werden.

<sup>8</sup> EU-UN co-operation in Military Crisis Management Operations, Elements of Implementation of the EU-UN Joint Declaration („Elements of Implementation“), <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EU-UN%20co-operation%20in%20Military%20Crisis%20Management%20Operations.pdf>

<sup>9</sup> Joint Declaration on UN-EU Co-operation in Crisis Management, Council of the European Union (12730/03)

<sup>10</sup> Diese Mission findet seit April 2005 unter dem Namen EUPOL KINSHASA statt.

<sup>11</sup> EU-UN co-operation in Military Crisis Management Operations, Elements of Implementation of the EU-UN Joint Declaration

<sup>12</sup> Lang, Sybille: Militärische Aspekte der Zusammenarbeit EU-VN im Krisenmanagement. Lang verwendet für die UN das deutsche Kürzel VN, das in den Zitaten der sonstigen Schreibweise angepasst wurde.

<sup>13</sup> Kamp, Karl-Heinz: Europäische 'Battle Groups' - ein neuer Schub für die ESVP?, Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 15/ 2004

<sup>14</sup> Kempin, Ronja: Frankreich und die EU-Battlegroups, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, FG3-DP 01, Mai 2004

<sup>15</sup> Elements of Implementation, a.a.O.

<sup>16</sup> Elements of Implementation, a.a.O.

<sup>17</sup> Lang, a.a.O.

<sup>18</sup> Das Budget von 250 Mio. Euro diente lediglich als Erstausrüstung, 2006 wurde der Etat um 50 Mio aufgestockt und für die Jahre 2008 bis 2010 erneut 300 Mio. Euro eingestellt.

<sup>19</sup> Vgl. Marischka, Christoph: AU wird mobilisiert, IMI-Standpunkt 2007/013, <http://www.imi-online.de/2007.php?id=1505>

<sup>20</sup> „Die Bundeswehr wird konsequent auf die Verbesserung ihrer Einsatzfähigkeiten ausgerichtet“, Interview mit Wolfgang Schneiderhan, in: Wehrtechnik 4/2006. Die Battlegroups stehen nach jeweils sechs Monaten nationalem und internationalem Training für ein Halbjahr bereit, dann werden sie abgelöst.

<sup>21</sup> Mayerhöfer, Leo: Voll Einsatzbereit - Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, in: Strategie und Technik März 2007

<sup>22</sup> Lang, a.a.O.

<sup>23</sup> „Gemeinsame Vision – verschiedene Verfahren“, Pressemitteilung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, [http://www.eu2007.de/de/News/download\\_docs/Maerz/0319-RAA/Pressemitteilung.pdf](http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0319-RAA/Pressemitteilung.pdf)

<sup>24</sup> Joint Statement on UN-EU cooperation in Crisis Management, Rats der Europäischen Union, 7.6.2007, <http://www.consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/EU-UNstatmntoncrsmngmnt.pdf>

<sup>25</sup> Europe Diplomacy & Defence, The Agence Europe Bulletin on ESDP and Nato No. 51

<sup>26</sup> Ebd.

<sup>27</sup> <http://www.streitkraeftebasis.de>, 16.8.2006. Die Entfernung von Berlin nach Bissau beträgt 5.200km.

<sup>28</sup> Vgl. Plotzki, Johannes: „Weltweit führen und handeln“ - Deutsche Marine, Flottenkommando und EU-Militärpolitik, IMI-Analyse 2006/012 - in: AUSDRUCK Juni 2006, sowie: Geopowers.com, News I/2004

<sup>29</sup> Zit. nach Plotzki, a.a.O.

<sup>30</sup> Mercado, Oscar: DR Congo - Situation in North Katanga remains calm despite rumours, Interview mit dem regionalen Kommandanten der MONUC auf Reliefweb.int

<sup>31</sup> Johnson, Dominic: Flucht vor Armee, Milizen, UNO, in: taz, 23.8.2007. Außerdem: monuc.org, IRIN (UN-Nachrichtenagentur): UN peacekeepers caught up in continuing unrest in North Kivu, 23.8.2007

<sup>32</sup> IRIN: Fresh clashes reported in North Kivu, 10.9.2007

<sup>33</sup> IRIN: Rebels warn of 'total war' if EU force is not neutral, 14.9.2007

# Die verschwiegenen Besatzungsoffer im Irak und Wege aus der Eskalation

von Joachim Guilliard

GASTBEITRAG

## Die systematische Zerstörung einer Gesellschaft

Die katastrophale Entwicklung im Irak ist seit Langem bekannt und u.a. durch eine umfangreiche Studie des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bereits Anfang 2005 belegt. Dokumentiert wurde bereits damals beispielsweise eine alarmierende Unterernährung bei Kindern und eine fast dreimal so hohe Kindersterblichkeit, wie in den benachbarten Ländern.<sup>1</sup> Ein Grund dafür ist der fortgesetzte Zusammenbruch der einst vorbildlichen Krankenversorgung. In 160 der 180 Krankenhäuser fehlt, so die irakische Ärztekammer, mittlerweile selbst das Allernotwendigste. „Unsere Krankenhäuser ähneln mehr Scheunen, ohne elektrische Energie, Medizin, Ausrüstung und nun auch Ärzten“, so ein Mediziner gegenüber der Nachrichtenagentur IPS. Von den über 34.000 vor 2003 registrierten Ärzten hat mehr als die Hälfte das Land verlassen, mindestens 2.000 wurden ermordet.<sup>2</sup> Nicht nur die Gesundheitsversorgung, auch das Bildungswesen, die Strom- und die Wasserversorgung sind weitgehend zusammengebrochen. Und die humanitäre Situation verschlechtert sich immer weiter, wie zuletzt ein alarmierender Bericht der britischen Hilfsorganisation Oxfam zeigte. 70 Prozent der rund 26,5 Millionen Iraker sind von der Wasserversorgung abgeschnitten, acht Millionen Menschen benötigen dringend Nahrungsmittel und Medikamente über vier Millionen sind auf der Flucht.<sup>3</sup>

Die Welt sieht zu, wie eine ganze Gesellschaft systematisch zerstört wird. Einst eines der entwickeltsten Länder der gesamten Region ist der Irak mittlerweile in sozialer und wirtschaftlicher Sicht auf das Niveau der ärmsten afrikanischen Staaten hinabgeworfen worden.

Hinzu kommt noch die alltägliche Gewalt, Behördenwillkür und Missachtung der Menschenrechte, die das Leben der Iraker endgültig zur Hölle machen. Darüber wird in den Medien so wenig berichtet, wie über den tödlichen Krieg der Besatzer. Die täglichen Nachrichten beschränken sich auf Autobomben- und Selbstmordanschläge

auf Zivilisten. Die Gewalt erscheint so allein als Folge konfessioneller Spannungen und des Kampfes radikaler Kräfte gegen die neue Ordnung, die tatsächliche Zahl der Opfer wird systematisch heruntergespielt. Wie Studien vor Ort zeigen, sind aber die Besatzungstruppen und die mit ihnen verbündeten Kräfte selbst für das Gros der Opfer verantwortlich. Deren Brutalität und die desaströsen Lebensbedingungen treiben daher auch immer größere Teile der Bevölkerung in den aktiven Widerstand. Der erste Schritt zur Stabilisierung der Lage im Irak kann daher nur der rasche Abzug der Besatzungstruppen sein. Ungeachtet aller Lippenbekenntnisse steht dieser in Washington jedoch nicht zur Debatte.

## Die Gewaltopfer im Irak seit Beginn der Besatzung

Nach Angaben der UN-Mission im Irak (UNAMI) wurden im zweiten Halbjahr 2006 allein in Bagdad monatlich über 2.000 Opfer von Gewalt registriert, 70 bis 100 jeden Tag. Dieses hohe Niveau setzte sich nach Angaben des zentralen Bagdader Leichenschauhauses auch 2007 fort. Die Gesamtzahl der in 2006 Ermordeten beziffert UNAMI mit 34.452.<sup>4</sup> Dabei handelt es sich aber nur um die Opfer, die von Kranken- und Leichenschauhäusern erfasst wurden – unter den herrschenden Kriegsbedingungen nur ein Teil der tatsächlichen Getöteten. Die meisten Toten, insbesondere in abgelegenen oder gerade umkämpften Gebieten, werden meist sofort an Ort und Stelle begraben.

Aufschluss über die tatsächlichen Opferzahlen können nur Nachforschungen vor Ort bringen. Ein amerikanisch/irakisches Team unter Leitung renommierter Wissenschaftler der *Bloomberg School of Public Health* an der *John Hopkins University* hat dies bereits zweimal im Abstand von 18 Monaten getan und eine repräsentative Auswahl von Haushalten nach den Todesfällen in ihren Familien befragt. Die Ergebnisse der zweiten Studie, bei der 1850 Haushalte mit insgesamt 12.000 Personen einbezogen waren, wurde Anfang Oktober 2006 in der angesehenen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* veröffentlicht.

Sie machten das ganze Ausmaß des Schreckens sichtbar. Ungefähr 655.000 Iraker und Irakerinnen waren demnach bis Juni 2006 an den Folgen von Krieg und Besatzung gestorben, über 600.000 von ihnen wurden Opfer von Gewalt. Es handelt sich natürlich um Schätzwerte. Die tatsächliche Zahl der Opfer liegt zwischen 390.000 und 940.000.

Kurzfristiges Aufsehen erregte in den Medien nur die erschreckend hohe Zahl. Noch alarmierender ist aber, dass sich die Zahl der Gewaltopfer jedes Jahr fast verdoppelte, von 90.000 über 180.000 auf 330.000. Da die Gewalt weiter eskalierte, müssen wir für das Jahr 2006 sogar mit mehr als 330.000 getöteten Irakern rechnen, d.h. mit dem 10-fachen der UNO-Angaben. Alle Informationen deuten daraufhin, dass sich der Trend 2007 fortsetzte und die Millionengrenze mittlerweile überschritten wurde.<sup>5</sup>

Einige der an der Lancet-Studie beteiligten Wissenschaftler haben mit der gleichen Methode auch in anderen Konflikten, wie z.B. in der sudanesischen Provinz Darfur, die Zahl der Opfer geschätzt. Während diese Zahlen ohne weiteres akzeptiert wurden und als Basis internationaler Kampagnen und Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats dienten, stießen die Ergebnisse der Irak-Studien im Westen auf breite Ablehnung. In Australien wandten sich daraufhin 27 führende Experten auf dem Gebiet der Epidemiologie und Bevölkerungsstatistik in einem Schreiben an die Öffentlichkeit und bescheinigten der Studie, methodisch korrekt zu sein und somit die besten aktuell verfügbaren Daten über die Sterblichkeitsraten im Irak zu liefern. Auch wenn die Genauigkeit immer ein Problem sei, so könne man doch sicher sagen, dass die Zahl der Opfer auf alle Fälle über 390.000 liege und sogar bis zu 940.000 betragen könne.<sup>6</sup>

Mit wenigen Ausnahmen stellten sich alle hierzu befragten Experten hinter die Studie, dennoch wurde sie, meist nur aufgrund der unfassbaren Zahl, als spekulativ verworfen und in den Medien größtenteils ignoriert.<sup>7</sup> Kenner der Situation im Irak, wie der Nahostexperte Juan Cole, wiesen hingegen nach, dass die Ergebnisse der Lancet-Studie sehr wohl auf Basis der verfügbaren Berichte über das Ausmaß der Gewalt nachvollziehbar sind.<sup>8</sup>

Die Diskrepanz zur Zahl der registrierten Toten ist nach der Erfahrung von Experten nicht ungewöhnlich. In keinem Konflikt konnte man durch „passive Beobachtung“ mehr als 20% der Opfer erfassen, heißt es in der jüngsten Lancet-Studie. In den heißen Phasen des Bürgerkrieges in Guatemala z.B. waren nur 5% erfasst worden.

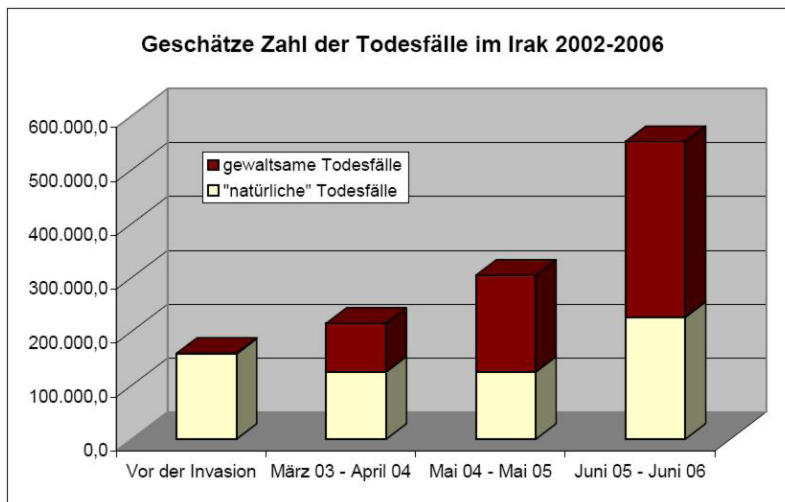
## Die Verantwortung der Besatzer für die Opfer im Irak

Schockierende Filmaufnahmen von brutalen US-amerikanischen Angriffen hatten entscheidend zur Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg beigetragen. Die führenden Kreise in den USA und Europa haben daraus gelernt. Die Kämpfe ihrer Truppen in Afghanistan und Irak finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bilder gibt es, wenn überhaupt, nur ab und zu von ausgewählten, „eingebetteten“ Journalisten.

So wird zwar durchaus täglich über den Irak berichtet, wenig davon ist allerdings geeignet, sich ein realistisches Bild von den Verhältnissen im Irak zu machen. Meist werden die fürchterlichen Lebensbedingungen und die Gewalteskalation auf alles Mögliche zurückgeführt, nur nicht auf eines – die Besatzung selbst. Zu diesem Schluss kamen auch dreißig Friedens- und Menschenrechtsgruppen in einem vor kurzen veröffentlichten Bericht über Krieg und Besatzung im Irak.<sup>9</sup> Obwohl die Besatzung die zentrale politische Realität im Irak sei, verschwinde im westlichen Diskurs die Rolle der Besatzungsmacht im Land und die von Besatzungstruppen ausgeübte Gewalt völlig im Hintergrund.

Im Bemühen, die zentrale Verantwortung der Besatzungsmacht für den Großteil von Gewalt, Korruption und konfessionelle Spannungen herauszustrichen, liefert der unter Federführung des *Global Policy Forum* verfasste Report einen sehr guten, auf zahlreiche Quellen gestützten Überblick über den brutalen Krieg der USA und ihrer Verbündete gegen ihre Gegner im Land. Einem Krieg, der Tag für Tag mehrere Hundert Opfer fordert und die irakische Gesellschaft systematisch zerstört.

Wer hingegen nur die Nachrichten verfolgt, wird angesichts der Berichterstattung überzeugt davon sein, dass die meisten Ermordeten im Irak Opfer von Autobomben, Selbstmordattentaten etc. wurden. Wie die Lancet-Studie jedoch zeigt, ist dieses Bild falsch. In Wirklichkeit sind es die Besatzungstruppen selbst, die für die meisten Opfer von Gewalt verantwortlich sind. 31 Prozent aller Gewaltopfer wurden von westlichen Truppen getötet, hauptsächlich durch Luftangriffe und Artilleriegeschosse. Ihre absolute Zahl hat sich zwischen 2003 und 2006 fast verdreifacht (siehe Grafik). Sicherlich noch einmal so viel dürften bei gemeinsamen Angriffen mit irakischen Truppen umgekommen sein. Sie verbergen sich hinter den 45 Prozent der Opfer, bei denen nicht eindeutig festgestellt werden konnte, ob ausländische Soldaten oder Iraker die Täter waren.



Quelle: Lancet-Studie 2006

Die Zahlen werden von einer Umfrage des Pentagons unter US-Soldaten untermauert, die enthüllte, mit welcher Menschenverachtung die meisten von ihnen im Irak agieren. Weniger als die Hälfte hielten es demnach für nötig, dass Nicht-Kombattanten mit „Würde und Respekt“ zu behandeln seien. 14% gaben an, direkt verantwortlich für den Tod eines „feindlichen Kämpfers“ zu sein. Bei über 650.000 Soldaten, die mittlerweile im Irak Dienst taten, kommt da eine Menge zusammen - dass es sich dabei nur um „Kämpfer“ handelte, darf stark bezweifelt werden. Auch wenn wir für eine grobe Schätzung vernachlässigen, dass viele sicherlich mehr als eine Person getötet haben, so ergeben sich über 90.000 getötete Iraker.<sup>10</sup>

### Breite Ablehnung der Besatzung und wachsender Widerstand

So schräg wie die Darstellung der irakischen Verhältnisse, ist auch das Bild, das westliche Medien und Expertengruppen von den Kräften zeichnen, die sich den US-Plänen im Zweistromland entgegenstellen. Nicht nur der bewaffnete Widerstand wird pauschal als Terror diffamiert: da das Fortbestehen der Besatzung ausgeblendet und der von den USA initiierte „politische Prozess“ als alternativloser Weg hingestellt wird, hin zu einem, wenn schon nicht demokratischen, so doch wenigstens stabilen Irak, erscheinen alle Gegner durchweg als fanatische Extremisten, als Saboteure des Friedens und der Demokratie.

Wie der NGO-Report unter Leitung des *Global Policy Forum* zeigt, führte dieser „politische Prozess“ zu einem abhängigen Regime, getragen von extremistischen Parteien, die im Windschatten der Besatzung ihre separatistischen bzw. sektiererisch-islamistischen Ziele verfolgen. Die Milizen dieser Parteien stellen das Gros der Sicherheitskräfte und werden für einen großen

Teil der Gewalt im Land verantwortlich gemacht. Dieses Regime, in dem Repression, willkürliche Verhaftungen, Folter und Exekutionen alltäglich sind, hat die Opposition gegen die Besatzung massiv verstärkt. Um sie zu brechen, griff die Besatzungsmacht zu immer massiveren und brutaleren Methoden der Aufstandsbekämpfung, die wiederum ganz selbstverständlich immer größere Teile der Bevölkerung erst recht in den aktiven Widerstand trieben. Befürwortete laut Umfragen westlicher Institute anfänglich nur ein knappes Fünftel aller Iraker bewaffnete Angriffe auf die Besatzer, so waren es im Herbst letzten Jahres nach diesen, eher konservativen Schätzungen bereits fast zwei Drittel, unter den Sunniten lag der Anteil sogar bei 91%.<sup>11</sup> Die Besatzer sehen sich offensichtlich einem regelrechten Volksaufstand gegenüber.

Vor diesem Hintergrund wächst nicht nur der zivile Widerstand - beispielsweise der Ölarbeiter-Gewerkschaften<sup>12</sup> -, sondern auch die militanten Gruppen haben ungeachtet der Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Besatzer immer größeren Zulauf. Guerillagruppen operieren nicht nur im so genannten sunnitischen Dreieck im Zentrum Iraks, sondern in unterschiedlicher Konzentration von Mossul im Norden bis Basra im Süden. In weite Gebiete wagen sich die Besatzungstruppen seit Langem nur noch in großen Verbänden. Die britische Armee hat in zwei südlichen Provinzen ihre Basen komplett geräumt und sich auch aus Basra auf ihren letzten großen Stützpunkt außerhalb der Stadt zurückgezogen. Die Briten werden voraussichtlich 2008 ihre Truppen weit gehend abziehen, die Dänen, die die Briten im Süden unterstützten, gingen schon voraus. Offiziell wird dies zwar als Übergabe der Kontrolle an die irakische Armee verkauft, aber zahlreiche Äußerungen britischer Offiziere zeigen deutlich, dass die Lage für die noch knapp

5.500 britische Soldaten schlicht unhaltbar wurde.<sup>13</sup>

Die täglichen, allgegenwärtigen Angriffe auf Militärkonvois behindern erheblich die Beweglichkeit und die Versorgung der Truppen im ganzen Land. Jeder siebte, von zivilen Sicherheitsfirmen gesicherte, Nachschubkonvoi – und dies ist die Mehrzahl der Transporte – gerät unter Beschuss.<sup>14</sup> Die Zahl und Treffsicherheit von Angriffen mit Mörsern und Boden-Boden-Raketen auf

stark befestigte Stellungen nimmt ebenfalls stetig zu. Neben den großen Militärbasen sind dadurch zunehmend auch die Einrichtungen in der „Grünen Zone“ gefährdet.<sup>15</sup>

Auch die Erhöhung der Zahl der Kampftruppen um knapp 30.000 Soldaten brachte für die US-Armee keine nennenswerte Besserung ihrer Lage. Im Gegenteil: Die Zahl der gravierenden Angriffe stieg auf 5000 im Monat.<sup>16</sup> Das zweite Quartal 2007 war mit 331 getöteten Soldaten das bisher tödlichste seit Beginn des Krieges. Ein Rückgang der Verluste im Juli auf 79 wurde von Washington als Beweis präsentiert, dass die neue Strategie nun doch greife. Im Juli war die Zahl der Angriffe aufgrund der mörderischen

Hitze immer stark zurückgegangen. Im Juli des Vorjahres waren es jedoch nur 43 gewesen.<sup>17</sup>

Unabhängig von den unmittelbaren Verlusten, die sie den Besatzungstruppen zufügen, zermürben die pausenlosen Attacken deren Moral. Aussagen von Soldaten gegenüber dem britischen Observer bestätigen, was prominente Militärexperten, darunter der frühere Generalstabschef und Außenminister der USA, General Colin Powell, seit Monaten betonen: die US-Army ist „im Begriff zu zerbrechen“. Nur ein Drittel der regulären Armeeeinheiten könnten als „kampftauglich“ gelten. Die Zahl der Desertionen und unerlaubten Entfernun-

gen von der Truppe hat sich seit Beginn des Afghanistanfeldzuges verdreifacht. Selbst Offiziere mit einer Elite-Ausbildung in West Point verlassen in einer Häufigkeit die Armee, wie sie seit 30 Jahren nicht beobachtet wurde. Bereits jetzt fehlen der US-Armee 3.000 Offiziere und das Loch wird immer größer. Hinzu kommt, dass die Kriege in Irak und Afghanistan mittlerweile 40% des gesamten Equipments der Armee zerstört oder verschlissen haben.<sup>18</sup>

**Abzug der Besatzer nicht in Sicht**

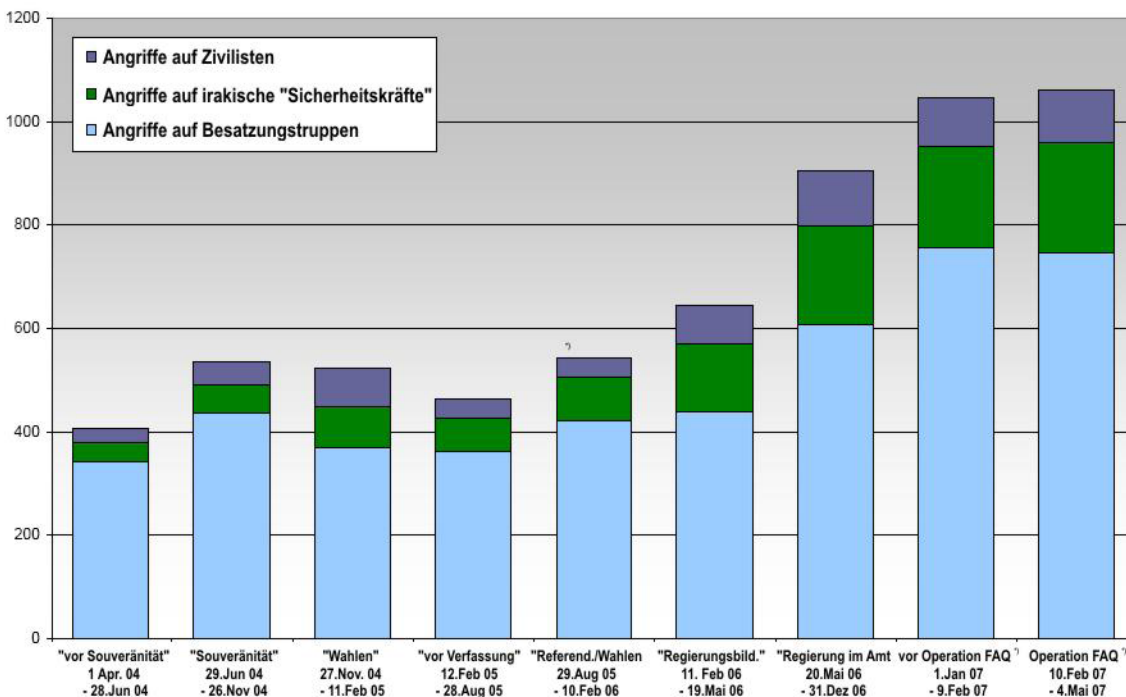
Unter diesen Umständen begann auch die führende Zeitung der USA, die New York Times zum Rückzug zu blasen. In einem viel beachteten Leitartikel, der ein Gefühl

von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung vermittelte, forderte das einflussreiche Blatt zum ersten Mal die rasche Einleitung eines geordneten Rückzugs.<sup>19</sup> Zahlreiche weitere Zeitungen des Landes schlossen sich an. „Rückzug“ ist jedoch nicht ganz das richtige Wort. Tatsächlich geht es eher um eine Umgruppierung der Truppen: Aufgabe all der Landesteile, in denen sie ohnehin nichts ausrichten können und Sta-

Quelle der Gewalt:	Zeitraum			Gesamt	
	März 03 - April 04	Mai 04 - Mai 05	Juni 05 - Juni 06	%	Todesfälle (hochgerechnet)
Besatzungstruppen	35,6%	38,9%	26,1%	31,5%	189.000
andere	8,9%	18,9%	30,3%	23,5%	141.000
unbekannt oder unsicher	55,6%	42,2%	43,6%	45,0%	271.000
Schusswaffen	80,0%	51,1%	52,7%	56,0%	336.000
Autobombe	2,2%	7,8%	18,2%	12,6%	76.000
andere Explosion / Artilleriemunition	2,2%	23,3%	12,1%	14,2%	86.000
Luftangriff	13,3%	14,4%	12,1%	13,2%	80.000
unbekannt oder unsicher	0,0%	2,2%	2,4%	2,0%	12.000
Unfall	2,2%	1,1%	2,4%	2,0%	12.000
<b>Gewaltsame Todesfälle gesamt</b>	<b>90.000</b>	<b>179.000</b>	<b>328.000</b>	<b>100,0%</b>	<b>601.000</b>

Quelle: Lancet-Studie 2006

**Durchschnittliche Zahl der wöchentlichen Angriffe: April 2004 - 4. Mai 2007**



Quelle: Multinational Force-Iraq (MNF-I), Juni 2007 \*) FAQ: "Operation Fardh al-Qanoon" (New Way Forward) aus: "Measuring Stability and Security in Iraq", Report to Congress, Department of Defense, June 2007

tionierung eines Teils in Regionen, wo sie sicherer sind, d.h. im kurdischen Autonomiegebiet, vielleicht auch in einigen Orten im Süden sowie einen Teil in den angrenzenden Ländern. Auf diese Weise sollen genügend Truppen verbleiben, so die NYT, „um effektive Schläge und Luftangriffe gegen terroristische Kräfte im Irak führen zu können.“ An eine vollständige Aufgabe der Kontrolle über das Land denken auch die meisten Rückzugsbefürworter nicht.

Konsens in Washington wie in den europäischen Hauptstädten bleibt, die irakische Regierung zu stärken und den Ausbau einer US-loyalen Armee zu forcieren – mit anderen Worten, einige irakische Kräfte gegenüber dem mehrheitlichen Rest in Stellung zu halten. Dies ist auch das Urteil der *International Crisis Group* (ICG). In einer recht realistischen Analyse zeigen sich die Experten der transatlantischen Denkfabrik, wie viele andere, überzeugt, dass die dominierenden Kräfte in der Regierung den Kreislauf aus intensivierter Gewalt und Gegengewalt anheizen, um Nutzen aus einer Polarisierung der Gesellschaft ziehen zu können. Gleichgültig gegenüber den nationalen Erfordernissen, würden deren politische Führer zunehmend zu „Warlords.“<sup>20</sup> Ausgerechnet die „Sicherheitskräfte“, die offensichtlich mitverantwortlich für den aktuellen schmutzigen Krieg sind, zur Verringerung der Gewalt auszubauen, habe „die Weisheit einer sich selbsterfüllenden Prophezeiung: Schritte, die genau den Prozess beschleunigen werden, den sie zu verhindern vorgeben“, stellten die ICG-Experten treffend fest. Dasselbe gilt allerdings auch für die weitere Präsenz der Besatzungstruppen, die mittlerweile von vielen westlichen Beobachtern als letztes Bollwerk gegenüber eskalierendem Chaos und umfassendem Bürgerkrieg angesehen werden. Chaos und Gewalt sind jedoch längst Alltag im Irak und die westlichen Truppen tragen hieran die maßgebliche Verantwortung, weshalb - bei all den sicherlich hiermit ebenfalls verbundenen Schwierigkeiten - nur ihr Abzug den Weg für eine dauerhafte Stabilisierung ebnen kann.

### Mögliche Lösungsansätze

Patentlösungen, wie die Gewalt beendet und das Land wieder stabilisiert werden kann, gibt es nicht. Sicher ist nur, dass die Besatzung keinen Beitrag dazu leisten kann. Konflikte zwischen rivalisierenden irakischen Kräften werden auch nach einem Abzug der Besatzungstruppen nicht einfach verschwinden. Die Bestrebungen der Besatzungsgegner, die aufgezwungenen Regelungen rückgängig zu machen, werden selbstverständlich auf den Widerstand der

bisherigen Nutznießer stoßen. Der fehlende Schutz durch ausländische Truppen würde ihre Möglichkeiten aber drastisch verringern und könnte dazu beitragen, dass sie ihre Ambitionen kräftig runterschrauben.

Auch Rory Stewart, einst hochrangiges Mitglied der Besatzungsbehörde, ist überzeugt, dass die meisten irakischen Politiker kompetenter, besonnener und kompromissfähiger sind, als im Westen angenommen wird. Er geht davon aus, dass der irakische Nationalismus die konfessionellen Spannungen „übertrumpfen“ würde, wenn die Präsenz der US-Truppen nicht einige Kräfte ermutigen würde, „aufs Ganze zu gehen.“<sup>21</sup>

Über die prinzipiellen Schritte herrscht daher unter unabhängigen Experten durchaus Einigkeit. Der erste Schritt müsste auf alle Fälle die sofortige Einstellung aller offensiven Operationen der Besatzungstruppen sein, verbunden mit der Vereinbarung eines verbindlichen Zeitplans für den zügigen Abzug aller zivilen und militärischen Kräfte der Besatzungsmächte. Das würde den Weg für Verhandlungen unter Einbeziehung aller irakischen Akteure freimachen. Die größeren Guerillaorganisationen haben stets ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt, sollte es einen solchen verbindlichen Zeitplan geben. Weitere Maßnahmen zur Deeskalation wären u.a. ein Moratorium in der Frage des Föderalismus, in dem viele Iraker das Ende der staatlichen Einheit sehen und eine Verschiebung der Entscheidung über die Zugehörigkeit der von den Kurdenparteien beanspruchten ölfreien Provinz Kirkuk.<sup>22</sup>

Die Vorschläge decken sich weitgehend mit denen, die aus den Reihen des politischen und militärischen Widerstands im Irak selbst kommen und bereits recht konkrete Konturen angenommen haben. Seit Frühjahr 2005 diskutieren im Rahmen der „Nationalen irakischen Initiative zur bedingungslosen Beendigung der Besatzung“ über hundert Vertreter diverser irakischer Gruppierungen, irakische Wissenschaftler und prominente Persönlichkeiten über detaillierte Pläne für ein Ende der Besatzung sowie die Zeit danach. Die Schirmherrschaft hat das Beirut „Centre For Arab Unity Studies“ (CAUS) übernommen, eine der bedeutendsten arabischen Denkfabriken. Treibende Kraft ist ihr Generaldirektor, Dr. Khair El-Din Haseeb. Dieser hatte, bis er 1974 ins Exil ging, hohe Ämter im Irak bekleidet, wie z.B. die Führung der Irakischen Zentralbank.

Ende 2005 wurden die gemeinsam erarbeiteten „grundlegenden Prinzipien“ eines Friedensplans veröffentlicht. Im September 2006 schließlich erschienen detaillierte

Pläne, inklusive den Entwürfen einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes, als 250-Seiten starkes Buch mit dem Titel „Iraks Zukunft planen: ein detailliertes Projekt zum Aufbau des Iraks nach der Befreiung.“<sup>23</sup> Die große Bedeutung des Projektes liegt darin, dass es offenbar gelang, einen Großteil der Besatzungsgegner einzubinden. Zweidrittel der Beteiligten, die aus allen Bevölkerungsgruppen kommen, leben noch im Irak, keiner jedoch hat – dies war Voraussetzung – Verbindungen zur aktuellen Regierung.

Der erste Schritt müsste auch nach diesem Plan die Vereinbarung eines verbindlichen Zeitplans von maximal sechs Monaten für den Abzug der Besatzungsmächte sein. Die Besatzungstruppen müssten sich in dieser Zeit aus den Städten in gemeinsam vereinbarte Basen zurückziehen. Der „irakische nationale Widerstand“ würde unter diesen Bedingungen einen Waffenstillstand erklären, die Waffen allerdings zunächst behalten. Erst nach dem vollständigen Abzug aller Besatzungskräfte sollen alle bewaffnete Gruppen und Milizen aufgelöst werden.

Unter der Schirmherrschaft des UN-Sicherheitsrates und in Absprache mit dem „nationalen Widerstand“ und allen anderen politischen Kräften, die nicht mit den Besatzern kollaboriert haben, soll eine zweijährige Interimsregierung gebildet werden, deren Mitglieder bei den folgenden Wahlen von der Kandidatur ausgeschlossen sind. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Regierung wäre der Aufbau einer Armee und einer Polizei, die national orientiert und politisch neutral sind. Innerhalb eines Jahres müssten Neuwahlen durchgeführt werden – nach verbessertem Wahlgesetz und unter Kontrolle der UNO, arabischen Liga, Amnesty International und anderen internationalen Organisationen. Die wichtigste Aufgabe des neuen Parlaments, wäre die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Auch alle Verträge über die Ölproduktion, die während der Besatzung abgeschlossen wurden, würden annulliert, da der Abschluss solcher weitreichender Abkommen unter Besatzungsherrschaft nach internationalem Recht illegal ist. Das gleiche gelte für die von der kurdischen Regionalregierung mit ausländischen Konzernen abgeschlossenen Verträge. Von den USA und Großbritannien wird für die ersten sechs Monate die Bereitstellung von mindestens 50 bzw. 20 Milliarden US-Dollar für Wiederaufbau und Wiedergutmachung verlangt. Dies wäre gerade die Hälfte der Summe, die sie aktuell pro Jahr für den Krieg ausgeben. Außerdem sieht der Plan die Streichung der Reparationsforderungen an den Irak auf Basis früherer UN-Resolutionen vor und

die Rückerstattung von Zahlungen, die bereits an andere Staaten geleistet wurde.

Vorschläge gibt es auch zum Wiederaufbau, der Ölindustrie, Freiheit der Medien, der Überwindung konfessioneller Spannungen oder dem Streben der kurdischen Parteien nach Unabhängigkeit. So sollen sich die drei bereits seit 1991 autonomen kurdischen Nordprovinzen demnach auch weiterhin weit gehend selbst regieren können, „in einer Weise, die die nationalen und kulturellen Rechte Kurdistans innerhalb der irakischen Einheit und Souveränität gewährleistet“. Der von den kurdischen Regierungsparteien angestrebte Anschluss des ölreichen Kirkuks wird hingegen abgelehnt. Ein gewisser Grad an Föderalismus wird zwar befürwortet, das Prinzip soll aber nicht die regionale Vorherrschaft einzelner ethnischer Gruppen sein, sondern die Gewährleistung der vollen kulturellen und politischen Rechte für alle Bevölkerungsgruppen im ganzen Land.

Insgesamt dominiert bei den Vorschlägen noch etwas eine arabisch nationalistische Sichtweise, die sicherlich so nicht von allen wichtigen, oppositionellen Kräften des Landes geteilt wird, von den irakischen Verbündeten der USA ganz zu schweigen. Da die Autoren sich jedoch Mühe gaben, konsensfähige Positionen zu formulieren, könnten sie eine gute Grundlage für Verhandlungen sein. Ein Ausschluss aller Kräfte, die mit den Besatzern kollaboriert haben, dürfte praktisch weder machbar

noch im Blick auf die Eindämmung der Gewalt, politisch sinnvoll sein.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Iraq Living Conditions Survey 2004, UNDP, 12 May 2005, <http://www.iq.undp.org/ILCS/overview.htm>

<sup>2</sup> Dahr Jamail and Ali Al-Fadhily, „Medical System Becomes Sickening“, Inter Press Service, 23.11.2006

<sup>3</sup> Rising to the humanitarian challenge in Iraq, Oxfam, 30.7.2007

<sup>4</sup> UNAMI, Human Rights Report, 1. Nov. – 31. Dec. 2006, sowie „Baghdad Morgue Overflowing Daily“, IPS, 14.4.2007

<sup>5</sup> Siehe „Iraqi Death Estimator“, Just Foreign Policy's Website, <http://www.justforeignpolicy.org/>, sowie „More than 1,000,000 Iraqis murdered“, ORB Opinion Research Business, Sept. 2007, <http://www.opinion.co.uk>

<sup>6</sup> „The Iraq deaths study was valid and correct – 27 academics in the fields of the medical sciences attest“, The Age, 21.10.2006

<sup>7</sup> Siehe Democracy and Debate - Killing Iraq, MediaLens, 18.10.2006

<sup>8</sup> siehe Juan Cole, „655,000 Dead in Iraq since Bush Invasion“, 11.10.2006 u.a. das von US-Abgeordneten Dennis Kucinich und Ron Paul organisierte „Congressional Hearing on Civilian Casualties in Iraq“

<sup>9</sup> „War and Occupation in Iraq“, Global Policy Forum, Juni 2007

<sup>10</sup> Mental Health Advisory Team, OIF, Final Report, 17.11.2006, [http://www.armymedicine.army.mil/news/mhat/mhat\\_iv/mhat-iv.cfm](http://www.armymedicine.army.mil/news/mhat/mhat_iv/mhat-iv.cfm)

<sup>11</sup> „The Iraqi Public on the US Presence and the Future of Iraq“, WorldPublicOpinion.org, 27.9.2006,

<sup>12</sup> Die wichtigste Dachorganisation, die einen guten Teil des zivilen Widerstands umfasst, ist der Irakische Nationale Gründungskongress

(Iraqi National Foundation Congress, INFC). Der INFC wurde im Mai 2004 nach dem Vorbild des Afrikanischen Nationalkongress (ANC) gegründet. Er vereint über hundert Organisationen und zahlreiche prominente Persönlichkeiten. Unter ihnen sind religiöse Kräfte aller Konfessionen, aber auch säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, Stammesführer etc. Einbezogen sind sowohl Kräfte die Ayatollah al-Sistani oder Muqtada al Sadr nahe stehen als auch welche, die Beziehungen zum bewaffneten Widerstand haben.

<sup>13</sup> siehe z.B. „Serving British soldier exposes horror of war in ‚crazy‘ Basra“, Independent, 27.4.2007 und „British hand over province to Iraqi control“ Los Angeles Times, 19.4.2007

<sup>14</sup> „Iraq Contractors Face Growing Parallel War“, Washington Post, 16.6.2007

<sup>15</sup> „Green Zone Under Fire“, Iraqslogger, 3.5.2007 „Iraq Prognosis“, Informed Comments, 5.5.007

<sup>16</sup> „Out of the shadows“, Guardian, 19.7.2007

<sup>17</sup> Iraq Coalition Casualty Count, <http://icasualties.org>

<sup>18</sup> „Fatigue cripples US army in Iraq“, The Observer, 12.8.2007

<sup>19</sup> „The Road Home“, New York Times, 8.8.2007

<sup>20</sup> „After Baker-Hamilton – What to do in Iraq“, ICG, 19.12.2006

<sup>21</sup> „Rory Stewart - Former CPA Official - Discusses Withdrawal“, Iraqslogger.com, 15.5.2007

<sup>22</sup> siehe z.B. „After Baker-Hamilton ..“, a.a.O. und Dennis Kucinich 12-Punkte-Plan, „HR 1234 - The Plan to End the Iraq War“, der im Januar 2007 dem US-Repräsentantenhaus vorgelegt wurde

<sup>23</sup> Khair El-Din Haseeb, „Planning Iraq's Future: A detailed project to rebuild post-liberation Iraq“, CAUS, September 2006, <http://www.caus.org.lb/Home/material.php?id=24>

## „Krieg gegen Terror“ - Der permanente Ausnahmezustand

Seit dem 12. September 2001 wird ein so genannter „Krieg gegen den Terror“ geführt. Die NATO hat damals den Bündnisfall ausgerufen, weil sie die Anschläge in New York und Washington fälschlicherweise als militärischen Angriff gewertet hat. Wie dieser Bündnisfall zurückgenommen werden kann, weiß kein Mensch.

Inzwischen wird weltweit ein so genannter Krieg gegen den Terror geführt, zum Beispiel in Afghanistan. Dort gibt es Stück für Stück eine zunehmende Irakisierung. Im Inneren werden immer mehr Grund- und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Man könnte das Ganze als einen permanenten Ausnahmezustand beschreiben.

Es gibt den EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung. Innerhalb dieses EU-Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung wird eine ganze Reihe von Punkten benannt, die die EU-Mitgliedstaaten und die EU selbst umsetzen oder umsetzen sollen. Wir erleben im Moment einen umfangreichen Aktionismus insbesondere des deutschen Innenministers

Wolfgang Schäuble. Er nennt inzwischen alles Mögliche Terrorismus und geht deutlich über das Ziel dessen hinaus, was tatsächlich notwendig wäre.

Zunehmend werden in Deutschland polizeistaatliche Methoden angewandt. So hat es jüngst Festnahmen in Deutschland gegeben und die Leute wurden wegen Terrorverdacht nach dem so genannten Paragraphen 129a angeklagt. Einige Menschen sollen einen Armeelastwagen angezündet haben. Weitere Mitangeklagte haben Verfahren am Hals, weil sie in ihren wissenschaftlichen Arbeiten ähnliche Fachbegriffe benutzen haben, wie in Bekenner schreiben für Brandanschläge gegen Sachen zu finden sind. Das ist skandalös!

Nach den Terroranschlägen in London hat die Schriftstellerin A. L. Kennedy eine sehr interessante Äußerung gemacht, die ich hier zitieren will: „Niemand erwähnt, dass die Zahl der Opfer, so schrecklich sie war, in Bagdad an den meisten Tagen als recht gemäßigt gelten würde. Niemand erwähnt, dass Blair mit seinem

Entschluss, unsere Soldaten für Profite in den Krieg zu schicken, auch sein Land in Gefahr gebracht hat. Niemand erwähnt, dass unsere Aktionen die Häufigkeit und Intensität der Terroranschläge nur erhöht haben. Niemand erwähnt, dass wir selbst das Foltern von Gefangenen mit der Behauptung gerechtfertigt haben, dadurch könnten Anschläge wie diese verhindert werden. Niemand erwähnt, dass für weite Teile der Welt wir die Terroristen sind.“ (FAZ, 9.7.2005)

Genau das muss vermieden werden. Es gibt nicht den Terrorismus oder „den Terror“. Es gibt verschiedenste Gruppen und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen fälschlicherweise meinen, terroristisch vorgehen zu müssen. Wer da pauschal heran geht, macht den entscheidenden Fehler. Die unterschiedlichen Ursachen und Motive müssen analysiert werden. Grund- und Bürgerrechte dürfen nicht noch weiter außer Kraft gesetzt werden.

*Tobias Pflüger*

# Akkumulation durch Enteignung

## Militärischer Neoliberalismus und das geplante irakische Ölgesetz

von Jürgen Wagner

Bezeichnenderweise stimmen sowohl rechte als auch linke Beobachter darin überein, dass der Krieg gegen den Irak und die nunmehr vier Jahre andauernde Besetzung ein grundlegend neues Kapitel US-amerikanischer Außenpolitik eingeläutet haben. Aus Sicht der außenpolitischen Eliten in den Vereinigten Staaten markiert der Angriffskrieg gegen den Irak den Wendepunkt, der deutlich macht, dass Washington nunmehr bereit ist, gegen jedwede Bedrohung mittels militärischer Präventivschläge vorzugehen. Während dabei als Motivation zumeist defensive Sicherheitsinteressen („Verteidigung“ gegen den Terrorismus, etc.) angeführt werden, herrschen in kritischen Analysen vor allem zwei Interpretationen vor, um den US-amerikanischen Amoklauf im Irak zu erklären: Öl und die militärische Reaktion auf die Krisentendenzen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung.

Und in der Tat, betrachtet man die Besatzungspraxis im Irak, treten gerade diese beiden Motive überdeutlich hervor. „Am 9. Mai 2003 verkündete Bush seine wirtschaftlichen Visionen hinsichtlich des Irak: Errichtung einer amerikanisch-mittelöstlichen Freihandelszone innerhalb der nächsten 10 Jahre. Dazu mussten jedoch erst die Voraussetzungen geschaffen werden: Umwandlung der irakischen Wirtschaft in eine radikal neoliberale Marktwirtschaft, Privatisierung der wichtigsten Unternehmen und der öffentlichen Dienstleistungssektoren, langfristige Sicherung der Kontrolle über die Erdölressourcen und den dazugehörigen Industriebereich.“<sup>1</sup> Im Irak findet derzeit nicht nur der bislang radikalste Versuch statt, eine Gesellschaft entlang neoliberaler Linien zuzurichten, sondern darüber hinaus befindet sich eine der größten Enteignungsaktionen der neueren Geschichte kurz vor der Verabschiedung. Denn mit dem in Washington geschriebenen neuen irakischen Ölgesetz soll der Großteil der aus dem Verkauf der Rohstoffreserven des Landes resultierenden Profite in die Taschen der Ölmultis umgeleitet werden.

### Neoliberale Zurichtung

Bereits im Juni 2003 kündigte der damalige US-Verwalter des Irak, Paul Bremer, eine „Schocktherapie“ an, in deren Folge

die irakische Wirtschaft entlang neoliberaler Vorgaben umgekrempelt wurde. Mit seiner rechtsverbindlichen „Order 39“ verfügte Bremer im September 2003, dass von nun an ausländische Konzerne einen 100prozentigen Anteil an irakischen Betrieben übernehmen und die aus ihren Geschäften resultierenden Gewinne zu ebenfalls 100 Prozent aus dem Land transferieren dürfen.<sup>2</sup> Parallel dazu wurden die Einfuhrzölle herabgesetzt und staatliche Subventionen gestrichen, womit der Schutz der irakischen Wirtschaft vor - häufig hochsubventionierten - westlichen Produkten praktisch wegfiel. Mit Direktive 49 wurden die Steuern auf lediglich 15 Prozent begrenzt (von ursprünglich 40 Prozent) und schließlich die Einfuhrzölle gänzlich abgeschafft (Order 54). Darüber hinaus eröffnete die Order 40 erstmals die Möglichkeit, das Bankenwesen zu übernehmen. Erlass Nr. 81 regelte das Urheberrecht neu, indem nunmehr Agrarkonzernen die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich Patente auf traditionelle Saatgut-Arten zu sichern. Damit wird die komplette Landwirtschaft in die Abhängigkeit westlicher Agrokonzerne (Monsanto, Syngenta, Bayer, etc.) getrieben, von denen das Saatgut nun erworben werden muss. Richtigerweise urteilte der *Economist* nach Verabschiedung dieser ganzen Dekrete, der Irak sei nunmehr zu einem „kapitalistischen Traum“ geworden.<sup>3</sup>

Während der ursprüngliche irakische Verfassungsentwurf noch das Recht auf Arbeit ebenso betonte wie den Vorrang sozialer Gerechtigkeit beim Wiederaufbau, wurden solche und ähnlich progressive Passagen in der am 15. Oktober in einem Referendum angenommenen Endfassung gestrichen. Berichten zufolge hatte hierauf vor allem US-Botschafter Zalmay Khalilzad gedrängt. „Diese Verfassung wurde in einer US-amerikanischen nicht in einer irakischen Küche zusammengemacht“, beschwerte sich ein an den Verhandlungen beteiligter Iraker.<sup>4</sup> Darüber hinaus führte die Abschaffung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für lebensnotwendige Güter zu einer drastischen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, was zur Verschlimmerung der Armut beitrug.

Zwar verbieten sowohl die Haager Landkriegsverordnung aus dem Jahr 1907 als

auch die Genfer Konvention von 1949 derart weit gehende Eingriffe in die innere Verfasstheit eines besetzten Staates, da genau dies aber Sinn und Zweck der US-Politik ist, wird das geltende Völkerrecht faktisch außer Kraft gesetzt: „Die bisherigen Wirtschaftsstrukturen des Irak wurden nach neoliberalem Modell vollständig umgekrempelt und zu einem Selbstbedienungsladen für die internationalen Konzerne umorganisiert.“<sup>5</sup>

### Militärischer Neoliberalismus

Während zwar bei all diesen Maßnahmen die Ähnlichkeiten mit der Politik der „strukturellen Anpassungsprogramme“ auffallen, die vielen Ländern von IWF und Weltbank aufgezwungen wurden, so gibt es doch einen entscheidenden Unterschied: früher wurden diese „Wirtschaftsreformen“ indirekt über diese Internationalen Organisationen erzwungen. Hier scheint sich ein grundlegender Wandel anzubahnen, da mittlerweile die Durchsetzung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung immer direkter im Rahmen militärisch abgesicherter quasi-kolonialer Besatzungsregime erfolgt. „Etwas hat sich offensichtlich in den letzten zehn Jahren verändert. [...] ‚Militärischer Neoliberalismus‘ ist die passende Beschreibung für den momentanen Kapitalismus und die Politik des Öls.“<sup>6</sup>

Hintergrund für diese Entwicklung dürften die wachsenden Krisentendenzen des neoliberalen Weltwirtschaftsmodells sein, dessen Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen sich nur noch militärisch aufrechterhalten lassen.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang stellt der Irak den wohl krasssten Fall von „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey) dar: „Krieg ist zweifellos die brutalste Form, um Enteignungsprozesse durchzusetzen. Und es ist denkbar, dass die anhaltende Besetzung des Irak den Durchbruch zu einer neuen Phase imperialistischer Herrschaft und neokolonialer Unterwerfungsbestrebungen darstellt. Die Privatisierung und Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, die Auseinandersetzungen über intellektuelle Eigentumsrechte und natürliche Ressourcen sowie vor allem die US-Strategie des ‚Krieges ohne Grenzen‘ und des Präventivkrieges und die kriegerische Aneignung der irakischen Ressourcen durch die USA werfen grundsätzliche Fragen über das Funktionieren des Kapitalismus [auf]. Insbesondere stellt sich die Frage, inwiefern als Antwort auf und Ergänzung zur krisengeschüttelten erweiterten Reproduktion Akkumulationsprozesse durch Enteignung die aktuelle Phase des Kapitalismus kennzeichnen.“<sup>8</sup>

Ausgeheckt wurde die neoliberale Zurichtung des Irak von der US-Beratungsfirma *Bearing Point*, die über beste Kontakte zur Bush-Administration verfügt. Sie schloss einen Vertrag mit USAID, der US-Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, in dem sich der Konzern für \$250 Mio. dazu bereit erklärte, „den grundlegenden juristischen Rahmen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, indem aus der einzigartigen Möglichkeit, die die gegenwärtigen politischen Umstände für einen raschen Fortschritt in diesem Bereich bieten, angemessen Kapital geschlagen wird.“<sup>9</sup> So verwundert es auch nicht weiter, dass derselbe Konzern vorschlägt, diese „einzigartigen Umstände“ - Angriffskrieg und koloniale Besatzung - für die groß angelegte Enteignung der irakischen Ölvorkommen zu nutzen.

### Das irakische Ölgesetz

Obwohl Bagdad während des US-Angriffskrieges 2003 großflächig bombardiert wurde, vermied es die US-Armee tunlichst, ein bestimmtes Gebäude zu beschädigen: das irakische Ölministerium. Während sich gleichzeitig niemand darum scherte, dass Krankenhäuser, Museen und die Nationalbibliothek geplündert wurden, bewachten M-1-Abrams-Panzer das Ministerium und zwar aus einem einzigen Grund: „Denn das Gebäude beherbergt den Schlüssel zum größten Schatz der Nation: Explorationskarten der Ölfelder, Pipelinedaten, Verträge.“<sup>10</sup>

Somit schuf man beste Voraussetzungen für eine groß angelegte Enteignungsaktion, die darauf abzielt, die Verstaatlichung der irakischen Ölvorräte aus dem Jahr 1972 rückgängig zu machen. Schon im Frühling 2003 hatte die Gruppe Öl und Energie des US-Außenministeriums erklärt, es sei notwendig, den Irak nach Kriegsende für internationale Ölfirmen zu öffnen, indem eine Re-Privatisierung eingeleitet wird.<sup>11</sup> Hierfür wurde sogar ein eigener Paragraf (Nr. 110) in die irakische Verfassung eingeschleust, der fordert, im Ölsektor „Strategien anzuwenden“, die auf „den modernsten Techniken der Marktprinzipien beruhen und Investitionen begünstigen.“<sup>12</sup> Mit der Detailausplanung, wie „Investitionen begünstigt“, also die Privatisierung eingeleitet werden soll, beauftragte die US-Regierung wiederum *Bearing Point*. Die Firma legte ihre Vorschläge in Form eines „Ölgesetzes“ vor, dem die irakische Regierung Anfang 2007 zustimmte. Allerdings sah sie sich bisher außerstande, das Gesetz endgültig durchzudrücken. Denn sowohl in der Bevölkerung als auch im Parlament, dessen notwendige Billigung weiterhin aus-

steht, wächst der Widerstand gegen das zu Recht als skandalös empfundene Gesetz. Mehrere Fristen sind bisher verstrichen, so im März und zuletzt im Juli 2007.

Das Gesetz sieht vor, dass das Ölministerium und die Nationale Irakische Ölgesellschaft neu geordnet werden. Kernpunkt ist aber, dass die staatliche Kontrolle über den Großteil der irakischen Öl- und Gasvorkommen faktisch beendet wird, indem diese privatisiert werden. Denn das Gesetz klammert zwar die aktuell produzierenden Ölfelder aus, sie verbleiben in irakischer Kontrolle, hierbei handelt es sich jedoch um lediglich 17 der insgesamt 80 bekannten Felder. Auf die restlichen 63 Ölfelder sollen nach Verabschiedung des Gesetzes multinationale Konzerne für mindestens 30 Jahre den Zugriff erhalten, wobei sie etwa 70% der zu erwartenden Profite einstreichen können.<sup>13</sup> Allein dies würde es den Ölfirmen erlauben, sich 64% der gesicherten irakischen Ölreserven von ca. 110 Mrd. Barrel, also 73.6 Mrd. Barrel unter den Nagel zu reißen. Darüber hinaus räumt das Gesetz den Ölkonzernen auch noch den Zugriff auf sämtliche Ölfelder ein, die künftig im Irak entdeckt werden. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, da im Irak noch gigantische zusätzliche Ölvorkommen vermutet werden, der Großteil des Landes ist bislang unerforscht. So jubelt etwa die US-amerikanische *Energy Information Administration*: „Experten sind sich darüber einig, dass der Irak einer der wenigen verbliebenen Orte ist, an denen riesige Reserven bislang kaum ausgebeutet wurden.“<sup>14</sup> Zwar gehen die Schätzungen über die zusätzlichen Reserven weit auseinander, die Spanne reicht von 80-200 Mrd. Barrel, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommen aber somit mindestens weitere 100 Mrd. Barrel hinzu, die künftig von den Ölkonzernen ausgebeutet werden könnten.<sup>15</sup> Berücksichtigt man zudem, dass die Produktionskosten im Irak mit 1-1.50 Dollar pro Barrel extrem niedrig sind, wird deutlich, welche gigantischen Summen dabei für die beteiligten Konzerne herauspringen könnten, sollte der immense Druck Washingtons schließlich doch noch zur Verabschiedung des Gesetzes führen.



Premierminister al-Maliki und Bush

### Krieg lohnt sich

Wird das Ölgesetz verabschiedet, sichern sich die Ölkonzerne die Profite an 70% von mindestens 200 Mrd. Barrel irakischen Öls, was bei einem Ölpreis von ca. 80\$ pro Barrel (Stand Mitte September), einen Gesamtprofit von etwa 11 Billionen Dollar ergeben würde (kein Übersetzungsfehler gemeint sind tatsächlich 11.000 Mrd. Dollar!). Selbst wenn man von dieser Summe noch diverse Kosten abziehen muss, wird hieraus deutlich, um welche immensen Beträge es hierbei geht. In diesem Zusammenhang legt die Tatsache, dass die bisherigen Kosten des Irak-Krieges im Juli 2007 mit \$450 Mrd. angegeben wurden<sup>16</sup>, die zynischen Feststellung nahe, dass sich Krieg offensichtlich doch lohnt, zumal diese Kosten über Steuern von der US-Bevölkerung getragen werden, während die Profite aus dem irakischen Ölgeschäft direkt in die Taschen der mit Bush eng verbandelten Ölmultis wandern.

Als Begründung, weshalb das Ölgesetz für den Irak unbedingt notwendig - und segensreich - sei, muss permanent das Argument erhalten, ohne ausländische Investitionen in die Infrastruktur könne die Produktion nicht in Gang kommen. Das Parlament müsse „ein neues Ölgesetz verabschieden, das es internationalen Konzernen ermöglicht, Investitionen im Irak zu tätigen“, so etwa US-Energieminister Samuel Bodman im Februar 2007. Das Gesetz sei für die weitere Entwicklung des Iraks von so übertragender Bedeutung, dass seine Verabschiedung nach der Herstellung von Sicherheit die größte Priorität der US-Regierung sei, so Bodman.<sup>17</sup> Hierbei handelt es sich aber um ein Scheinargument, wie Helmut Merklein, von 1984 bis 1990 US-Energiestaatssekretär, ausführte: „Wenn es das Ziel ist, die Produktion auf die Quote von vor dem Golfkrieg (3.14 Mio. Barrel am Tag) zu heben, benötigt der Irak eine Kapitalzufuhr von weniger als 1 Mrd. Dollar. Und er benötigt ganz sicher nicht die Multinationalen Konzerne, um Zugang zu diesen Investitionen zu erhalten.“<sup>18</sup>

Ganz offensichtlich geht es darum, den großen Vier - Exxon-Mobile, Chevron, BP-Amoco und Royal Dutch-Shell -, die primär vom irakischen Ölreichtum profitieren werden, gigantische Profite zu garantieren. Damit das Geld auch in die richtigen Taschen wandert, verfügte Paul Bremer mit seiner Executive Order 13303 die Annullierung früherer Ölverträge, insbesondere Frankreich und Russland hatten mit Saddam Hussein umfangreiche Explorationsvereinbarungen unterzeichnet.<sup>19</sup> „Im neuen Ölgesetz, das gerade entworfen wird, heißt es, dass jeder Vertrag, der mit

dem einstigen Regime und mit den Behörden der kurdischen Autonomie geschlossen wurde, revidiert und in Einklang mit dem neuen Gesetz gebracht werden muss“, sagte der irakische Ölminister Hussein el-Schahristani.<sup>20</sup> Darüber hinaus erklärte er, dass die irakische Regierung beabsichtigt, sich sofort nach Verabschiedung des Gesetzes an die Verschleuderung der Ölvorkommen zu machen: „Gegenwärtig wird aktiv an dem Dokument gearbeitet. Ich hoffe darauf, dass das Gesetz im September angenommen wird. Gleich darauf werden Ausschreibungen zur Erschließung irakischer Ölvorkommen stattfinden.“<sup>21</sup> El-Schahristanis Hoffnung, noch im September Vollzug melden zu können, hat sich mittlerweile allerdings aufgrund des massiven innerirakischen Widerstands zerschlagen.

### Wachsender Widerstand und Druck der Besatzer

Die USA sind zunehmend darüber verärgert, dass die Regierung um Premierminister Nouri al-Maliki bislang nicht in der Lage war, das Ölgesetz im Parlament durchzuboxen. Schon im Dezember 2006 berichtete die *New York Times*, dass sowohl der damalige US-Kommandeur im Irak, George W. Casey Jr., als auch US-Botschafter Zalmay Khalilzad, der bereits wiederholt als Öllobbyist in Erscheinung trat, „irakische Politiker dazu aufgefordert haben, das Ölgesetz ganz oben auf ihre Agenda zu setzen.“<sup>22</sup> Die US-Regierung hat mittlerweile die Verabschiedung des Gesetzes zu einem der zentralen „benchmarks“ erklärt, die für die Gewährleistung weiterer Hilfe umgesetzt werden müssen: „Entnervt erhöhte die USA-Regierung den Druck auf die irakische Regierung. Am 26. Mai 2007 erklärte man, Irak erhalte keine weitere Wiederaufbauhilfe aus den USA, solange es nicht das neue Ölgesetz verabschiedet habe.“<sup>23</sup> Die zunehmenden Konflikte und die harsche Kritik der USA an Premierminister al-Maliki dürfte somit nicht zuletzt der Tatsache geschuldet sein, dass er nicht in der Lage war, das Gesetz durchzudrücken. Dass al-Maliki wiederum darüber besorgt ist, dass für die USA dieses Versagen Anlass genug sein könnte, einen weiteren Regimewechsel einzuleiten, zeigt die Prioritäten Washingtons überdeutlich: „Premierminister Nouri al-Maliki fürchtet, dass die Amerikaner ihre Unterstützung für seine Regierung zurückziehen - und ihn damit de facto feuern - werden, sollte das Parlament das Ölgesetz nicht verabschieden“, gab ein enger Berater des Premiers gegenüber Associated Press an.<sup>24</sup>

Auch hinsichtlich des Ölgesetzes kollidie-

ren die Interessen der Besatzer einmal mehr mit denen der überwiegenden Mehrheit der irakischen Bevölkerung. „Eine Umfrage in Irak ergab, dass Iraker aller religiösen und ethnischen Gruppierungen es mehrheitlich ablehnen, die nationalen Ölressourcen ausländischen Konzernen zu überlassen. Weniger als ein Viertel der Befragten fühlte sich ausreichend über das neue Ölgesetz informiert. 63 Prozent sprachen sich gegen Verträge für ausländische Konzerne aus, stattdessen sollten irakische Firmen irakisches Öl fördern und verarbeiten.“<sup>25</sup> Vor diesem Hintergrund wächst der parlamentarische Widerstand: „Mehr und mehr Parlamentsabgeordnete rufen dazu auf, das Gesetz vor seiner Annahme sorgfältig zu studieren.“<sup>26</sup> Auch der außerparlamentarische Druck nimmt zu, insbesondere durch die Gewerkschaften: „Nachdem das Gesetz damit auch in der irakischen Öffentlichkeit bekannt geworden war, hagelte es Proteste. Allen voran von der irakischen Erdölbergewerkschaft in Basra und der Dachorganisation Föderation der Ölgewerkschaften. Man organisierte Streiks und Demonstrationen, veröffentlichte eine lange Liste von Forderungen. Ministerpräsident Nuri al-Maliki schickte Truppen gegen den Streik, das war selbst einigen Soldaten zu viel, der Befehl ließ sich nicht halten. Ölminister Hussein al-Scharistani verbot die Gewerkschaft schließlich auf Grundlage eines Gesetzes aus der Zeit Saddam Husseins.“<sup>27</sup>

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Kiechle, Brigitte: Das Kriegsunternehmen Irak. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart 2006, S. 106.

<sup>2</sup> Hier zeigt sich eine auffällige Parallele zum maßgeblich von Deutschland betriebenen afghanischen „Investitionsschutzabkommen“, das exakt dieselben großzügigen Regelungen für westliche Konzerne enthält.

<sup>3</sup> Vgl. Fahrni, Oliver: IRAK - welcome to the empire, Zürich, September 2004, URL: [http://www.km21.org/welt\\_in\\_der\\_revolve/irak-ordnung\\_0904.html](http://www.km21.org/welt_in_der_revolve/irak-ordnung_0904.html) (17.09.2007); Guilliard, Joachim: IRAK: Zerstört – besetzt – geplündert! Privatisierung und Ausverkauf der irakischen Wirtschaft unter der Besatzungsherrschaft, Vortragsmanuskript 15.7.2005, URL: [http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/irakkrieg2/hintergrund/vortrag\\_muenchen\\_150705.htm#\\_edn13](http://www.antikriegsforum-heidelberg.de/irakkrieg2/hintergrund/vortrag_muenchen_150705.htm#_edn13) (18.09.2007); Kiechle aaO, Kapitel 2.

<sup>4</sup> Holland, Joshua: Bush's Petro-Cartel Almost Has Iraq's Oil, *alternet*, 16.10.2006. Bestürzenderweise weist die irakische Verfassung eine große Ähnlichkeit zur chilenischen auf, die kurz nach dem durch die USA unterstützten Militärputsch verabschiedet und auf deren Grundlage die sozialistische Politik Salvador Allendes in ihr neoliberales Gegenteil verkehrt wurde. Siehe Harvey, David: Neoliberalism and the City, in: *Studies in Social Justice*, Volume 1, Number 1, Winter 2007.

<sup>5</sup> Vgl. zum Besatzungsrecht Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: *Friedenswarte*, Nr. 1-2/2005, S. 41-60; Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, in: *The American Journal of*

*International Law*, Vol. 97, No.

4 (October 2003), pp. 842-860; Kiechle aaO, S. 107ff.

<sup>6</sup> Blood for Oil? A Group Of Writers And Activists Considers Whether Oil Was The Reason For The Invasion Of Iraq, London Review of Books, April 21, 2005, URL: [http://www.lrb.co.uk/v27/n08/ret01\\_.html](http://www.lrb.co.uk/v27/n08/ret01_.html) (10.08.2007).

<sup>7</sup> Vgl. zu den Krisentendenzen des neoliberalen Systems bspws. Söderberg, Susanne: Das amerikanische Empire und die „ausgeschlossenen Staaten“, in: *Prokla*, Jg. 34, Heft 135 (2004), S. 299-319; Pieterse, Nederveen: *Globalization or empire*, New York 2004, S. 14.

<sup>8</sup> Zeller, Christian: Die Eigentumsfrage ernst nehmen! Die Aktualität von Enteignung und Aneignung, in: *Sand im Getriebe* Nr. 31, März 2004.

<sup>9</sup> Guilliard aaO.

<sup>10</sup> Seifert, Thomas/Werner, Klaus: *Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld*, Bonn 2006, S. 93.

<sup>11</sup> Parsons, Robert James: Ein US-Kriegsziel fast erreicht. Neues Ölgesetz in Irak – Kontrolle der Mehrheit der Ölreserven für US-Firmen, *St. Gallener Tagblatt*, 04.04.2007.

<sup>12</sup> Guilliard, Joachim: Öl-Raub per Gesetz: Die ökonomische Invasion des Irak, *Friedensforum* 2/2006.

<sup>13</sup> Parsons aaO.

<sup>14</sup> Energy Information Administration: Country Analysis Brief: Iraq, August 2007.

<sup>15</sup> Luft, Gal: How Much Oil Does Iraq Have?, *Brookings Institution Iraq Memo #16*, May 12, 2003.

<sup>16</sup> Belasco, Amy: The Cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11, *CRS Report*, July 16, 2007.

<sup>17</sup> Deshmukh, Jay: US wants new Iraq oil law so foreign firms can take part, *Agence France-Presse*, 18.07.2007.

<sup>18</sup> Iraq under US Occupation, The Oil Law, URL: [http://www.cooperativeresearch.org/project.jsp?project=us\\_occupation\\_of\\_iraq](http://www.cooperativeresearch.org/project.jsp?project=us_occupation_of_iraq) (16.09.2007).

<sup>19</sup> In diesem Zusammenhang ist auch die berüchtigte „Wolfowitz-Direktive“ vom Dezember 2003 zu sehen, in der der damalige Vizeverteidigungsminister ankündigte, Frankreich, Russland und Deutschland, also die Länder, die hinsichtlich des US-Überfalls auf den Irak nicht ganz auf Linie waren, von Wiederaufbauverträgen auszuschließen. Dennoch profitieren auch deutsche Konzerne bestens bei der Ausplünderung des Iraks mit. Vgl. hierzu Kiechle aaO., Kapitel 2.VII.

<sup>20</sup> Iraks Ölminister: Verträge aus Saddam-Hussein-Zeit werden revidiert, *Ria Novosti*, 09.08.2007.

<sup>21</sup> Irak schreibt seine Ölvorräte gleich nach Verabschiedung von Ölgesetz aus, *RIA Novosti*, 09.08.2007.

<sup>22</sup> Wong, Edward: Iraqis Near Deal on Distribution of Oil Revenues, *New York Times*, 06.12.2006.

<sup>23</sup> Leukefeld, Karin: Neues Ölgesetz stößt auf Widerstand, *Neues Deutschland*, 20.08.2007.

<sup>24</sup> Al-Maliki tells aides U.S. benchmark deadline is June 30 or his ouster possible, *Associated Press*, 13.03.2007.

<sup>25</sup> Leukefeld aaO.

<sup>26</sup> Chalabi, Muni: Was hält eigentlich die Ablieferung des lang erwarteten irakischen Ölgesetzes auf?, *ZMag*, 22.08.2007.

<sup>27</sup> Leukefeld aaO.

# Afghanistan: die deutsche Rolle

von Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner

Am 12. Oktober wird der Bundestag aller Voraussicht nach trotz der dramatischen Eskalation, die derzeit im Land stattfindet, die Fortsetzung des deutschen Beitrags zur NATO-Kampftruppe in Afghanistan beschließen (über die Beteiligung an der US-geführten OEF soll im November entschieden werden). Gegen die deutsche Kriegsbeteiligung demonstrierten am 15. September in Berlin, an der laut Veranstalter beachtliche 10.000 Teilnehmer, die sich für eine sofortige Beendigung des Krieges einsetzten. Stattdessen sollte dem Land ausschließlich zivile Hilfe für den Wiederaufbau zukommen, denn, so hieß es in dem Aufruf: „Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.“

## Die deutschen Beiträge zum Afghanistankrieg

Insgesamt sind deutsche Soldaten unter drei verschiedenen Mandaten an der Besetzung des Landes und dem dort wütenden Krieg gegen „Terroristen“ und „Aufständische“ beteiligt.

### *Operation Enduring Freedom (OEF)*

Das älteste Mandat entstand gute zwei Monate nach den Anschlägen vom 11.9.2001 und beruht auf deren Interpretation als militärischen Angriff auf die USA und damit Auslöser des NATO-Bündnisfalls. Als Teil des von den USA ausgerufenen, zeitlich und räumlich entgrenzten „Krieg gegen den Terror“ mobilisierte die Bundesregierung Marinekräfte, die seit dem zusammen mit den Verbündeten vor dem Horn von Afrika und um die arabische Halbinsel patrouillieren. Außerdem umfasste das Mandat Operation Enduring Freedom (OEF) Soldaten der ABC-Abwehr, des Sanitätsdienstes, des Lufttransports und des geheim operierenden Kommando Spezialkräfte (KSK) in einem Gebiet, das von Zentralasien bis nach Nordost-Afrika

reicht. KSK-Soldaten kämpften seit dem mehrfach an der Seite der US-Soldaten auch in Afghanistan.

Zwar wurden die KSK-Kommandotrups angeblich seit 2005 nicht mehr angefordert, diese Versicherung ist jedoch irreführend. KSK-Soldaten wurden in der Vergangenheit auch immer wieder unter dem ISAF-Mandat eingesetzt. Dies könnte auch weiterhin passieren - selbst dann, wenn deutsche Parlamentarier beschließen würden, dass es keinen deutschen Beitrag mehr zu OEF in Afghanistan geben solle. „Man kann auch Spezialkräfte unter dem ISAF-Mandat einsetzen“, bestätigt der für ISAF zuständige Befehlshaber im NATO-Operationshauptquartier in Brunssum (NL), General Egon Ramms. Über die KSK-ISAF-Einsätze erfahren Öffentlichkeit und Parlamentarier aber genauso wenig wie über KSK-OEF-Einsätze.

### *International Security Assistance Force*

Nach der raschen Eroberung Kabuls und der Installation einer Übergangsregierung (deren Zusammensetzung im Wesentlichen im Dezember 2001 auf der Petersberg-Konferenz festgelegt wurde) wurde von der UN eine „Internationale Schutztruppe“ (ISAF) mandatiert, die zunächst von Großbritannien, dann der Türkei geführt wurde. 2003 übergab die deutsch-niederländische Führung das Kommando an die NATO. Der Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von ISAF wurde im Dezember 2001 beschlossen und blieb zunächst auf die afghanische Hauptstadt Kabul begrenzt. Der ISAF-Aktionsradius wurde in vier Phasen sukzessive auf das gesamte Land ausgeweitet. Bis Ende 2004 auf den Norden und im Folgejahr auf den Westen. Im Juli 2006 wurde mit der Ausdehnung in den schwer umkämpften Süden begonnen und die Truppenzahl auf 18.500 Soldaten mehr als verdoppelt. Seither ist nicht nur die OEF, sondern auch die ISAF praktisch permanent in schwere Kämpfe verwickelt. Schließlich wurde Ende September 2006 die Ostausweitung beschlossen und die ISAF-Truppenzahl seit dem auf etwa 35.000 erhöht. Rund 8.000 Soldaten kämpfen zudem im Rahmen der US-geführten OEF weiter in Afghanistan.

Im Rahmen von ISAF sind derzeit 3.236 deutsche Soldaten im Afghanistan-Einsatz

(Stand 25. Juli). Circa 200 davon befinden sich im Luftwaffenstützpunkt Termez im benachbarten Usbekistan, der trotz der offiziell verhängten Sanktionen gegen das Land, dessen Regime schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt wird, eine entscheidende Logistikdrehscheibe nicht nur des deutschen, sondern des gesamten NATO-Einsatzes darstellt.

### *Die Vermischung von OEF und ISAF*

Die ISAF bezeichnet sich in offensiver Abgrenzung zur OEF gern als „Friedenseinsatz“ und „Stabilisierungsmission“, weshalb die Bundesregierung betont, „die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort.“ Während das ISAF-Mandat zwar die Terrorismusbekämpfung ausschließt, erlaubt es aber explizit die Bekämpfung „Aufständischer“. Der deutsche UN-Sondergesandte für Afghanistan bezeichnet jedoch den Widerstand gegen die Anwesenheit ausländischer Truppen eben als „Aufstand“. Spätestens seit der Süd- und Ostausweitung kämpfen somit die beiden Truppen Hand in Hand, die einen eben gegen „Aufständische“ (ISAF), die andere gegen „Terroristen“ (OEF).

Auf Kommandoebene zeigt sich das Ineinandergreifen der Einsätze darin, dass OEF-Kommandeur David Rodriguez zugleich Chef des Regionalkommandos Ost der ISAF ist („Doppelhut“). Noch gewichtiger ist die taktische Ebene: Der gesamte Flugbetrieb über Afghanistan wird von der US-Base in Katar koordiniert. Dort wird zwischen OEF und ISAF nicht unterschieden.

### *Bundeswehreinätze in Südafghanistan*

Zwar hat Kanzlerin Merkel noch Ende 2006 entsprechend dem Bundestagsmandat versichert, dass Bundeswehreinätze im Süden höchstens ausnahmsweise und nur kurzfristig stattfinden würden. Die Tendenz besteht jedoch in einer schleichenden Integration der deutschen Militärpräsenz auch in den Einsatz im Süden. So führte die Bundeswehr in den letzten Monaten 120 Unterstützungsflüge (überwiegend MEDEVAC) in den Süden durch. 22 Fernmeldesoldaten sind seit Ende 2006 „vorübergehend“ zur NATO-Führungunterstützung in Kandahar und Baghram eingesetzt und auf dem Airfield Kandahar sind acht deutsche Führungsunterstützungssoldaten als Teil eines Interim Installation Teams für mindestens 2,5 Monate eingesetzt. Ein Logistikstabsoffizier verstärkt das NATO-Transition-Office in Kandahar für vier Monate, im gleichen Büro sind 3 Informationstechniker der Bundeswehr für mindestens zwei Monate tätig. Zudem ist



Demonstration gegen den Afghanistaneinsatz in Berlin

ein deutscher Offizier im Stab der niederländischen luftbeweglichen Kräfte für sechs Monate eingesetzt. Zuvor war bereits ein anderer Offizier als „Austauschoffiziere“ bei der britischen Luftwaffe eingesetzt. Ohne die Unterstützungsflüge sind damit Anfang August 2007 insgesamt 36 deutsche Soldaten „vorübergehend“ im Süden eingesetzt. Die ohnehin fadenscheinige Trennung zwischen OEF und ISAF wird jedoch mit dem Einsatz deutscher Tornados endgültig zur Farce.

#### *Tornados: Beihilfe für Bombardierungen*

Am 9.3.2007 beschloss der Bundestag, bis zu 500 weitere Bundeswehrsoldaten und 6 Recce-Aufklärungstornados zusätzlich nach Afghanistan zu entsenden. Das Ziel der Tornadoeinsätze ist die Erstellung eines „umfassenden Lagebildes“. In einer Kleinen Anfrage der Fraktion „Die Linke“ erklärte die Bundesregierung, es gehe um „Kenntnis von Aktivitäten, Bewegungsmustern und Aufenthaltsräumen von Kräften, die gegen den Auftrag der ISAF arbeiten“. Diese Erkenntnisse werden an die ISAF Zentrale weitergeleitet.

Hiermit leistet Deutschland einen relevanten Kriegsbeitrag, denn die Aufklärungsdaten können auch für Bombardierungen verwendet werden, wie Walter Jertz, General a.D und bis vor kurzem Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“ Auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und spätere Vorsitzende

des NATO-Militärausschusses, Harald Kujat, äußerte sich entsprechend zur Debatte um den Begriff „Kampfeinsatz“ für die NATO-Mission: Aufklärung aus der Luft sei Grundlage für konkrete Einsatzentscheidungen „und damit auch im Zusammenhang mit Kampfhandlungen zu sehen“.

Obwohl das Bundestags-Mandat zum Tornado-Einsatz versichert, eine Überleitung von Daten an OEF

dürfe nur „sehr restriktiv“ erfolgen, machte Verteidigungsminister Franz-Josef Jung klar, dass eine Weitergabe selbstverständlich dennoch - zur Terrorbekämpfung wohlgehemmt - stattfindet. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete er: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“ Hiermit stellt sich Deutschland - sieht man von zahlreichen verdeckten Unterstützungsleistungen ab - offen an die Seite der USA und ihres Kreuzzugs gegen den Terrorismus, ein Schritt, der in seiner Tragweite schwer überschätzt werden kann: „Das ist ein Dauerprojekt, da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida“, so der Chef des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz.

Von den bisher circa 250 Tornadoflügen fanden über 50% im Süden und Osten statt. Wiederholt erfolgten dabei Angriffe, bei denen auch Zivilisten ums Leben kamen, im zeitlichen Zusammenhang mit Tornado-Überwachungsflügen (so kam es z.B. im Mai Dutzende von Toten im Dorf Sarwan Kala, Distrikt Sangin - davor hatten zwei Tornadoflüge stattgefunden). Aller Voraussicht wird der Tornado Einsatz bei der Abstimmung am 12. Oktober in das ISAF-Mandat integriert und so zu einem Dauerprojekt werden.

#### **Aufbauunwesen und humanitäre Situation**

Die NATO gab die Zahl der von ISAF im Laufe des Jahres 2006 getöteten Zivilisten mit 1.000 an, eine Angabe mit erfahrungsgemäß hoher Dunkelziffer. Die wesentlich

gewalttätiger auftretende OEF macht hierüber keinerlei Aussagen. Verlässliche Zahlen der Gesamtopfer sind nicht vorhanden, die wenigen Schätzungen variieren drastisch. So kam bspws. der britische Guardian nach Umfragen bei den Hilfsorganisationen vor Ort bereits im Mai 2002 auf 20.000 bis 50.000 Opfer.

Während die OEF- und ISAF-Truppen im Land Krieg führen, stirbt die Bevölkerung gleichzeitig an Krankheit und Unterernährung. Über 70% der Afghanen leiden unter chronischem Nahrungsmangel, besonders im Süden des Landes. Ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur 10 Prozent verfügen über elektrischen Strom. Während für militärische Ausgaben im Zeitraum von 2002 bis 2006 gigantische 82.5 Mrd. Dollar bezahlt wurden, belief sich die Entwicklungshilfe im selben Zeitraum auf jämmerliche 7.3 Mrd., ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die erdrückende Not auch nur ansatzweise zu lindern. Der Großteil der westlichen Gelder versickert zudem in völlig sinnlose Projekte und wandert damit nutzlos in die Taschen westlicher Konzerne, ein Phänomen, das von der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa als „Afghanistan Inc.“ (Afghanistan GMBH) bezeichnet wurde.

Darüber hinaus wird ein großer Teil dieser „Entwicklungshilfe“ auch noch für sicherheitsrelevante Bereiche ausgegeben. Beispielsweise wird etwa der Aufbau der afghanischen Polizei aus dem deutschen Entwicklungshilfeetat finanziert (12 Mio. jährlich). Dagegen brachte die gesamte „internationale Gemeinschaft“ zwischen 2002 und 2006 gerade einmal 433 Mio. Dollar für Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung auf - zum Vergleich: Allein die militärischen Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich auf 460 Mio. Euro.

Die westlichen Besatzer haben altbekannte Warlords wieder an die Macht gebracht. Korruption und Vetternwirtschaft werden vom Westen toleriert. Auch in Vorzeigeprojekten wie der neu aufgebauten und ausgerüsteten afghanischen Polizei. Folter und Rechtsbeugung sind dort an der Tagesordnung. Polizeifahrzeuge, die aus Deutschland vor allem nach Kabul geliefert wurden, sind in der Zwischenzeit fast ausschließlich im privaten Gebrauch durch höhere Polizeioffiziere.

2006 diskutierte auch die internationale Presse das Problem, dass der Vize-Innenminister Mohammed Daoud in den Drogenhandel verstrickt ist, für dessen Bekämpfung er qua Amt zuständig ist. Die Koalitionstruppen gehen aus Gründen

politischer Opportunität nicht gegen den Bruder Karzais vor, obwohl dieser einer der wichtigsten Drogenhändler Afghanistans ist. Aus Sicht vieler Afghanen wird dies als Unterstützung von Warlord- und Drogenmafiastrukturen durch die Besatzer interpretiert. Jüngst forderte Lothar Rühl, Vordenker der deutschen Außenpolitik und ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die westliche Sicherheitspolitik „muss das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen einige auch Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Frauenrechte durchzusetzen sei hingegen unrealistisch und der Versuch beschade die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluss des Afghanistan-Einsatzes. Ähnlich äußerte sich auch Rolf Clement, Mitglied im Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) und des Beirats für Innere Führung beim Bundesministerium der Verteidigung, bei seinen Überlegungen für eine Strategie für Afghanistan: „Da es in Afghanistan schon immer zu den praktizierten Traditionen gehörte, dass man dem folgt, der Geld, Waffen und/ oder Nahrung brachte“ müsse mit lokalen Führern gegen die Taliban paktiert werden.

#### **Wachsender Widerstand und militärische Eskalation**

Dies sind Anzeichen von Panik, denn die Situation droht immer weiter aus dem Ruder zu laufen. Nachdem die NATO-Truppe ISAF seit dem Jahr 2006 auch in den umkämpften Teilen Süd- und Ostafghanistans operiert, hat eine dramatische Eskalation der Auseinandersetzungen stattgefunden. Die Zahl der Selbstmordattentate stieg von 27 (2005) auf 139 (2006), Bombenanschläge nahmen von 783 (2005) auf 1677 (2006) zu und auch die direkten Angriffe auf die westlichen Truppen (mit leichten Waffen, Granaten etc.) haben sich von 1588 (2005) auf 4542 (2006) nahezu verdreifacht.

Die meisten Sicherheitsprobleme konzentrieren sich auf den Süden. Aber auch im Norden steigt die Unsicherheit. Der Widerstand gegen die Besatzer wächst – ebenso die Unterstützung für diesen Widerstand in der Bevölkerung. Der Grund dafür liegt in der zunehmenden Zahl der zivilen Toten und in der fehlenden Entwicklungsperspektive aber auch in der Arroganz und Ignoranz der Besatzer. Diese zeigt sich bspw. auch durch die häufig vorkommenden und oft tödlich endenden Verkehrsunfälle, die durch die ausländischen Truppen verursacht werden. Die Realität der Besatzung erweist sich als Grund für die wachsende Bereitschaft zahlreicher Afghanen, sich zur

Not auch gewaltsam gegen die westlichen Truppen zur Wehr zu setzen. Mittlerweile sollen über 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer befürworten. Eine Reduzierung auf Taliban oder Al-Kaida ist in diesem Zusammenhang eine grobe Verkürzung, die der Realität eines breiten Widerstands nicht gerecht wird, wie Bernhard Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbands, verdeutlicht: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karzai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“

#### **Deutsche Kriegsinteressen**

Als eine Aufgabe der Bundeswehr am Hindukusch bezeichnet Lothar Rühl die „Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan“. Im Rahmen der Besatzung wurden Afghanistan hierfür umfangreiche „Wirtschaftsreformen“ diktiert. So wurde mit maßgeblicher deutscher Beteiligung ein „Investitionsschutzabkommen“ verabschiedet, das 100%igen Firmenbesitz von Ausländern, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung und 100%igen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht. So kann die Bundesagentur für Außenwirtschaft jubelnd vermelden: „Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“

Ein weiteres eher grundsätzliches Interesse besteht darin, durch militärisches Engagement mehr Gewicht in den internationalen Beziehungen zu erlangen. Schon vor Langem gab CDU-Vordenker Karl Lamers die Devise aus, dass die „Teilnahme an internationalen Militäraktionen eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik“ sei. Diese Überlegung bestimmt seit Jahren die deutsche Kriegsbeteiligung wesentlich mit. Auch die Vertei-



*ISAF-Einsatz in Afghanistan*

digungspolitischen Richtlinien 1992 gaben an, die Fähigkeit zur „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen [sei] gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag.“ Auch für den Einsatz in Afghanistan scheint diese Überlegung – ungeachtet weiterer deutlich konkreterer Interessen – eine wichtige Rolle zu spielen. So beschwerte sich ein KSK-Soldat gegenüber dem Stern-Journalisten Uli Rausch angesichts der wachsenden Gefährdung deutscher Soldaten in Afghanistan, die Bundesrepublik wolle einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, „und wir werden dafür verheizt.“

Ein wesentlich konkreteres Interesse, warum die deutsche Regierung ihre militärische Unterstützung des Krieges Ende diesen Jahres verlängern will, ist als die Bündnistreue bzw. der Kadavergehorsam gegenüber der NATO. Würde Deutschland schnell all seine Truppen aus Afghanistan abziehen, wäre der „Krieg gegen den Terror“ zum Scheitern verurteilt. Dies wiederum würde die NATO in ihrer gegenwärtigen Konzeption, als weltweit agierendes Bündnis auch für künftige Angriffskriege, in Frage stellen. Den Erhalt dieser NATO sieht auch Lothar Rühl in seiner Suche nach „Deutsche[n] Sicherheitsinteressen in Afghanistan“ als zentrale Motivation des deutschen Engagements an. Die NATO sei für Deutschland nicht in erster Linie als Verteidigungsbündnis notwendig, nein, vor allem „[d]ie alliierten Seestreitkräfte der NATO sind im deutschen Interesse unersetzlich“, denn: „Um die Energiesicherheit und die Sicherheit des Seeverkehrs mit Tankern wie der Überland-Leitungen durch krisengeschütteltes Gebiet zu gewährleisten, bedarf es weiträumig mobiler und flexibler militärischer Kapazitäten, die kriseninterventionsfähig und koalitionsfähig sind. Besonders wichtig werden maritime Kapazitäten und

schnell bewegliche Flottenpräsenz im Mittelmeer, in der Arabischen See, im Persischen Golf und im Indischen Ozean.“ Dies kann Deutschland nur im Verbund mit der NATO leisten.

Doch auch unmittelbar in Afghanistan wird der Zugang auch Deutschlands zu Rohstoffen gesichert. Das Land war lange Zeit als alternative Transitroute zum Abtransport der erheblichen kaukasischen und zentralasiatischen Energievorkommen vorgesehen, was aber durch die Taliban verhindert wurde. Obwohl das Pipeline-Projekt mittlerweile aufgrund verschiedener Faktoren an Bedeutung verloren hat, gilt Afghanistan weiterhin nicht nur in US-Sicherheitskreisen als „das südliche Tor zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen Turkmenistans, Kasachstans und Aserbaidschans; ebenso zum großen Goldproduzenten Usbekistan und zu Tadschikistan, wo die größten Silbervorkommen lagern. Für diese Bodenschätze gibt es nur drei Transportwege an die Weltmeere [...] Aus Sicht westlicher Interessenten würde die Pakistan-Route zu einer besseren Risikoverteilung beitragen, doch dafür braucht man ein stabiles Afghanistan“, wie Berndt-Georg Thamm, Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft für das Magazin ‚Europäische Sicherheit‘ schreibt. Entlang der geplanten Pipelinerroute Pakistan-Afghanistan-Turkmenistan gibt es seit Ostern massive Truppenverstärkungen der US-Truppen - in der Größenordnung von mehreren tausend zusätzlichen Soldaten und entsprechendem Ausbau und Neubau von Armeestützpunkten. Dies kann entweder auf eine Wiederaufnahme des Pipeline Projektes deuten oder - wahrscheinlicher - auf eine Mobilisierung gegen den Iran, für die Afghanistan ein ideales Aufmarschgebiet darstellt.

### **Afghanistan - Prototyp künftiger Kriegseinsätze**

Afghanistan ist der Gradmesser, ob die NATO auch im 21. Jhd. in der Lage sein wird, als militärischer Arm der westlichen Interessenspolitik zu agieren. Es gehe dort „um die Glaubwürdigkeit der Nato“, so der britische Verteidigungsminister Des Browne. Am klarsten fasst Ronald Naumann, US-Botschafter in Afghanistan, die Situation zusammen: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“

Um trotz der derzeitigen Eskalation dennoch „siegreich“ aus dem Krieg hervorzugehen, kommt in Afghanistan erstmals das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ zur Anwendung, das im Weißbuch der

Bundeswehr vom 25.10.2006 als neues sicherheitspolitisches Leitbild propagiert wird: „Staatliches Handeln bei der Sicherheitsvorsorge wird künftig eine noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung voraussetzen.“ Damit werden zivile Instrumente der Logik militärischer Interessensdurchsetzung unterstellt und für die Durchführung eines Besatzungsregimes instrumentalisiert.

#### *Zivil-militärische Zusammenarbeit*

In Afghanistan operieren diese zivil-militärischen Besatzungstruppen als so genannte „Regionale Wiederaufbauteams“, die, überspitzt formuliert, am gleichen Tag morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags bombardieren und abends ein Krankenhaus aufbauen. Soldaten der Bundeswehr und anderer ausländischer Armeen benutzen in Afghanistan u.a. weiße Geländewagen, ein traditionelles Erkennungszeichen ausländischer Hilfsorganisationen. Zivile Akteure verlieren damit ihre politische Neutralität, sie werden für die afghanische Bevölkerung zu einem integralen Bestandteil der Besatzung und damit zu Gegnern - vermehrt fallen Mitarbeiter humanitärer Organisationen Anschlägen zum Opfer. Medienberichten zufolge kamen allein 2006 insgesamt 26 Mitarbeiter ziviler Hilfsorganisationen ums Leben. Jüngst wurden zwei afghanische Minenräumer der lokalen NGO MDC (Mine Detection and Dog Center) entführt und kurz darauf ermordet. Deren deutsche Partnerorganisation „medico international“ sieht die Verantwortung hierfür eindeutig in der zunehmenden Vereinnahmung ziviler Akteure für militärische Ziele: „Für MDC wird es immer schwieriger, die Arbeit des Minenräumens fortzuführen. Dies gilt im Besonderen, weil es im Rahmen des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan zu einer zunehmenden Aufweichung der Grenze zwischen zivilen Hilfsaufgaben und militärischen Einsätzen kommt. Helfer und ausländische Soldaten verschmelzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung und machen unsere Projektpartner verstärkt zur Zielscheibe.“

#### *Lackmustest Afghanistan*

Trotz der katastrophalen Lage wird krampfhaft am Afghanistan-Einsatz festgehalten. Ein Scheitern ist deshalb undenkbar, weil dann jegliche weitere Kriegsmision künftig in Frage stünde. Deshalb gab Angela Merkel an, „dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleich-

sam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.“

Statt den sofortigen Abzug einzuleiten, geht man in der NATO dazu über, die Kapazitäten zur Durchführung zivil-militärischer Besatzungen zu verbessern. Hierfür wurde im September 2006 ein Zivil-Militärisches Zentrum in Budel (Niederlande) eingerichtet. Das Gesamtkonzept soll noch im Jahr 2007 präzisiert und auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden.

### **Tornado-Urteil: endgültiger Abschied vom Grundgesetz**

In Deutschland machte das Bundesverfassungsgericht in seinem schockierenden Urteil vom Juli 2007 endgültig den Weg für eine deutsche Beteiligung an der Umstrukturierung der NATO zu einer globalen Kriegs- und Besatzungstruppe frei. „Bei einem Angriff muss die Verteidigung nicht an der Bündnisgrenze enden, sondern kann auf dem Territorium des Angreifers stattfinden, wobei auch dessen langfristige und stabile Pazifizierung der Sicherung eines dauerhaften Friedens des Bündnisses dient. [...] Krisenreaktionseinsätze können auch unabhängig von einem äußeren Angriff oder ergänzend zur dauerhaften Befriedung eines Angreifers dem Zweck des NATO-Vertrags entsprechen.“ Die NATO wird von den Verfassungsrichtern also immer noch als reines Verteidigungsbündnis gesehen, deshalb seien auch Auslandseinsätze der Bundeswehr in diesem Rahmen verfassungsgemäß. Entsprechend dem Grundgesetz dient die Bundeswehr nur der Verteidigung. Somit folgt das BVerfG implizit der Aussage Strucks, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird, obwohl sich nach Aussage des deutschen und auch des bayrischen Innenministeriums sowie Einschätzungen aus Geheimdienstkreisen die Terrorgefahr in Deutschland durch das Engagement der Bundeswehr in Afghanistan erhöht hat. Ein kritischer Kommentar in der Süddeutschen Zeitung brachte die Essenz des Urteils folgendermaßen auf den Punkt: „Das floskelhafte Urteil sagt nämlich in Kürze folgendes: Solange die Nato nur behauptet, dass ihre Aktionen friedenssichernd sind, sind sie es auch und stehen daher auf dem Boden des Nato-Vertrages von 1955.“ Nachdem nun höchstrichterlich das orwellische Neusprech der Marke „Krieg ist Frieden“ bestätigt und so der - eigentlich - unmissverständliche reine Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurde, ist es umso notwendiger, Widerstand gegen die herrschende Kriegspolitik auf der Straße auszuüben.

# Rüsten für den globalen Bürgerkrieg

von Christoph Marischka

## Planet der Slums

Während verschiedene Indikatoren zum Zustand der Welt, etwa der *Human Development Index* ein verhalten optimistisches Bild hinsichtlich globaler Armut und der durchschnittlichen Lebenserwartung vermitteln und damit die *Millenniumsziele* der UN zumindest erreichbar scheinen lassen, zeichnet der US-amerikanische Soziologe Mike Davis in seinem kürzlich auch auf deutsch erschienenem Buch „Planet der Slums“ ein gänzlich anderes Bild: Ausgehend von der Feststellung, dass erstmals in der Geschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land leben, beschreibt er die beschleunigende Urbanisierung rund um die Welt als zumindest unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus unumkehrbaren Prozess, der zu einer massiven Zunahme von Slums und der mit ihnen verbundenen Lebensweisen führt. Anders als bei den zuvor genannten Indikatoren tritt hier Armut als nachvollziehbares Gesamtphänomen zu Tage, mitsamt der rechtlichen Unsicherheit, sozialen Perspektivlosigkeit, dem ausschließendem Einschluss und letztendlich der Kriminalisierung. Und anders als beim Bild des hungerbäuchigen afrikanischen Kindes, versorgt von UNHCR und World Food Program, wird hier auch das Konfliktpotential der globalen Verarmung deutlich. Ein Konfliktpotential, das von den strategischen Kommandohügeln schon lange identifiziert wird, wie Davis anhand von Zitaten wie diesem aus der Zeitschrift des US-Army War College verdeutlicht: „Die Zukunft der Kriegsführung liegt in den Straßen, Abwasserkanälen, Hochhäusern und dem Häusermeer, aus denen die zerstörten Städte der Welt bestehen ... Unsere jüngste Militärgeschichte ist gespickt mit Städtenamen wie Tuzla, Mogadischu, Los Angeles, Beirut, Panama City, Hué, Saigon, Santo Domingo - aber diese Zusammenstöße sind nur der Prolog des eigentlichen Dramas, das uns noch bevorsteht.“<sup>1</sup>

Los Angeles hat sich nicht zufällig in diese Reihe von Städten, die überwiegend in der so genannten Dritten Welt liegen, eingereiht. Denn Armut und wachsende Ungleichheit werden auch in den Metropolen des Westens als zunehmende Bedrohung eingeschätzt. So heißt es bereits Ende der 1990er

Jahre im Zukunftsbericht der Freistaatenkommission Bayern/Sachsen hinsichtlich der mit den Hartz-Reformen später realisierten „defensiven Niedriglohnstrategie“: „Diese insgesamt positiven Wirkungen gehen jedoch einher mit wachsender materieller und immaterieller Ungleichheit. Wird das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum spürbar gesenkt, verändern sich die Erscheinungsformen von Armut. In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen.“<sup>2</sup> Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik führt diesen Gedanken zu Ende: „Krasse Armutsunterschiede oder rasche Veränderungen in der Armutsstruktur, wie beispielsweise die Verarmung der Mittelschichten oder auch nur deren Angst davor, können unter bestimmten Umständen in Radikalisierung, Militanz und Bereitschaft zur Anwendung terroristischer Mittel umschlagen.“<sup>3</sup>

## Der globale Bürgerkrieg

Die vorwiegende Aufgabe der Streitkräfte weltweit während der Blockkonfrontation, die Armeen des feindlichen Blocks oder Staates abzuwehren und die eigenen territorialen Grenzen zu verteidigen, endete mit dieser globalen Mächtekonstellation. Seit dem wurde mit einer Reihe neuer Sicherheitsbegriffe versucht, den Armeen neue Aufgaben zuzuweisen. Die militärische Vereinnahmung des an sich developmentalpolitischen Begriffs der „Menschlichen Sicherheit“ beinhaltet die Vorstellung, dass Soldaten weltweit Frauen vor Diskriminierung und Minderheiten vor Übergriffen schützen sollten. Solche Peacekeeping-Einsätze mündeten letztlich in den Versuch, „Staaten [zu] bauen“,<sup>4</sup> indem unter militärischer Kontrolle und Anleitung internationaler Truppen ein neuer Sicherheitssektor (Polizei, Grenzschutz, Geheimdienst, Militär, Justiz und Gefängniswesen) aufgebaut wird, während gleichzeitig internationale NGOs - eng mit der militärischen Besatzung verknüpft und auf deren Schutz angewiesen - die Achtung von Menschenrechten garantieren und demokratische Partizipation ermöglichen sollen.

Diese Strategien fanden ihre Erprobung in zerfallenden Staaten, wo also das repressive Gewaltmonopol des Staates und die integrierende Wirkung einer sozialen Mindestabsicherung sich in Milizen, Banden und Clans auflösten. Doch der Aufgabenbereich der Militärs wurde noch weiter erweitert und wurde auch auf Probleme wie organisierte Kriminalität, Seuchen, Armut und Flucht ausgerichtet. In Regionen wie der Demokratischen Republik Congo (DRC) stellen UN-Truppen quasi die notwendige landesweite Infrastruktur für die Anwesenheit ausländischer Firmen, humanitärer Organisationen etc.

Die Tatsache, dass es zunehmend gesellschaftliche und polizeiliche Aufgaben sind, welche die Soldaten nun auch im Inland wahrnehmen, bezeichnet Stephan Böckenförde von der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ als „Paradigmenwechsel von Verteidigung zum Schutz“.<sup>5</sup> Dabei handelt es sich um eine dreifache Entgrenzung des Sicherheitsbegriffs: Im Gegensatz zur Verteidigung findet der Schutz nicht an der Grenze statt sondern etwa als Schutz der Energieversorgung weit jenseits und als Schutz kritischer Infrastrukturen feingliedrig auch innerhalb der Grenzen (räumliche Entgrenzung). Im Gegensatz zur Verteidigung benötigt der Schutz keinen aktivierenden Angriff, sondern findet im Vorfeld präventiv in Form von Risikomanagement statt (zeitliche Entgrenzung). Im Gegensatz zur Verteidigung ist der Schutz nicht auf ein militärisches Gegenüber beschränkt, sondern umfasst ebenso terroristische, biologische, klimatische und auch - betrachtet man beispielsweise „Integrationspolitik“ als Terrorismusprävention - kulturelle Gefahren (funktionale Entgrenzung). Dies wird im *Weißbuch der Bundeswehr* unter dem Schlagwort der „vernetzten Sicherheit“ eben so formuliert: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen ... bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung“.<sup>6</sup> Im Begriff der vernetzten Sicherheit bzw. dem Paradigmenwechsel von der Verteidigung zum Schutz erkennen wir eine Ursache für die Auflösungserscheinungen herkömmlicher Kategorien wie Krieg und Frieden, Kombattant und Zivilist, Innere und äußere Sicherheit, Peacekeeping und Katastrophenschutz. In ihnen erkennen wir den Schlüssel zum globalen Bürgerkrieg.

## Weltweite Verlegbarkeit

Wie sehen nun die konkreten Strategien westlicher Streitkräfte für den globalen



Razzia der MINUSTAH gegen Gangs im Armenviertel Cité Soleil der Hauptstadt Port-au-Prince im Februar 2007.

Bürgerkrieg aus? Eine wichtige Rolle spielen die „Interdiktion“, so Böckenförde, „also die Kontrolle und das Unterbrechen von Personen- und Güterverkehr“.<sup>7</sup> Dies soll einerseits die Verfügungsgewalt potentieller Gegner über Waffen und waffenfähiges Material einschränken, wie der UNIFIL-Einsatz im Libanon, andererseits den sicheren Transport sowohl von Rohstoffen als auch Exportprodukten gewährleisten und damit das wirtschaftliche Rückgrat der Ersten Welt stärken, was durch eine dauerhafte Präsenz der Marine an wichtigen Passagen der Weltmeere realisiert werden soll.<sup>8</sup>

Zwei weitere Anforderungen für ein globales Engagement, insbesondere zur so genannten schnellen Krisenintervention seien hier nur kurz erwähnt. Einerseits muss die schnelle Verlegbarkeit von Truppen und wegen ihres zunehmend robusten Mandates auch schwereren Waffensystemen wie Panzern oder Hubschraubern gewährleistet sein. Hierfür dient im europäischen Kontext die Anschaffung von insgesamt 180 militärischen Großraumtransportern vom Typ *Airbus A400M* durch Staaten der EU und die Türkei. Als Übergangslösung hält die *Ruslan Salis GMBH* auf dem Flughafen Halle/Leipzig ständig zwei *Antonow An-124* bereit und stellt sie bei Bedarf vier weitere Maschinen diesen Typs den NATO- und EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung.<sup>9</sup> Die Verlegbarkeit spielt aus denselben Gründen eine zunehmende Rolle bei der Entwicklung und Beschaffung von anderen Waffensystemen etwa zur bodengestützten Luftabwehr,

deren neue Varianten in die Transportmaschinen passen müssen. Doch auch die Soldaten im Einsatzgebiet müssen schnell an verschiedene Einsatzorte kommen, da der Feind oft unter der lokalen Bevölkerung nicht lokalisierbar ist oder gegen spontanen Aufruhr vorgegangen werden muss. Deshalb wird seit 1990 unter der Ägide der NATO der *NH90* entwickelt, von dem mittlerweile durch 14 Staaten (vorwiegend EU- und NATO-Mitglieder) über 400 Stück bestellt wurden. Insbesondere seine Ausführung als Taktischer Transporthubschrauber (TTH) mit Platz für 20 voll ausgerüstete Soldaten wird stark nachgefragt, von ihnen haben alleine Deutschland 122, Spanien 90 und Italien 70 Stück angefordert. Eine weitere Konsequenz des Szenarios kurzfristiger und weit entfernter Kriseneinsätze ist die zunehmende Entwicklung von gepanzerten Containersystemen, aus denen modular Lager aufgebaut werden können oder auch ganze Sanitätsstationen kurzfristig von Hubschraubern oder gepanzerten LKWs abgesetzt werden können. Container zum Transport von Truppen durch feindliches Gelände werden gegenwärtig auch von EADS in Zusammenarbeit mit Krauss Maffei Wegmann für die Bundeswehr entwickelt (*MUCONPERS*).

Als weitere Notwendigkeit wird die Fähigkeit zur globalen geografischen Abbildung und der streitkräftegemeinsamen Kommunikation durch Satelliten gesehen, weshalb es auch in diesem Bereich gegenwärtig zahlreiche Rüstungsvorhaben gibt.

## Näher am Feind

Diese Rüstungsprojekte bilden zwar einen zunehmenden Wunsch zur globalen Intervention ab, sind aber auch im Staatenkrieg, also der Konfrontation zweier Armeen, logische Fortentwicklungen. Im Folgenden soll es um die neuen Strategien gehen, mit denen auf so genannte asymmetrische Bedrohungen reagiert wird. Asymmetrische Kriegsführung sollte dabei auch als Reaktion auf die militärische Übermacht gesehen werden, mit der wahlweise die neue Weltordnung oder auch Demokratie, Menschenrechte und Freihandel durchgesetzt werden. Angesichts dieser Übermacht treten die Feinde der Interventionen nicht als offen uniformierte und agierende Kampfverbände auf sondern greifen sie zu Mitteln der Guerillakriegsführung wie Sabotagen, Hinterhalten, Anschlägen sowie zum Terror gegenüber unbeteiligten Dritten. Die Strategien, mit denen sie bekämpft werden, sind allerdings dieselben, mit denen gegen spontan gebildete Widerstandsmilizen, Aufstände oder auch Demonstrationen vorgegangen wird. Zu einem Großteil sind sie sogar den Erfahrungen in UN-Peacekeeping-Einsätzen entnommen. Das 282 Seiten starke *Army Field Manual 3/24* vom Dezember 2006, mit dem bezeichnenden Titel „Aufstandsbekämpfung“ ganz offensichtlich als Anleitung für US-amerikanische Truppen in Irak und Afghanistan verfasst, übernimmt teilweise sogar die Rhetorik der UN. Mindestens so wichtig, wie unverbesserliche Terroristen auszuschalten sei es, öffentliche Sicherheit und Ordnung herzustellen und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Hierfür dürften sich die Soldaten nicht in ihren Kasernen verschanzen und nur durch Gewaltoperationen in Erscheinung treten, sondern müssten Präsenz zeigen. Um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, solle auf intensive Panzerung verzichtet und so manches Risiko eingegangen werden. Entscheidend sei außerdem die Integration ziviler und militärischer Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung sowie Nachrichtengewinnung und strategische Kommunikation.<sup>10</sup> Die Bekämpfung asymmetrischer Bedrohungen setzt also selbst im Irak auf eine zunehmende Nähe zu den Zivilisten bei der Übernahme von Polizeiaufgaben.

Die gleichen Lehren wie im umkämpften Irak wurden bereits wenige Wochen nach Beginn des Einsatzes von UN-Truppen unter brasilianischem Kommando in Haiti gezogen. In den Armenvierteln der Hauptstadt, deren Bewohner dem früheren Präsidenten Aristide anhängen, wurden unter militärischem Schutz der UN-Mission MINUSTAH Polizeistationen (wieder-

eröffnet und intensiv patrouilliert, dabei auch die Straßen von Barrikaden befreit und Medikamente an die Bevölkerung verteilt.<sup>11</sup> Wie in allen aktuellen UN-Mandaten haben die internationalen Soldaten v.a. den Auftrag, für sich und andere Sicherheitskräfte „die Bewegungsfreiheit [zu] sichern“. Als Paradigma für die Anwendung militärischer Mittel hat sich mittlerweile die Floskel durchgesetzt, „Gewalt an[zu]wenden, um Gewalt zu verhindern“.

### Soziale Kontrolle

Haiti ist ein hervorragendes Beispiel, wie das internationale Militär zur sozialen Kontrolle<sup>12</sup> insbesondere der armen Bevölkerungsteile in den entsprechenden Stadtvierteln benutzt wird, insbesondere deshalb, weil Soldaten mit UN-Mandat entsandt wurden, ohne dass es zuvor einen ernsthaften militärischen Konflikt und mehrere bewaffnete Parteien gegeben hätte, die getrennt werden müssten. Rama Mani vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik kritisiert mit Hinweis hierauf, dass die mittlerweile 7.065 Soldaten der MINUSTAH durch zu wenige internationale Polizisten (gegenwärtig 1.760) ergänzt seien. Soldaten seien nicht für Situationen ausgebildet und ausgerüstet, in denen überwiegend „Gangs“, Gewaltverbrechen und illegaler Handel mit Drogen und Waffen „bekämpft“ werden sollen. Darüber hinaus berichtet sie, dass Soldaten sich mit ihrer sperrigen Ausrüstung in den engen Gassen der Slums kaum bewegen könnten.<sup>13</sup>

Die internationalen Sicherheitskräfte arbeiten in erster Linie der lokalen Polizei HNP zu, die aber von der Bevölkerung selbst für einen Großteil der Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird<sup>14</sup> und selektiv gegen die Anhänger der alten Regierung und jetzigen Opposition vorgeht. So nahm sie im Vorfeld der Wahlen von 2006 den einzigen Kandidaten, der tatsächlich von Fanmi Lavalas (der Bewegung Aristides) unterstützt wurde, Gérard Jean-Juste, fest und lancierte Anzeigen gegen ihn, sodass er von der Wahl ausgeschlossen wurde. Der ehemalige Innenminister, Jocelerme Privert, befand sich von Mai 2004 bis Juni 2006 ebenfalls in Haft - Monate lang ohne offizielle Anklage.<sup>15</sup> Zwischenzeitlich wurde er von einer bewaffneten Gruppe befreit, kehrte aber freiwillig zurück. Die HNP lancierte überdies im Oktober 2004 das Gerücht, die Opposition hätte eine ‚Operation Baghdad‘ angekündigt, bei der mit Terror gegen die internationalen Truppen vorgegangen werden solle. Tatsächlich hat sich die Lage und auch die Opposition in Haiti durch die Präsenz internationaler

Truppen militarisiert. Regelmäßig führen diese zusammen mit der HNP Razzien in den Slums durch, eine solche am 6. Juli 2005 im Stadtteil Cité Soleil mündete in ein siebenstündiges Feuergefecht, bei dem die UN-Truppen mit Hubschrauberunterstützung 20.000 Schuss Munition verbraucht haben sollen.<sup>16</sup> Häufiger gehen die Razzien allerdings mit solchen Meldungen zu Ende: „insgesamt wurden 41 Verdächtige festgenommen und sechs Waffen beschlagnahmt“ oder „96 Verdächtige, darunter vier bekannte Mitglieder einer Gang, wurden verhaftet und in den Gewahrsam der HNP übergeben“.<sup>17</sup>

### Polizeisoldaten

Rama Mani sieht den Grund für die geringe Zahl internationaler Polizisten, die nach Haiti entsandt wurden, darin, dass es insgesamt wenige Polizeibeamte gäbe, die für Auslandseinsätze bereitstehen und ausgebildet wären. Auch wenn dies nicht der unmittelbare Grund hierfür ist, da auch das letzte UN-Mandat vom August 2006 lediglich 1.951 Polizeibeamte vorsieht, verweist dies auf eine Lücke, die gegenwärtig geschlossen wird: In den meisten Ländern besteht keine gesetzliche Grundlage für die Entsendung von Polizeibeamten. In Deutschland beispielsweise muss noch jeder Beamte seiner Auslandsverwendung zustimmen, das Innenministerium arbeitet allerdings schon seit Jahren an einer Gesetzesinitiative, welche dies zumindest für Beamte der Bundespolizei ändern soll, damit zukünftig ganze Einheiten, gemeinsam hierfür trainiert, zu Auslandseinsätzen verpflichtet werden können. Eine Alternative hierzu bieten Gendarmerieeinheiten wie die Carabinieri, die sowohl dem Innen- als auch dem Verteidigungsministerium unterstehen und sowohl unter zivilem Kommando als Polizisten als auch unter militärischem als Soldaten eingesetzt werden können. Dieses Konzept erweist sich als wahrer Exportschlager, so beraten und begleiten Carabinieri unter militärischem Kommando (EUFOR BiH) den Aufbau einer neuen Polizei in Bosnien-Herzegowina und bilden am so genannten *Center of Excellence for Stability Police Units* (COESPU) im italienischen Vincenza auf Initiative der G8-Staaten Polizeibeamte u.a. aus Kamerun, Indien, Jordanien, Kenia und Senegal in Aufstandsbekämpfung und für Auslandseinsätze aus.<sup>18</sup> In derselben Stadt befindet sich auch das Hauptquartier der *European Gendarmerie Force* (EGF). Diese besteht aus Abteilungen der französischen, italienischen, niederländischen, portugiesischen und spanischen Gendarmerie-Truppen<sup>19</sup> seit März 2007 in Partnerschaft mit

den Zandarmeria Wojskowa, der polnischen Militärpolizei.<sup>20</sup> Die EGF hat explizit einen militärischen Status, soll aber auch die Fähigkeiten der Polizei besitzen. Konzipiert ist sie nach eigenen Angaben v.a. für Kriseneinsätze im Rahmen der EU aber auch außerhalb und kann hierfür auch unter das Kommando der UN, der NATO oder der OSZE gestellt werden. Auch Auslandseinsätze unter ad hoc Koalitionen werden von der EGF antizipiert. Die 800 in Vincenza stationierten Kräfte mitsamt Einsatzhauptquartier sollen hierfür innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit sein und aufgrund ihres gemeinsamen Trainings und militärischen Kommandos effektiv die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ wiederherstellen. Bereits auf dem EU-Gipfel im Juni 2000 bei Santa Maria da Feira erklärten die Mitgliedsstaaten der EU das Ziel - analog zum militärischen *Headline Goal 2010* - bis 2003 insgesamt 5.000 Polizeibeamte zur Auslandsverwendung bereitzustellen (im Mai 2004 wurde dieses Ziel auf 5671 erhöht)<sup>21</sup>, davon sollen 1.000 (nun 1.400) innerhalb von 30 Tagen einsatzfähig sein.<sup>22</sup> Erfahrungen im „zivilen“ Auslandseinsatz unter dem Dach der ESVP konnten EU-Polizeibeamte bislang und in dieser zeitlichen Reihenfolge in Bosnien-Herzegowina (max. 464), Mazedonien (140), der Demokratischen Republik Congo (30), Sudan (16), Israel/Palästina (170), Moldawien (70) und Palästina (33) sammeln. Deutsche Polizisten waren und sind anderweitig noch in Albanien, Kroatien, Afghanistan und Kosovo tätig, im Letzteren nicht nur beratend sondern auch mit exekutiven Befugnissen ausgestattet. Bei den meisten der genannten Einsätzen ging es jedoch überwiegend um Ausbildung und Überwachung beim Aufbau lokaler Sicherheitsstrukturen.

Stattdessen ist die Kontrolle von Demonstrationen und Niederschlagung von Aufständen als *Crowd and Riot Control* (CRC) im Ausland noch vornehmlich Aufgabe des Militärs bzw. unter militärischem Mandat eingesetzter Polizisten. Als besonderes Testfeld erweist sich hier der Balkan, insbesondere im Kosovo scheinen CRC-Übungen nahezu wöchentlich stattzufinden.<sup>23</sup> Die Übungsszenarien lauten dabei beispielsweise wie folgt: „Eine Gruppe von Demonstranten hat sich von einer genehmigten Demonstration in der Altstadt abgesetzt und bewegt sich in Richtung Erzengelkloster im Bistricatal. Zum Schutz der Mönche und des Klosters befiehlt die 4. Kompanie des Einsatzbataillons Prizren zusätzliche Sicherungsmaßnahmen. Dazu verstärkt sie die Reserve, den Charlie-Zug, luftbeweglich als CRC-Zug die Sicherung am Kloster [...] Minuten später landen die drei Hub-



Von der MONUC ausgebildete Polizeikräfte während der Wahlen 2006 in der DRC.

schrauber auf relativ kleinem Raum und setzen die Verstärkungskräfte ab. Unverzüglich beziehen sie ihre im Voraus erkundeten Stellungen womit auch das Ende der Übung angezeigt ist.<sup>24</sup> Die Übungen sind u.a. notwendig, um den Umgang mit für Soldaten eher untypischen Einsatzmitteln wie Schildern (gegen Steinwürfe) zu trainieren. Die Schilder müssen beim Besteigen des Hubschraubers in einer bestimmten Weise getragen werden, damit sich der Luftzug der Rotoren nicht in ihnen verfängt. Das Foto der Woche in der Aprilausgabe der Zeitschrift „Y - das Magazin der Bundeswehr“ zeigt junge Männer in Armeehosen, die vor einem Panzer und deutschen Feldjägern wegstürmen, im Hintergrund ein Hubschrauber, folgender Text erläutert die Szene: „Das Operational Reserve Battalion trainiert seine Fähigkeiten im Kosovo bei der Übung ‚Balkan Hawk‘ und bekommt von den Amerikanern Unterstützung aus der Luft. Sie versuchen die Demo mit Hilfe eines Apache-Hubschraubers aufzulösen.“ Die Uniformen der Feldjäger tragen dabei keine Tarnflecken sondern sind in einheitlichem grün gehalten so wie (früher) die der deutschen Bereitschaftspolizei (denen sie verdächtig ähneln). Außerdem tragen sie offensichtlich Schienbeinschoner.

Die Feldjäger erfahren gegenwärtig wegen ihrer polizeiähnlichen Ausbildung eine Aufwertung in der Bundeswehr, sowohl bei der Ausbildung anderer Truppenteile in CRC als auch durch ihre vielseitige Anwendbarkeit im Ausland. Im Kosovo reicht ihr Aufgabenspektrum vom militärischen Verkehrsdienst, über Ordnungsdienst, Hilfeleistungen, Raum- und Objektschutz, Begleitung von Konvois, Überwachung der Einhaltung der Luftsicherheitsbestimmungen bis hin zum Personenschutz. Sie

Einsätze mussten die EU-Soldaten beim EUFOR-Einsatz in Kinshasa (EUFOR DRC) wahrnehmen, obwohl Letzteres ein durchaus realistisches Szenario darstellte. Die zunächst intensiv durchgeführten Patrouillen auch in den ärmeren Vierteln der congoleischen Hauptstadt wurden nach offenen Anfeindungen und vereinzelt Steinwürfen auf die Militärfahrzeuge deutlich reduziert. Offizielles Ziel der Mission war es, in Kinshasa während der Wahlen im Sommer 2006 für ein „sicheres Umfeld“ zu sorgen. Bei den aussichtsreichsten Kandidaten Kabila und Bemba handelte es sich um (ehemalige) Warlords, die über eigene Truppen verfügten. Eine Auseinandersetzung unter diesen zu verhindern oder zu beenden war die wahrscheinlichste Aufgabe und nur einmal rückten die Soldaten tatsächlich zum Kampfeinsatz aus, als Kabilas Truppen Bembas Residenz beschossen, in der sich gerade mehrere Botschafter aufhielten. Der letztendlich unterlegene und mittlerweile im portugiesischen Exil lebende Bemba wusste jedoch einen Großteil der Bevölkerung Kinshasas und insbesondere die Armenviertel hinter sich. Die Angehörigen seiner Miliz sind teilweise in diesen verwurzelt und flohen nach späteren Gefechten auch in diese. Zudem veranstalteten Jugendgruppen in den Slums im Kontext politische Entscheidungen öffentliche Wehrsportübungen als Drohgebärden.<sup>26</sup> Demonstrationen auf dem Boulevard du 30. Juin, der das am Wasser gelegene Banken- und Diplomatenviertel Gombe vom Rest der Stadt trennt (bzw. mit diesem verbindet), verlaufen manchmal gewalttätig. Hier begannen auch die Ausschreitungen gegen die UN-Truppe MONUC im Juni 2004, bei denen 15 Fahrzeuge der UN demoliert und etwa 100 Wohnungen

verfügen über Körperschutz wie die Polizei, Rammbocke, Alkoholtester, Geschwindigkeitsmesser, Rauschgift- und Sprengstoffspürhunde aber auch Waffen mit Laserzielgeräten. Ein Element der Feldjägereinsatzkompanie in Prizren ist die vom BKA ausgebildete „Ermittlergruppe“, die „...Aufgaben wie die Kriminalpolizei wahr[nimmt]“.<sup>25</sup>

### Three Block War

Weder Ermittlungen noch CRC-

von UN-Mitarbeitern geplündert wurden. Im Verlauf der Proteste wurden mindestens drei Menschen von UN-Soldaten erschossen.<sup>27</sup> Ähnliche Ausschreitungen - wenn auch weniger intensiv - gab es gegen die Büros allerlei internationaler Organisationen und Banken, nachdem Kabilas Truppen die Miliz Bembas Ende März 2007 vernichtend geschlagen und aus der Stadt gejagt hatten. Die Unordnung des Gefechts in Gombe wurde von vielen Zivilisten zum Anlass für Plünderungen genommen.

Noch während die EU-Truppen anwesend waren, kam es zu einer Situation, die ähnlich hätte verlaufen können: Während Bembas Einsprüche gegen die Wahl am 21.11.2006 vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt (und schließlich abgelehnt) wurden, sprach seine Anwältin draußen zu seinen Anhängern. Daraufhin kam es zu Brandstiftungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei vor dem Gerichtsgebäude, bei denen nach Angaben der Polizei auch vonseiten einiger bewaffneter Unterstützer Bembas geschossen worden sein soll. Die Soldaten der EU griffen seinerzeit nicht ein, da sich die Polizei schnell zurückzog und sich die Lage daraufhin beruhigte. (Die in England lebende Anwältin wurde später festgenommen und mit unter Folter gemachten Aussagen der Anzettelung eines Aufstandes angezeigt.)<sup>28</sup> Solche Situationen einer „schnelle[n] Abfolge oder sogar zeitliche[n] und räumliche[n] Parallelität unterschiedlicher Einsatzintensitäten, Konfliktlinien inklusive plötzlicher Eskalation und Deeskalation im Wechsel“<sup>29</sup> werden von westlichen Streitkräften als *Three Block War* bezeichnet und intensiv geübt, da sie als besonders realistisch und anspruchsvoll gelten. Medienstabsoffizier Olaf Kuske erläutert auf der Homepage des Heeres das Szenario einer solchen Übung, die an der Infanterieschule Hammelburg durchgeführt wird:

„Eine Hilfsorganisation verteilt Lebensmittel an die Bevölkerung, geschützt durch eine Patrouille deutscher Infanteristen. Ein ohrenbetäubender Knall und plötzlich hat sich die friedliche Szene in ein Schreckensbild verwandelt. Eine Autobombe ist detoniert. Mehrere Zivilisten und ein Soldat liegen verwundet am Boden. Sie werden von anderen Soldaten sofort versorgt. Die Bevölkerung, der die Rettungsmaßnahmen nicht schnell genug gehen, ist aufgebracht und die Lage eskaliert. Wütende Demonstranten dringen auf die mittlerweile eingetroffene Verstärkung ein, die mit Schilden, Stöcken und Hunden die Lage aber sicher im Griff hat. Heckenschützen, die in die Menge schießen und dabei mehrere Zivilisten und einen Soldaten verwunden,

werden im koordinierten Einsatz von Panzern, Schützenpanzern und Infanterie rasch unschädlich gemacht.“<sup>30</sup>

Als Kulisse dient das Dorf Bonmland mit seinen 120 Gebäuden, die seit 1937 nicht mehr bewohnt werden, sondern auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg als *Ortskampfanlage* dienen. Neben Soldaten in zivil werden für solche Übungen auch zunehmend Zivilisten etwa durch das Rostocker Sicherheits- und Personaldienstleistungsunternehmen DSS angeworben. Die Rollenspieler sollen dann etwa das Leben in einem irakischen oder kosovarischen Dorf simulieren und nächtigen in einer Kaserne. Während der Übungen, die mehrere Wochen dauern, dürfen sie das Gelände nicht verlassen oder ein Handy benutzen. Wenn sie die Übung vorzeitig abbrechen, reduziert sich ihr Lohn.

### Lehren aus Falludscha

Der Truppenübungsplatz Lehnin, etwa 25km südwestlich von Berlin, verfügt neben mehreren Ortskampfanlagen auch über die *Stadtkampfanlage* Rauhberg: „Auf rund 1000 mal 500 Meter ist dort alles vorhanden, was eine Stadt auszeichnet. Häuser, Kanalnetz, Unterführungen, Bahnhof, Schule, Reisebüro, Flugplatz und vieles mehr. Es gibt sogar eine Anlage zur Darstellung von Gebäudebränden und Lautsprecher zur Simulation von Gefechtslärm. Im Rauhberg kann mit Übungsmunition auf elektrisch gesteuerte Ziele geschossen werden. Scharfschützen können europaweit einmalig hier den scharfen Schuss üben.“<sup>31</sup>

Die Notwendigkeit von Kulissen mit Hochhäusern und städtischer Infrastruktur stellt Sascha Lange von der Stiftung Wissenschaft und Politik in seinem Diskussionspapier „Falludscha und die Transformation der Streitkräfte - Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?“<sup>32</sup> am Beispiel der USA und Frankreichs dar. Als Gründe für die zunehmende militärische Bedeutung der Städte nennt er v.a. die rasante Urbanisierung und verweist anschließend darauf, dass die USA in den letzten 20 Jahren 80% ihrer bewaffneten Konflikte teilweise und 40% ausschließlich in städtischer Umgebung ausgefochten hätten und Frankreichs militärisches Engagement in Afrika sich in erster Linie auf die dortigen Hauptstädte konzentriert, da sich in diesen die Auslandsvertretungen sowie die wichtigsten Flug- und Seehäfen befänden. Jörg Hoogeveen, Referent im Führungsstab des Heeres, nennt in seinem Artikel „Operationen in urbanem Umfeld - Besondere Herausforderungen für die Landstreitkräfte“ ähnliche Gründe, verweist darüber hinaus auch

darauf, dass urbane Ballungsräume zugleich wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Zentren und wegen ihrer Bedeutung für die Infrastruktur des Landes „Lebensadern einer Gesellschaft“ seien.<sup>33</sup> Ein realistisches Training für Kampfeinsätze in solchen Ballungszentren, bei denen insbesondere auch Industrieanlagen und Kraftwerke eine Rolle spielen, ist jedoch in den wenigen Hochhäusern Rauhbergs ebenso wenig möglich, wie in den US-amerikanischen *Urban Combined Arms Collective Training Facilities*, die meist aus 20-30 Gebäuden bestehen. Hier lässt sich „[s]peziell die Integration von dosierter Artillerie, Luftnahunterstützung und (Kampf-)Logistik nicht adäquat[sic]“ darstellen.<sup>34</sup> Bislang seien im Training „Probleme wie Nachschub von Verpflegung und Munition, Evakuierung von Verwundeten, Kommunikation und elektronischer Kampf“ nicht ausreichend berücksichtigt worden.<sup>35</sup> Gerade die komplexe Struktur gewachsener Städte mit ihren verzweigten Tunnelsystemen macht aber die Unübersichtlichkeit aus, mit der die Streitkräfte bei urbanen Operationen insbesondere bei der Versorgung der eingesetzten Soldaten zu kämpfen haben.

Am Beispiel des US-Angriffs auf Falludscha stellt Sascha Lange dar, wie verlustreich der Häuserkampf auch deutlich überlegener Streitkräfte sein kann. Besonders unter denjenigen US-Truppen, die überwiegend zu Fuß in der Stadt unterwegs waren, gab es 40 Opfer. Daher müsse man eine bessere Panzerung der Truppen für solche Anlässe gewährleisten, etwa durch Schützenpanzer. Insofern sei die Anschaffung des neuen *PUMA-Schützenpanzers* durch die Bundeswehr zu begrüßen. Allerdings macht eben der PUMA deutlich, dass sich Schutz und Panzerung mit den Anforderungen der Verlegbarkeit und Wendigkeit widersprechen. Der PUMA lässt sich nur mit der geringeren Schutzstufe A im A400M transportieren. Das höchste Schutzniveau hätten die israelischen *NEMERAH-Panzer*, „[a]llerdings profitieren die israelischen Landstreitkräfte davon, dass sie wesentlich geringere Anforderungen an ihre strategische und taktische Mobilität zu erfüllen haben, da sie bis zu und in ihren Einsatzräumen nur sehr geringe Entfernungen zurücklegen müssen“.<sup>36</sup> Auf viele israelische Erfahrungen im urbanen Einsatz könne man jedoch zurückgreifen. So habe sich ergeben, dass Scharfschützen von herausragender Bedeutung sind und Wände penetrierende Radargeräte und Durchbruchsysteme sinnvoll seien. Entsprechend hat sich die US-Army mittlerweile die gepanzerte Version des Bulldozers *D-9R* angeschafft.

### Vernetzung und Aufklärung

Wichtig für den Kampf in urbanem, noch von Zivilisten bewohntem Gelände ist jedoch vor allem die Erstellung eines umfassenden Lagebildes und die Vernetzung von Informationen. Hier ist Deutschland mit seinem modularen Ausrüstungskonzept *Infanterist der Zukunft* (IdZ) für Bodentruppen führend. Neben einer besseren Bewaffnung und standardmäßigen Komponenten zum Schutz vor ABC-Angriffen vernetzt es die Informationen von je zehn Soldaten einer Gruppe - alle mit GPS ausgerüstet - mit einer Basisstation und über diese mit der Führungsebene: „Jeder Soldat der Gruppe weiß, wo seine Kameraden sind, nicht nur in der Gruppe, sondern auch auf höheren Ebenen [...] Ein Laser-Entfernungsmesser ist in deren Ferngläser integriert. Dessen Daten werden kabellos an das ‚Navipad‘ übertragen und können dann den anderen Soldaten der Gruppe oder anderen Einheiten weitergesendet werden. Zusätzlich sind IdZ-Gruppen mit einer digitalen Kamera namens ‚Vector‘ ausgerüstet der Daten ebenfalls kabellos übertragen kann. Sie kann als Mittel zur Fernaufklärung genutzt werden oder um Personen bei Peacekeeping-Einsätzen an Checkpoints zu identifizieren. Die eingefangenen Bilder können ans Hauptquartier gesendet werden oder von der Gruppe zur Herstellung dreidimensionaler digitaler Abbildungen von Häusern oder anderen Objekten verwendet werden, die sie angreifen oder sichern muss.“<sup>37</sup> Das System wurde 2002 fünf Monate in Kosovo und seit dem in Afghanistan erprobt. Zunächst ist die Ausrüstung der Division Spezielle Operationen (DSO) damit vorgesehen.

Mittelfristig ist auch der Datenaustausch mit unbemannten Flugkörpern - so genannten Drohnen oder *unmanned aerial vehicles* (UAVs) - vorgesehen. Neben dem Vorteil gegenüber bemannten Aufklärungsflügen, dass keine eigenen Soldaten aufs Spiel gesetzt werden, sind die Systeme häufig unmittelbarer einsetzbar, unabhängig von den Sichtbedingungen (da sie Wolken unterfliegen können) und unauffälliger. Sascha Lange betont deshalb auch ihre „psychologische Wirkung“: Das Gefühl jederzeit ortbar zu sein, zwingt die gegnerischen Kräfte dazu, immer in Bewegung zu bleiben und so ihre Kampfkraft zu verringern.<sup>38</sup>

Speziell für die Nahaufklärung im urbanen Raum hat sich das deutsche Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung auf dem zivilen Markt erkundigt und für die Mikroaufklärungsdrohne *MIKADO* der Firma AirRobot GMBH & Co KG entschieden, von der bis 2008 66 Exemplare angeschafft werden sollen. Sie kann von

einem einzelnen Soldaten transportiert, gestartet und gesteuert werden. Die Bilder, welche die am Fluggerät befestigten Kameras übermitteln, können auf einem Bildschirm oder einer Sichtbrille angesehen werden. Die Drohne soll auch in Gebäude einfliegen können, doch hier besteht noch Bedarf für Nachbesserungen.<sup>39</sup> Bei ihr handelt es sich um einen Drehflügler, da diese auch im Raum schweben und zwischenlanden können und sehr wendig sind, also auch in Straßenzüge und Hinterhöfe eindringen können, was bei Starrflüglern nicht der Fall ist. Diese müssen meist auf Höhe der Dächer fliegen und können selbstständig nur schlecht landen. Die *CL-289* kam als erste Drohne der Bundeswehr 1997 im ehemaligen Jugoslawien zum Einsatz, operierte damals jedoch noch mit Nassfilm und konnte deshalb keine Bilder in Echtzeit übertragen. Die Drohne *Aladin*, die aussieht, wie ein Modellflugzeug, verfügt über diese Fähigkeit und wird bzw. wurde bereits in Afghanistan und der Demokratischen Republik Congo (DRC) von der Bundeswehr eingesetzt, kann aber eine Flughöhe von 150 Metern nicht überschreiten. Die wesentlich größere Drohne *LUNA* wird ebenfalls in Afghanistan und dem Kosovo bereits eingesetzt, kann bis 4000m aufsteigen und zwei Stunden aufklären, muss dafür aber mit einer Abschussvorrichtung in die Luft gebracht werden.<sup>40</sup> Ebenso wie die *KZO-Drohne*, die mit 160kg fast fünfmal so schwer ist wie *LUNA*, und für deren Verlegung vier bis acht LKW von Nöten sind.<sup>41</sup> Sie gilt als taktische Drohne mit der Hauptaufgabe, feindliche Artilleriestellungen zu identifizieren und deren Daten über bis zu 300km übertragen. Außer diesen verhältnismäßig kleinen Drohnen gibt es noch diejenigen der *MALE*- und diejenigen der *HALE-Klasse* (Medium bzw. High Altitude - Long Endurance) für Höhen zwischen 5 und 15km bzw. über 15km. Sie zeichnen sich insbesondere durch ihre lange Ausdauer und Reichweite aus und haben darüber noch die Fähigkeit, Funk- und Radarsignale zu erfassen, können damit also Telefonverkehr abhören oder Radarstationen orten.<sup>42</sup> Über *MALE*-Drohnen verfügt Deutschland nicht, in Europa nutzen allerdings die französischen und schwedischen Streitkräfte die *MALE*-Drohne *EAGLE* von EADS. Die USA verfügen bereits seit 1995 über die *MALE*-Drohne *Predator*, die schon im Irak und dem Kosovo, in Bosnien und Afghanistan eingesetzt wurde und auch mit Waffen wie *Hellfire-Raketen* bestückt werden kann. Der gezielte Einsatz von Raketen durch Drohnen der USA wurde bereits drei Mal öffentlich, beispielsweise die Tötung von Abu Hamsa Rabia in einem

Haus in Pakistan am 3.12.2005 durch eine *Predator-Drohne*.<sup>43</sup> Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung hat jedoch am 1.2.2007 mit EADS und der US-Firma Northrop Grumman einen Vertrag über 450 Mio. Euro unterzeichnet um die Entwicklung eines Prototyps der *HALE-Drohne EuroHawk*, basierend auf dem US-Modell *Global Hawk*, zu finanzieren. Diese hat eine Reichweite von 25.000km und kann über 24 Stunden im Einsatz bleiben, also theoretisch von Deutschland aus (fast) jeden beliebigen Ort der Welt aufklären und zukünftig evtl. auch bombardieren. Mit solchen hochfliegenden Drohnen lassen sich auch potentielle Einsatzgebiete ohne das Einverständnis des jeweiligen Souveräns unauffällig aufklären.<sup>44</sup>

### Urban Resolve

Kinshasa war das Experimentierfeld der EU-Truppen für den Einsatz von Drohnen in Großstädten. Deutsche *Aladin* und belgische *Hunter* überflogen die Stadt - von Letzteren stürzten zwei ab - um ein Lagebild zu schaffen, Bewegungen der Milizen und Zusammenrottungen der Bevölkerung rechtzeitig erkennen zu können. In einem ganz anderen Maßstab werden Drohnen aber bereits in Irak und Afghanistan eingesetzt - nach Angaben der US-Rüstungszeitschrift *National Defense* insgesamt 1.500. Dies belebt freilich den Markt und mittlerweile sind schon Aufklärungsdrohnen im Einsatz, die gerade 235g wiegen und aus der Hand gestartet werden können. Dennoch muss die entstehende Masse an Aufklärungsdaten angesichts der vielen Störsignale im städtischen Raum erst noch effizient verwaltet und ausgewertet werden.<sup>45</sup>

Um hierfür auch im Rahmen multinationaler Einsätze die richtigen Strategien zu entwickeln, führte das US-Militär bis Mitte 2007 ein mehrjähriges Experiment mit dem Namen *Urban Resolve 2015* durch. Hierfür wurde eine Stadt mit über 1.8 Mio. Gebäuden, davon 65.000 begehbar, und 124.000 Menschen virtuell simuliert. Von den simulierten Menschen wiederum waren 35.000 animiert und verhielten sich in einer „kulturell angepassten Weise“, d.h. sie gingen zur Arbeit, aßen und beteten.<sup>46</sup> Unter ihnen versuchten sich etwa 1.100 feindliche Kräfte zu verstecken. Aufgabe der teilnehmenden Soldaten aus 14 Staaten war es, überall in der Stadt Sensoren anzubringen (die es bereits gibt oder die über Eigenschaften verfügen, von denen angenommen wird, dass sie im Jahr 2015 verfügbar sein werden) und sie so miteinander zu verknüpfen, dass die feindlichen Kräfte identifiziert werden können. Dies beinhaltete auch die Markierung von Men-

schen und Fahrzeugen mit Sendern, die über Drohnen überwacht wurden und so ein Bewegungsprofil der Personen ermöglichen. Zwar diente als Vorbild der simulierten Stadt zunächst Jakarta, in einer späteren Pressemitteilung des Pentagon wird allerdings angegeben, das Setting sei Bagdad.<sup>47</sup> Auch der deutsche Teilnehmer Stephan Meermann beschreibt folgendes Szenario: Nach Abzug der US-Streitkräfte 2009 aus dem Irak „verschlechterte sich die wirtschaftliche und infrastrukturelle Lage des Gouvernats Bagdad kontinuierlich. Dies führte im Ergebnis zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Bagdad sowie zu Autonomiebestrebungen [sic]. Im Jahr 2015 bat die irakische Regierung die UN [...] um Hilfe. Im Rahmen eines UN-Mandats führten US-Streitkräfte eine sehr kurze Anfangsoperation (Major Combat Operation) durch und gingen in Bagdad zu einer Stabilisierungsoperation über. Daraufhin entwickelte sich innerhalb von 35 Tagen eine sehr aktive Bewegung Aufständischer (Insurgency)[...]“.<sup>48</sup>

Tatsächlich erschöpfte sich das virtuelle Experiment jedoch nicht in der reinen Bekämpfung des Aufstandes. Die Computersimulation ermittelte zugleich Einstellungsmuster in der Bevölkerung, von den Experimentteilnehmern mussten auch „Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen des Ausbruchs der Vogelgrippe im Norden des Irak“<sup>49</sup> geplant werden. Das „künstliche Umfeld für Analyse und Simulation“ (SEAS), welches dem Experiment zugrunde liegt, soll zudem Aufschlüsse darüber geben, „wie die Bevölkerung auf Handlungen reagieren könnte, die gegen die politischen, militärischen, sozialen, infrastrukturellen und informationellen Grundlagen ihrer Länder gerichtet sind“.<sup>50</sup> Da also das Verhalten von Massen im urbanen Umfeld simuliert würde, bietet sich das Simulationsumfeld auch für Katastrophenschutzplanungen, etwa zur Simulation einer Flut an. Der Direktor der militärischen Forschungseinrichtung, die es entwickelt hat, Konteradmiral James A. Winnefeld, geht deshalb auch davon aus, das bald ein weiteres Experiment unter Beteiligung der Streitkräfte aber der Leitung des *Department of Homeland Security* stattfinden wird, um Einsätze innerhalb der USA durchzuspielen.<sup>51</sup>

Auch die Experimente zur Aufklärung mit Drohnen sind für „zivilis“ Sicherheitspersonal von Interesse. So setzt Österreich die etwa 200kg schwere Drohne *CamCopter S-100* zur Überwachung der Grenze zur Slowakei ein, die Liverpools Polizei lässt seit Mai 2007 den *Sensorcopter* von Diehl über Parks und sozialen Brennpunkten kreisen.

Drohnen wurden auch schon von der deutschen Polizei eingesetzt, etwa um während Castor-Transporten das Schienennetz zu überwachen.

### Sanfte Waffen für harte Zeiten:<sup>52</sup>

Nach dem Bericht Meermanns wurde bei der Urban Resolve - Übung auch der Einsatz so genannte *nicht-lethaler Waffen* (NLW) simuliert. Diese werden eine zunehmende Bedeutung beim Umgang mit einer „widerstrebenden Bevölkerung“ gewinnen, die nach Aussage von Dr. Friedhelm Krüger-Sprengel, ehemaliger Ministerialdirigent im Bundesverteidigungsministerium, ein Charakteristikum von Peacekeeping-Einsätze ist:

„Die Ausrüstung mit non-lethal weapons [NLW], die gibt den Streitkräften und natürlich auch der Polizei ein erweitertes Handlungsspektrum. Die können die Auffassung und ihre Aufgaben auch bei einer widerstrebenden Bevölkerung durchsetzen, ohne sofort auf tödliche Waffen zurückzugreifen. Und damit werden sie auch mehr respektiert werden in dem Sinne, dass ihre Gewalt doch weiter reicht und man nicht einfach gegen sie vorgehen kann. Das erweiterte Einsatzspektrum, die erweiterten Handlungsmöglichkeiten im zivilen Umfeld sind eben sehr wichtig für die Aufgabe von Streitkräften bei der Friedenssicherung.“<sup>53</sup> Zweck von NLW ist es entweder, eine bestimmte Handlung zu erzwingen, oder einen Gegenüber bzw. eine ganze Gruppe von Personen handlungsunfähig zu machen. Für die Anwendung gegenüber Einzelpersonen werden gegenwärtig in vielen Ländern die Polizeien mit *Tasern* ausgestattet. In Deutschland sind es bislang einige Spezialeinheiten der Polizei sowie einzelne Polizeireviere zu Testzwecken. Informationen über den Einsatz von NLW bei der Bundespolizei unterliegen der Geheimhaltungsstufe „nur für den Dienstgebrauch“. Taser sind pistolenähnliche Waffen, mit denen Menschen Stromschläge zugeführt werden können. Durch den immensen Schmerz und die Muskelzuckungen- und lähmungen sollen diese jeglichen Widerstand bald aufgeben. Neuentwicklungen des Tasers beanspruchen für sich, durch gewisse Frequenzen bei minimalem Schmerz einen maximalen Lähmungseffekt zu erzeugen.

Über Wasserwerfer, deren Strahl zum Leiten elektrischer Ströme verwendet wird, soll es zukünftig auch möglich sein, größere Menschenmengen gleichzeitig durch elektrischen Strom bewegungsunfähig zu machen. Weitere Systeme sind im Test oder werden bereits bereitgehalten, die durch Schallwellen oder Geruchsstoffe Übelkeit



*Deutsche, dänische und schwedische Marine beim gemeinsamen Training vor Süd-Libanon*

verursachen sollen, gezielt betäubende Wirkstoffe oder Gummiwuchtgeschosse in einem größeren Raum ausstoßen. Experimente mit schnell härtendem und tw. mit Reizstoffen angereichertem Schaum, der ganze Personengruppen fixieren sollte, scheinen mittlerweile zwar abgebrochen worden zu sein,<sup>54</sup> wurden aber beispielsweise vom US-Militär 1995 in Somalia gegen anrückende Menschenmassen bei der Essensausgabe angewandt.<sup>55</sup>

Eine der neueren Entwicklungen auf diesem Gebiet ist das *Active Denial System* (ADS), dessen erste Einsätze vermutlich unmittelbar bevorstehen,<sup>56</sup> getestet wurde es schon über 12 Jahre in über 10.000 Durchgängen. Es sieht aus wie eine flache, auf ein Militärfahrzeug montierte Satellitenschüssel. Diese sendet hochenergetische Mikrowellen aus, die auf der Haut unmittelbar das Gefühl einer Verbrennung verursachen, jedoch nicht mehr als einen Sonnenbrand hinterlassen. Nur Metallgegenstände, die am Körper getragen werden, speichern die Wärme und schmerzen so auch nach dem Einsatz des Gerätes und führen zu tatsächlichen Verbrennungen. Befürworter sehen dies als Vorteil, da die Waffe selektiv gegen Bewaffnete wirke und diese zu einer schnellen Entwaffnung zwingt. Kritiker verweisen hingegen darauf, dass man auch aus anderen Gründen Metall am oder gar im Körper tragen kann. Doug Beason, selbst mit der Entwicklung von Strahlenwaffen beschäftigt, formuliert für den britischen Strategie-Thinktank RUSI (Royal United Services Institute for Defence and Security Studies) ein mögliches Einsatzszenario: In Neu-Delhi formiert sich ein Demonstrationzug durch die Armenviertel und wächst auf dem Weg zur US-amerikanischen Botschaft beständig an. Einige Teilnehmer sind bewaffnet und sie reißen Frauen und Kinder mit sich, um sie als lebendige Schutzschilder zu missbrauchen. So dringt der Mob aufs Botschaftsgelände vor. Die

USA hätten sich geschworen, nie wieder eine ihrer Auslandsvertretungen überrennen zu lassen, aber die Marines, die zu ihrer Verteidigung die Gewehre bereits in den Anschlag gebracht haben, zögern noch zu schießen. Nicht weil es unmoralisch wäre, auf eine überwiegend unbewaffnete Menge das Feuer zu eröffnen, sondern weil dies in Sekunden das Verhältnis der USA zu einem ihrer wichtigsten Verbündeten, Indien, um Jahrzehnte zurückwerfen könnte. Deshalb kommt ein ADS zum Einsatz, woraufhin sich die Menge sofort auflöst. Wie durch ein Wunder bleiben Frauen und Kinder von den Schmerzstrahlen unbetroffen.<sup>57</sup>

Ein anderes Szenario für den Einsatz des ADS beschreiben Olaf Arndt und Wolfgang Pircher in ihrer Artikelserie „Die politische Technologie der Pein“: „In Szenario 1 befinden wir uns vor den Türen eines regionalen Wahlzentrums in einem beliebigen Land der Dritten Welt. Die Nato hat eine Spezialstaffel entsendet. Ihre Aufgabe: einen reibungslosen Ablauf der Wahl zu gewährleisten und die Wahlhelfer vor politischen Gegnern der Demokratie und vor Randalierern zu schützen... [E]in Hummer-Jeep mit dem ‚Aktiven Vertreibungssystem‘, dem ADS-Mikrowellenstrahler auf dem Dach, steht außer Sichtweite zur Verfügung und kann innerhalb einer Minute vor Ort sein. Der Zug gut gerüsteter Anti-Riot-Soldaten hat neben dem Eingang des Wahllokales Stellung bezogen. Die in Auslandseinsätzen erfahrenen Männer und Frauen der kleinen Truppe haben einen Verhau aus Stacheldraht um die gesamte Einrichtung gezogen. Wähler, die aus den Nachbarorten grüppchenweise eintreffen, sickern durch einen engen Kanal aus Draht zu den Räumen mit den Wahlkabinen durch. Nach Angaben des Geheimdienstes befinden sich radikale Elemente unter den Anhängern von drei Parteien, die sich neben anderen zur Wahl stellen... Die Wahlgegner rücken bis zum Seiteneingang vor und beginnen, Steine und Molotowcocktails über den Zaun gegen die Hauswand zu werfen und dabei Parolen über ‚Wahlbetrug‘ zu skandieren. Einzelne Demonstranten versuchen, die Barriere zu durchbrechen. Da rückt der ‚Sheriff‘ [gemeint ist der Jeep mit dem ADS-System] vor.“

Es existieren aber auch schon vollautomatische Systeme, um Menschen den Zugang zu einem Gelände zu verwehren. Die Firma *Taser International* hat ein Gerät mit dem Namen *Taser Remote Area Denial* entwickelt.<sup>58</sup> Auf einem Dreifuß sind Sensoren angebracht sowie Abschussvorrichtungen für Pfeile, die ebenfalls Stromschläge übertragen - und zwar so regelmäßig, dass das Opfer liegen bleibt, bis es von Sicherheits-

personal befreit und festgenommen werden kann. Geeignet sind solche System neben dem Schutz von militärischen Liegenschaften vor allem auch zur Grenzsicherung. Um Ceuta und Melilla, als spanische Exklaven auf dem afrikanischen Kontinent Ort zahlreicher illegalisierter Grenzübertritte, kommen solche System zwar noch nicht zum Einsatz, jedoch wird automatisch Pfefferspray ausgestoßen und eine grelle Beleuchtung aktiviert, wenn sich Menschen in dem Drahtgeflecht zwischen zwei mit Stacheldraht bewehrten Zäunen verfangen haben. Solche Sperranlagen kommen nicht nur zunehmend an Staatsgrenzen wie der zwischen den USA und Mexiko zum Einsatz, sondern auch in Konfliktgebieten wie Palästina. In Bagdad ist es mittlerweile Teil der Aufstandsbekämpfung, ganze Stadtteile zu ummauern und die Anwohner nur noch durch Checkpoints zu festgelegten Uhrzeiten passieren zu lassen. Selbst ein Graben um die gesamte Stadt wurde erwogen.<sup>59</sup> Die Städte Samarra und Rawah wurden bereits von einem Wall eingeschlossen. Auch die Technologien der Abschottung, die im militärischen wie im Grenzschutzbereich entwickelt werden, liefern Innovationen für den privaten Markt um schnell und flexible Barrieren, etwa bei Großveranstaltungen oder zum Schutz von Brachflächen vor Aneignung, errichten zu können.

### Rüsten für den Weltfrieden?

Auch eine aktuelle Studie der internationalen Beratungsgesellschaft *PricewaterhouseCoopers*<sup>60</sup> (PWC) stellt fest, dass sich die Nachfrage nach Verteidigungs- und Sicherheitstechniken verschoben hätte und zwar weg von großen Arsenalen herkömmlicher Waffen hin zu innovativen, flexiblen und präzisen Systemen sowie der „immer weiter an Bedeutung gewinnenden ‚Homeland Security‘“.<sup>61</sup> Zwischen dem Ende des Kalten Krieges und 9/11 wären die globalen Rüstungsausgaben um etwa ein Drittel gesunken, was dazu geführt hätte, dass viele Rüstungsfirmen verschwanden, v.a. aber aufgekauft wurden. Diese Tendenz zu Firmenzusammenschlüssen hat auch unter den seit 2001 wieder stark ansteigenden Rüstungsausgaben angehalten und sich internationalisiert. Mit den fünf dominierenden US-amerikanischen Großkonzernen könnten die europäischen Anbieter nur konkurrieren, indem sie fusionieren und zwar über die nationalen Grenzen hinaus. Solche Fusionen stellen aber auch immer einen Transfer militärischer Technologie ins Ausland dar und führen zu multinationalen Fertigungsprozessen, was im Ernstfall bedeutet, dass ein Land zur Produktion von Rüstungsgütern auf Firmen im Aus-

land angewiesen ist. Die nationalen Regierungen haben deshalb grundsätzlich ein Interesse daran, internationale Fusionen zu verhindern und eine nationale rüstungsindustrielle Basis aufzubauen und zu erhalten. Demgegenüber steht jedoch die internationale Konkurrenz und der marktwirtschaftliche Zwang, zu fusionieren.

Die Studie der PWC endet mit zwei Szenarien. Das erste wird als „Amerikanisierung“ beschrieben und geht davon aus, dass die USA weiterhin alleine so viel Geld für Rüstung und zwar an eigene Firmen ausgibt, wie der Rest der Welt, und einen Technologietransfer ins Ausland verhindert. Die US-Rüstungsunternehmen würden dann weltweit Firmen und Technologien aufkaufen, die europäischen Konzerne aus dem Markt drängen und langfristig den weltweiten Rüstungsmarkt dominieren. Nur die USA wären in diesem Szenario fähig, größere Rüstungsprojekte anzustoßen und längere Konflikte militärisch auszutragen.

Das zweite Szenario ist durch globale Interdependenz geprägt. Hierfür wäre es nötig, dass auch die EU-Staaten und andere ihre Rüstungsausgaben erhöhen und ihren Firmen somit ermöglichen, sich weltweit in die Rüstungsproduktion einzukaufen. Einzelne Staaten würden sich auf bestimmte Produktionsprozesse spezialisieren, Sicherheitstechnologien wären jedoch weltweit verfügbar und auch die Produktionsketten würden quer über den Globus verlaufen. „Kein Staat hätte damit [alleine] ausreichende industrielle Kapazitäten, um ohne Unterstützung der Alliierten einen Krieg führen zu können.“<sup>62</sup>

Auffallend ist, dass beide Szenarien keinen Platz für nationalstaatliche Konkurrenz sehen und auch keine Blockbildung antizipieren. Sie gehen beide von einer Hegemonialordnung aus, im Falle der Amerikanisierung einer US-geführten, im Falle der Interdependenz einer Hegemonialordnung voneinander abhängiger Staaten. Wofür in diesen Szenarien, in denen befeindete Staaten mit ausreichenden militärischen Kapazitäten - also symmetrische Kriege - ausgeschlossen sind, gerüstet wird, bleibt unerwähnt: gegen asymmetrische Bedrohungen, für den Krieg der Staaten gegen die Bevölkerung.

Dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ entsprechend, kommt zukünftig v.a. dem Schutz so genannter kritischer Infrastruktur, darunter werden etwa Pipelines, Transportwege und Stromnetze, staatliche Einrichtungen, Banken und Kraftwerke<sup>63</sup> verstanden, die selbe Bedeutung zu, wie zuvor der Verteidigung der Staatsgrenze - und zwar auch in Friedenszeiten präventiv. Barrieren, überwacht von Drohnen und

geschützt durch „nicht-lethale Minen“ wie dem „Remote Area Denial“ - System werden also zukünftig den Globus durchziehen, die Staatsgrenzen, die den Zustand des Krieges herausfordern, wuchern nach innen und außen. Die Soldaten einzelner Staaten oder deren Bündnisse stehen zunehmend den verarmten Bevölkerungsschichten gegenüber, die sie mit mehr oder weniger tödlichen Waffen versuchen, unter Kontrolle zu halten.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Mike Davis: *Planet der Slums*, Verlag Assoziation A, 2007

<sup>2</sup> Zit. nach: Brangsch, Lutz: Zwei Seiten einer Medaille - Sozialabbau im Innern und Militarisierung nach außen, in: Pflüger, Tobias/ Wagner Jürgen: *Welt-Macht EUropa*, VSA-Verlag 2006

<sup>3</sup> Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS): *Asymmetrien als Herausforderung - Rahmenkonzept für eine ressortübergreifende Sicherheitspolitik*, erarbeitet beim Kernseminar für Sicherheitspolitik an der BAKS, Juni 2007

<sup>4</sup> State-Building, die Übersetzung „Staaten bauen“ ist dem deutschen Titel des gleichnamigen Buches von Francis Fukuyama entlehnt.

<sup>5</sup> Böckenförde, Stephan: *Sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel von Verteidigung zu Schutz*, in: *Europäische Sicherheit*, August 2007

<sup>6</sup> Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): *Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin, 25.10.2006

<sup>7</sup> Böckenförde, a.a.O.

<sup>8</sup> Seit 2001 finden bereits zwei solche Missionen statt: *Active Endeavour* im Mittelmeer sowie *Enduring Freedom* am Horn von Afrika. Siehe dazu auch Rühl, Lothar: *Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan - nicht nur eine Definitionsfrage*, in: *Strategie und Technik*, Juli 2007. Darin heißt es: „Um die Energiesicherheit und die Sicherheit des Seeverkehrs mit Tankern wie der Überland-Leitungen durch krisengeschütteltes Gebiet zu gewährleisten, bedarf es weiträumig mobiler und flexibler militärischer Kapazitäten, die kriseninterventionsfähig und koalitionsfähig sind. Besonders wichtig werden maritime Kapazitäten und schnell bewegliche Flottenpräsenz im Mittelmeer, in der Arabischen See, im Persischen Golf und im Indischen Ozean.“

<sup>9</sup> Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer (Köln), Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE zur Nutzung des Mitteldeutschen Flughafens Leipzig/Halle für militärische Zwecke, BT-Drucksache 16/4343, sowie Scholz, Udo: *SALIS - Eine erste Zwischenbilanz*, in: *Strategie und Technik*, Mai 2007

<sup>10</sup> Headquarters Department of the US Army: *Field Manual 3/24 on Counterinsurgency*

<sup>11</sup> Vgl. Die Berichte des UN-Generalsekretärs zur MINUSTAH vom 18.11.2004 (S/2004/908) sowie vom 25.2.2005 (S/2005/124).

<sup>12</sup> Podur, Justin: *Two Faced in Haiti*, veröffentlicht vom Global Policy Forum (<http://globalpolicy.org/security/issues/haiti/2005/1001control.htm>): „Where Molloy and MINUSTAH had envisioned the standard UN script - an international peacekeeping force to separate two warring sides and protect the population while a negotiated solution and power-sharing arrange-

ment is found - they ended up implementing a program of social control..."

<sup>13</sup> Mani, Rama: Deja vu or Something New? Lessons for Future Peacebuilding from Haiti, in: S+F, Sicherheit und Frieden 1/2006

<sup>14</sup> Kolbe, Athena R./ Hutson, Royce A.: Human rights abuse and other criminal violations in Port-au-Prince, Haiti: a random survey of households, in: The Lancet - Vol. 368, Issue 9538

<sup>15</sup> (S/2004/908)

<sup>16</sup> Diese Zahl stammt von einem Artikel des Interventionskritischen 'Haiti Action Committee' in San Francisco, Sie wurde allerdings auch durch den US-Botschafter in Haiti zitiert ([http://www.haitiaction.net/News/HIP/1\\_23\\_7/1\\_23\\_7.html](http://www.haitiaction.net/News/HIP/1_23_7/1_23_7.html)).

<sup>17</sup> (S/2005/124)

<sup>18</sup> James Correa: U.S.-Backed Police Training Center in Italy Marks Anniversary, <http://usinfo.state.gov/xarchives/display.html?p=washfile-english&y=2006&m=November&x=20061102150856AJaerroC0.2494776>

<sup>19</sup> Gendarmerie Nationale, Carabinieri, Royal Marechaussee, Guardia Nacional Republicana, Guardia Civil

<sup>20</sup> Da Angehörige der Zandarmeria keine polizeiliche Ausbildung haben und keinem zivilen Kommando unterstellt werden können ist anstatt der vollen Mitgliedschaft nur eine Partnerschaft möglich.

<sup>21</sup> Rummel, Reinhardt: Die zivile Komponente der ESVP - Reichhaltiges Gestaltungspotential für europäische Krisenintervention, SWP-Studie 2006/S 16

<sup>22</sup> Lindstrom, Gustav: The Headline Goal, veröffentlicht vom Institute for Security Studies (<http://www.weltpolitik.net/attachment/0644a930ba1074b5cca2acd4809cbcd5/48828aaa68afafbfa388490f841bc996/05-gl.pdf>)

<sup>23</sup> Dies ergibt eine Auswertung der wöchentlich erscheinenden Feldzeitung der Bundeswehr für das Kosovo, Maz & More.

<sup>24</sup> Maz & More, Feldzeitung der Bundeswehr für das Kosovo, Nr. 422

<sup>25</sup> Maz & More, Feldzeitung der Bundeswehr für das Kosovo, Nr. 395

<sup>26</sup> Dominic Johnson: Vorwürfe gegen Kongos Armee, in: taz (die Tageszeitung) vom 6.2.2007

<sup>27</sup> Badoreck, Ingo: Internationale Organisatio-

nen angegriffen - Schwere Unruhen im Kongo - Reaktion auf Besetzung von Bukavu durch Rebellenfraktion, Länderbericht der Konrad-Adenauer Stiftung, [http://www.kas.de/proj/home/pub/7/1/year-2004/dokument\\_id-4771/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/7/1/year-2004/dokument_id-4771/index.html)

<sup>28</sup> Amnesty International: Urgent Action Nr: UA-319/2006-2, AI-Index: AFR 62/008/2007

<sup>29</sup> Hoogeveen, Jörg: Operationen im urbanen Umfeld - Besondere Herausforderung für die Landstreitkräfte, in: Europäische Sicherheit 8/2007

<sup>30</sup> <http://www.deutschesheer.de>, 22.8.2007

<sup>31</sup> Fritsch, Johann: Der Truppenübungsplatz Lehnin, veröffentlicht auf [www.streitkraeftebasis.de](http://www.streitkraeftebasis.de) (22.8.2007)

<sup>32</sup> Lange, Sascha: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte - Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?, SWP-Diskussionspapier FG3 - DP 01, 2005

<sup>33</sup> Hoogeveen, 2007

<sup>34</sup> Lange, 2005

<sup>35</sup> Lange, 2005

<sup>36</sup> Lange, 2005

<sup>37</sup> Kenyon, Henry S.: Bundeswehr Marches Into the Future, in: Signals (Journal of the Armed Forces Communications and Electronics Association) November 2004

<sup>38</sup> Lange, Sascha: Flugroboter statt bemannter Militärflugzeuge?, SWP-Studie 2003/S 29

<sup>39</sup> Schievelbein, Gunnar Ben: MIKADO - Die Mikroaufklärungsdrohne für den Ortsbereich, in: Strategie und Technik Mai 2007

<sup>40</sup> Hermann, Rolf: Hochfliegende Pläne, in: Y - das Magazin der Bundeswehr, Juli 2007

<sup>41</sup> Lange 2003

<sup>42</sup> Hermann, a.a.O.

<sup>43</sup> Dean Sidney E.: Speerspitze im Krieg, in: Y - das Magazin der Bundeswehr, Februar 2007

<sup>44</sup> Wiesemann, Markus: Veränderung des Einsatzspektrums der Luftwaffe durch UAV, in: Europäische Sicherheit April 2007

<sup>45</sup> Jean, Grace: Urban Battlefield is Proving Ground For Unmanned Aerial Systems, in: National Defense, März 2006

<sup>46</sup> Anastasiou, Alexander B.: Modeling Urban Warfare: Joint Semi-Automated Forces in Urban Resolve, Abschlussarbeit am Air Force Institute of Technology, März 2006

<sup>47</sup> Harlow, John: Urban Resolve 2015 prepares

for the next possible challenge, veröffentlicht vom US Army training and Doctrine Command, [http://www-tradoc.army.mil/pao/Web\\_specials/ur2015/2015\\_nxt\\_chal.htm](http://www-tradoc.army.mil/pao/Web_specials/ur2015/2015_nxt_chal.htm)

<sup>48</sup> Stephan Meermann: Urban Resolve, in: Strategie und Technik, Februar 2007

<sup>49</sup> Meermann, a.a.O.

<sup>50</sup> Anderson, Sharon: Urban Resolve 2015, in: CHIPS - The Department of the Navy Information Technology Magazine, Oct. - Dec. 2006

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Diese Überschrift ist dem Titel eines Radiofeatures über „nicht-lethale Waffen“ von Albrecht Kieser entlehnt.

<sup>53</sup> Aus dem Manuskript des Radiofeatures Sanfte Waffen für harte Zeiten von Albrecht Kieser, gesendet am 20.5.2007, 11:05h auf WDR5

<sup>54</sup> Landmine Action/ Deutscher Initiativkreis für das Verbot von Landminen: Tödliche Alternativen - Wie die verbotenen Antipersonenminen ersetzt werden, Mai 2001

<sup>55</sup> Arndt, Olaf/ Pircher, Wolfgang: Die politische Technologie der Pein, veröffentlicht auf Telepolis ([www.heise.de/tp](http://www.heise.de/tp)) am 16.07.2007

<sup>56</sup> Ebd.

<sup>57</sup> Doug Beason: The E-Bomb: Changing the Way Future Wars Will Be Fought, in: Rusi Defence Systems, Summer 2006

<sup>58</sup> Arndt, Olaf/ Düker, Ronald: Eine andere Gewalt ist möglich, veröffentlicht auf Telepolis (06.06.2007), sowie: <http://www2.taser.com/products/military/Pages/TRAD.aspx>

<sup>59</sup> Vgl. etwa: Großer Graben soll Bagdad befrieden, Meldung auf Spiegel-online vom 17.9.2006, sowie: Wong, Edward/ Cloud, David S.: U.S. Erects Baghdad Wall to Keep Sects Apart, New York Times, 21.4.2007

<sup>60</sup> PricewaterhouseCoopers: The Defence Industry in the 21st Century - Thinking Global ... or thinking American?

<sup>61</sup> Husemann, Walter: Was bringt die Zukunft? M&A in der Verteidigungsindustrie, in: Strategie und Technik, Juli 2007

<sup>62</sup> Huseman, a.a.O.

<sup>63</sup> Eine Definition „kritischer Infrastruktur“ kann bspw. der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Schutz kritischer Infrastrukturen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung KOM(2004) 702 entnommen werden.

## IMI bleibt gemein und nützlich!

In der letzten Ausgabe des AUSDRUCK haben wir über die Versuche berichtet, der Informationsstelle Militarisation die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Wir freuen uns nun mitteilen zu können, dass das Tübinger Finanzamt uns mittlerweile unseren Freistellungsbescheid zugesendet und damit die Gemeinnützigkeit wiedererteilt hat.

Dem vorausgegangen war ein Gespräch mit dem Leiter des Finanzamtes und der zuständigen Mitarbeiter, zu dem es insbesondere aufgrund einer Flut von Schreiben in unserer Sache an das Finanzamt kam. Auf diesem Treffen wurde uns mitgeteilt, dass es das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg war, welches

den ursprünglichen Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gegen uns in den Raum gestellt hatte, allerdings ohne diesen in irgendeiner Weise erhärten zu können. Auch wurde bestätigt, dass es ohne diesen Vorwurf nicht zu einer Überprüfung unserer Gemeinnützigkeit aufgrund unserer vermeintlich zu häufigen tagespolitischen Äußerungen gekommen wäre. In dem Gespräch ließen sich die Vertreter des Finanzamtes dann jedoch erfreulicherweise davon überzeugen, dass die IMI die Kriterien für die Gemeinnützigkeit erfüllt.

Wir danken Allen, die uns unmittelbar oder durch ein Schreiben an das Finanzamt ihre Solidarität ausgedrückt und uns damit entscheidend geholfen haben!



# antimilitaristische rundschau\*

\*Zusammengestellt von Christoph Marischka

## Waffen für den Widerstand?

Aufgrund einer Protestnote der türkischen Regierung vom Juli ist nun die umstrittene US-Söldnerfirma Blackwater in den Verdacht geraten, amerikanische Waffen auf dem irakischen Schwarzmarkt an die kurdische PKK verkauft zu haben, zwei Mitarbeiter sollen bereits Geständnisse abgelegt haben. Doch auch offizielle Stellen schlampfen beim Handel mit Waffen. Laut dem Internationale Netzwerk zu Kleinwaffen (IANSA) gelten annähernd 200.000 Schusswaffen (ca. 110.000 AK47-Gewehre und etwa 80.000 Pistolen) offiziell

als verschwunden, da sie bei der Ausgabe nicht registriert wurden. Das Pentagon könne keine Angaben darüber machen, in wessen Händen sich die Kriegswaffen heute befänden. Dies soll nun anders werden, wenn die irakische Armee mit 100.000 M-4 und M-16 Sturmgewehren ausgerüstet wird. Bleibt jedoch die Frage, was dann mit den ausgeschiedenen Kalaschnikows passiert, die gegenwärtig noch von den irakischen Soldaten genutzt werden.

Die deutsche Bundesregierung hat sich hingegen bei der Lieferung von Schusswaffen und Panzerfäusten dem Prinzip „Neu für Alt“ verpflichtet, bei Waffenlieferungen in Staaten außerhalb von EU und NATO müssten demnach die Empfängerländer nachweisen, im Umfang der Lieferung Altwaffen vernichtet zu haben. Obwohl die Regierung hierfür Finanzmittel bereitstellt, konnte sie auf eine kleine Anfrage hin keinerlei Angaben machen ob und wann diesem Prinzip bisher Folge geleistet wurde (BT-Drucksache 16/5716).

## Ausnahmestand konkret

Nachdem die Anstehenden Wahlen in Bangladesh im Januar 2007 zu Unruhen führten, legte Präsident Iajuddin Ahmed sein Amt nieder, verkündete den Ausnahmestand und gab die Macht an den früheren Zentralbankchef Fakhruddin Ahmed weiter, der seit dem eine Übergangsregierung - faktisch eine Militärdiktatur - führt. Diese hat mittlerweile über 160 hochrangige Politiker sowie die Spitzenkandidatinnen der größten Parteien und über 100.000 Bürger festgenommen, bei diesen Zugriffen starben mindestens 50 Menschen.

Am 20.8.2007 entzündeten sich erneut breite Proteste gegen die Übergangsregierung. Anlass war ein Militärposten auf dem Campus der Universität in Dhaka. Dort

stationierte Soldaten hatten am Rande eines Fußballspiels zwischen zwei befreundeten Instituten drei Studenten und einen Dozenten verprügelt und schwer verletzt. Am Abend demonstrierten daraufhin tausende Studenten gegen den Militärposten und gegen die Regierung insgesamt. Die Polizei reagierte gewalttätig, die Bevölkerung, die in den vorangegangenen Monaten unter rapide steigenden Lebensmittelpreisen litt, schloss sich in großer Zahl den Protesten an, die mehrer Tage andauerten. Die Regierung reagierte mit einer Ausgangssperre in Dhaka und fünf weiteren Städten, in denen ebenfalls Unruhen ausbrachen. Selbst das EU-Parlament verurteilte die Gewalt, mit der gegen die Proteste vorgegangen wurde, die zu mindestens 400 Verletzten und drei Toten führte.

## Bundeswehr weggetreten

Im August wurden Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Düren und Düsseldorf, im Folgemonat erneut in Düsseldorf, Berlin, zweimal in Köln und auch in Duisburg gestört. Zudem wurde ein Besuch des Bundeswehr-Infomobils beim Bertolt-Brecht-Berufskolleg in Duisburg abgesagt, nachdem ein spontanes Bündnis mit Hinweis auf den Namensgeber der Schule hierzu aufgefordert hatte. Im Zuge der Diskussion wurde allerdings deutlich, dass es an der Schule bereits seit längerem regelmäßige Unterrichtsbesuche durch Wehrdienstberatungsoffiziere gibt.

## Militanter Antimilitarismus

Eine Gruppe mit dem Namen „die Unkreturierbaren“ hat in Victoria (Kanada) Anfang September die Scheiben eines Rekrutierungsbüros eingeworfen - offensichtlich inspiriert durch eine ähnliche Aktion wenige Tage zuvor in Vancouver. Am Morgen des 11.9.2007 blockierten AktivistInnen die Zufahrt zum Waffenkonzern BAE Systems in Manchester. Die Angestellten wurden über Flugblätter aufgerufen, sich spontan Urlaub zu genehmigen. Drei Menschen, die versucht haben sollen, in Brandenburg/Havel drei Bundeswehr-LKWs auf dem Gelände der Herstellerfirma MAN anzuzünden, sitzen in Deutschland weiter in Haft. Ihnen wird von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein. Entsprechend gewalttätig verlief ihre Festnahme und entsprechend

schlecht sind ihre Haftbedingungen. Die Verhaftung eines Wissenschaftlers unter der selben Anschuldigung, der sich mit einer der Betroffenen Personen getroffen hat und Wörter wie „Imperialismus“ in seinen Publikationen verwendet, hat weltweit Protest und Verwunderung hervorgerufen. Das BGH prüft gegenwärtig die Anwendbarkeit des Anti-Terrorismus-Paragrafen 129a auf politisch motivierte Brandstiftungen.

## Deutschlands größter Männerspielplatz...

...ist nach Aussage der Betreiber die „Panzer-Fun-Fahrschule“ im brandenburgischen Steinhöfel, der auch eine private Panzerwerkstatt angegliedert ist. Die Fahrschule bietet nach dreimonatiger Wartezeit und einer kurzen Sicherheitsbelehrung ca. 35-minütige Fahrten mit einem von elf Panzern durchs eigens hierfür gepachtete Gelände. Videos auf der Homepage versprechen allerdings noch mehr, beispielsweise, alte Wohnwägen mit dem Panzer zu überfahren. Geworben wird unter anderem mit folgenden Worten: „Eines dieser ‚Eisenschweine‘ können Sie jetzt selber fahren! Lassen Sie einfach mal die Seele baumeln und machen einfach alles platt, was Ihnen in den Weg kommt.“ Der Fahrer muss über 16 Jahre alt sein, mitfahren dürfen jedoch selbst Kinder. Ein Anwohner des benachbarten Jänickendorf brachte Petitionen gegen den entstehenden Lärm und Dreck im Land- und Bundestag ein, die nun jedoch von den Vertretern der SPD- und CDU-Fraktionen abgelehnt wurden. Die Betreiber, ein ehemaliger NVA-Soldat und späterer Kripo-Beamter und sein Bruder begründen das so: „Wir haben hier aus dem Nichts ein florierendes Unternehmen aufgebaut. Da hängen Existenzen dran“. Für den Truppenübungsplatz Münsingen auf der schwäbischen Alb diskutierten der NABU und die Initiative „Pro Münsingen“ bereits, nach dem Steinhöfel Vorbild ebenfalls „Panzer-Safaris“ anzubieten.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154